

TEIL 3

Kapitel 7

Emotionen	167
Definition - Gefühle als Sprache	168
Universelle und kulturspezifische Emotionen	170
Soziale Beziehungen und Emotionen	170
Bekämpfung	172
Ankündigung - Emotionen als Kommunikationsmittel von mir zu anderen	172
Kontinuität - Emotionen als Kommunikationsmittel von mir zu anderen	173
Schon wieder die irrationale Masse - Empathie oder Anziehung?	175
Intensität	176
Involvierung - Emotionen als Kommunikationsmittel von mir zu anderen	176
Gefühlsarbeit - Kommunikation von mir zu mir	179
Amorphe und kristalline als Benutzer der Sprache der Gefühle	182
Resümee	187
Anhang 1	193
Anhang 2	196
Literatur	197

Einleitung

Eine Frage hat mich als Soziologin wie als Politikerin immer besonders beschäftigt: Wie muss man sich den Wechsel in der politischen Bindung eines Menschen vorstellen? Was veranlasst jemanden, sich von einer ideologischen Orientierung abzuwenden, um sich einer anderen anzuschließen? Was unterscheidet Menschen, die ihre Überzeugungen offenbar wechseln, von solchen, die auch im Widerspruch zur Mehrheit an ihren Überzeugungen festhalten?

Ein konkreter Anlass, diese Frage zu erörtern, ergibt sich in dem tief greifenden Wandel der österreichischen Parteiendemokratie seit Mitte der 1980er Jahre. Während Österreich nach 1945 geprägt war von einem de facto Dyopol einer sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und einer konservativen Partei (ÖVP), errang eine ursprünglich sehr kleine nationalistische Partei als rechtspopulistische Bewegung (FPÖ) bei den Nationalratswahlen 1999 nahezu gleich viele Stimmen wie die beiden ehemaligen Dyopolparteien.¹

Bereits in meiner 1996 fertig gestellten Dissertation bemühte ich mich um eine Analyse der These, wie ein „Roter braun wird“, also wie sich die Abwanderung der SPÖ-Wählerinnen und Wähler zur FPÖ erklären lässt. Die Hypothese fußt auf politikwissenschaftlichen Analysen über das Wahlverhalten der Österreicherinnen und Österreicher, die durch so genannte Exit-Poll-Analysen (also durch Befragen von Wählerinnen und Wählern nach der Stimmabgabe) festgestellt haben wollen, dass zwischen einem Fünftel und einem Viertel der FPÖ-Wählerinnen und Wähler bei den Nationalratswahlen 1986 bis 1994 bei der vorigen Wahl, der SPÖ die Stimme gegeben haben (Plasser/Ullram 1995, 362).²

Auf der Suche³ nach diesem schillernden Wesen des ehemaligen Sozialdemokraten, dessen Handeln von „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ (SPÖ-Parteiprogramm 1978 und Grundsatzprogramm 1998) geleitet worden war, und der

1 Das Endergebnis der Nationalratswahl 1999 lautete: 33,15% der Stimmen für die SPÖ, und je 26,91% der Stimmen für ÖVP und FPÖ; die Grünen erhielten 7,4% und das Liberale Forum 3,65%. (BMI 1999)

2 Verständlicherweise sind empirische Untersuchungen über individuelle politische Richtungsentscheidungen mit einem großen Risiko der Verzerrung durch Selbstdarstellung und Verschleierung durch den Befragten behaftet. Wir wissen nicht, was jemand wirklich gewählt hat und könnten daher auch irreführenden Behauptungen „auf den Leim“ gehen. Doch auch das ist eine soziologisch interessante Frage: Was veranlasst jemanden, sich als Ex-SPÖ-Wähler und nunmehrigen Haider-Wähler darzustellen? Was veranlasst jemanden überhaupt zu einem politischen Bekenntnis und worin besteht die eigentliche politische Anhängerschaft?

Die Exit-Poll-Befragung ist schließlich auch nur eine Möglichkeit, die Veränderungen im Wahlverhalten zu bestimmen. Eine andere Methode ist die ökologische (i.S. von auf die Umgebung bezogene) Regression, in der Sprengel- und Gemeindedaten statistisch analysiert werden, um Schlüsse aus diesen Teilergebnissen auf ganze Bevölkerungsgruppen ziehen zu können. Die Zahl der Wechselwähler ist bei dieser Methode wesentlich geringer als bei den Exit-Polls (Hofinger/Ogris 1996, S. 315-341); so weist eine Wählerstromanalyse nach der Methode der ökologischen Regression 13% der FPÖ-Stimmen bei der Nationalratswahl 1999 als ehemalige SPÖ-Stimmen aus.

3 Diese Suche erstreckte sich auf eine systematische qualitative Erhebung in einer obersteirischen Gemeinde in den Jahren 1995/96.

sich nun voll Ekel von der „Altpartei“ abwendet, weil ihre Elite etwa aus „Privilegiertern“ besteht und zu viele Ausländer ins Land lässt, traf ich auf viele rätselhafte Phänomene. Etwa auf arbeitslose Stahlarbeiter, die bei ihrer Kündigung wütend aus der Partei ausgetreten sind, sich jedoch noch immer als „eingefleischte Sozialdemokraten“ bezeichnen und konstant SPÖ wählen. Oder auf FPÖ-Kommunalpolitiker, die jedes parteipolitische Engagement leugneten.

Dem zum Rechtspopulismus konvertierten Sozialdemokraten begegnete ich jedoch nicht und musste eingestehen, dass die empirische Evidenz der „rot-braunen“ Hypothese widerspricht. Doch herauszufinden, dass man falsche Vorstellungen von einer Sache hatte, ist der beste Weg, etwas Neues zu lernen (Becker 1998, 195). Mehr intuitiv wandte ich einen später bei Howard Becker (1998) erwähnten *Trick of the Trade* an: Analytic induction. Die leitende Hypothese wird mit Blick auf einen negativen, sie falsifizierenden Fall getestet und dann modifiziert.

Denn in der Zwischenzeit wusste ich soviel über meine Daten, dass ich davon überzeugt war, dass ich etwas entdeckt hatte. Die Verhaltensweisen der untersuchten politischen Akteure ließen sich in logisch sinnvolle Kategorien zusammenfassen: Ich begann zwischen *Amorphen* und *Kristallinen* zu unterscheiden.⁴

Auf die Kristallinen scheint zuzutreffen, wovon der Großteil der Politikwissenschaft ausgeht: sie handeln konsistent und folgen dabei ihren Überzeugungen, die im weitesten Sinne mit ihrer sozio-ökonomischen Position im Einklang stehen. Die Amorphen hingegen äußern politische Meinungen, die oft in eklatantem Widerspruch zu ihrem Verhalten oder zu anderen Aussagen stehen. Ihre politischen Aussagen widersprechen auch nicht selten ihren eigenen Interessen.

Im Zuge weiterer Forschungsarbeiten zur politischen Soziologie gelang es mir, mein Wissen über das Verhalten der Kristallinen und Amorphen zu verdichten. Ich untersuchte die Austrittsmotive von 250 ehemaligen SPÖ-Mitgliedern aus den Jahren 1994–97, betrieb Feldstudien als „beobachtende Teilnehmerin“ als Funktionärin und Gemeinderätin der SPÖ und zog schließlich Vergleiche mit Feldstudien als teilnehmende Beobachterin politischer Akteure in den USA 1997/98.

Dabei gilt für das konsistente politische Verhalten, was Shibutani allgemein für jedes soziale Verhalten formulierte: Konsistenz beruht auf einem gefestigten Selbstbild des Akteurs. Dieses eignet er sich durch die Teilnahme in verschiedenen organisierten Gruppen an. Hat ein Mensch dann einmal ein solches stabiles Selbstbild entwickelt – „once a man's sense of identity has crystallized“ (Shibutani 1991, 260f) –, handelt er freiwillig konsistent, ohne auf den Druck von außen angewiesen zu sein.

Nicht alle Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie entwickeln als Teilnehmer an der organisierten Demokratie eine politische Identität; das hängt damit zusammen, dass ihnen spezifische Informationen über die Organisation der Gemeinschaft fehlen oder unverständlich bleiben oder dass sie nicht genug Interesse für Politik aufbringen. Ihnen fehlt deshalb nicht unbedingt der Wunsch, an der organisierten De-

4 Wobei sich diese Typisierung auf Handlungsweisen und nicht auf Menschen bezieht.

mokratie teilzunehmen. Sie können auch als amorphe Akteure an vielen verschiedenen Gruppen teilnehmen. Sie machen mit, ohne ein stabiles Selbstbild von sich als politischem Akteur zu entwickeln, ohne politische Merkmale auszuprägen; sie sind *Wähler ohne Eigenschaften*.

In der vorliegenden Arbeit will ich den oben skizzierten Erkenntnisweg nachbauen. In Kapitel 1 porträtiere ich ausgehend von der Fragestellung, wie es zu einem Wechsel von Sozialdemokraten zu Rechtspopulisten kommt, vier Akteure, die in jeweils unterschiedlichen Rollen mit der SPÖ verbunden sind. Kurz wird das politische Umfeld – das Österreich der Gegenwart – beschrieben, in dem sie handeln. Diese politischen Bindungen der von mir geschilderten Sozialdemokraten zeigen spezifische Ausprägungen der Dimensionen einer Bindung: sie verfolgen verschiedene Absichten mit unterschiedlich starkem Engagement (Kathexis), erfahren auf verschiedene Weise Druck, sich politisch anzupassen und befinden sich in verschiedenen Formen der Abhängigkeit von einer Partei. Welche Bedingungen müssten erfüllt sein, um sie zur Unterstützung des Rechtspopulismus zu veranlassen?

Die Antworten sozialwissenschaftlicher Theorien auf diese Frage werden in Teil 1 dargestellt. Dabei wird deutlich, dass nicht jede sozialwissenschaftliche Theorie politischen Verhaltens in der Lage ist, einen Wechsel in demselben zu beschreiben. Das gilt insbesondere für die ökonomische Theorie, die von vorgegebenen Präferenzordnungen ausgeht, die dann vom nutzenmaximierenden Akteur verfolgt werden. Auch die psychologische Erklärung der Rechtspopulisten als Menschen mit autoritären Charakterzügen gibt wenig Aufschluss darüber, was Autoritäre vor dem Auftritt Haiders vom Ausleben ihres Charakters abgehalten hat. Rätselhaft bleiben schließlich auch die Schlüsse, die aus der einzigen Theorie, die eine Dynamik im politischen Verhalten abbilden kann, zu ziehen sind: Politischer Protest sei ein Resultat der relativen Deprivation der Akteure – das drittreichste Land der Europäischen Union:⁵ eine Republik von 1,2 Millionen Modernisierungsverlierern?⁶

Offensichtlich muss die subjektive Interpretation der Akteure in eine angemessene Analyse ihres politischen Verhaltens einbezogen werden. Die in Teil 2 vorgestellte Rahmen-Analyse ist eine Möglichkeit, die Wirkungsweise der einzelnen Situationsdefinitionen systematisch zu erheben. Einer Bindung entspricht die gemeinsame Bedeutung, die eine Situation für die Bindungspartner hat. Dabei steht der abstrakte Begriff einer Situation zum Beispiel für die Stellung des einzelnen Akteurs auf dem Arbeitsmarkt oder für seine Begegnungen mit Nachbarn; und die Art, wie er diese Situationen beurteilt oder definiert, gibt ihm Hinweis für den Platz, den er auf diesem Arbeitsmarkt oder in diesen Begegnungen einnimmt. Ohne einen entsprechenden Rahmen fällt es dem Einzelnen schwer, seine Erfahrungen zu ordnen und sich ein Bild von der Welt zu machen. Dieses Bild kann auch ein Trugbild sein, das man im Interesse der Aufrechterhaltung der Bindungen am Leben hält. So entstehen

5 Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 1998, OECD Statistik (Fischer Weltalmanach 2000).

6 Die FPÖ errang bei den Nationalratswahlen 1999 1,244.087 Stimmen.

Rechtfertigungen und Vorwände, die einem den Eintritt oder das Verweilen in einer Gemeinschaft ermöglichen.

Je unklarer und widersprüchlicher das Weltbild des Akteurs ist – je mehr verschiedene Deutungen er anzuwenden bereit ist –, desto weniger Bindungen muss er aufgeben; je weniger Eigenschaften er zeigt, desto besser passt er überall dazu.

So ist also die Bedingung, die einen Sozialdemokraten zum Rechtspopulisten macht, die Amorphie seiner politischen Rahmungen.

Eine wesentliche Rolle zur Kommunikation der Bedeutungen von Situationen spielen schließlich Emotionen, was in Teil 3 behandelt wird. Sie vermitteln dem Akteur, wie er eine Situation zu interpretieren hat und haben Signalfunktion für die Interaktionspartner.

Dies ist nicht zuletzt für das Verständnis populistischer Politik wichtig, da insbesondere amorphe Akteure meist mit relativ wenig eigenem Zutun Bedeutungen übernehmen wollen (und damit in Gemeinschaften eintreten wollen). Die Kommunikation mit Emotionen verhilft dabei zu einem leichteren Zugang und funktioniert auch wenn kognitive Grundlagen zum Reflektieren über die korrekte oder angemessene Bedeutung von Situationen fehlen.

Das Auftreten von Emotionen wird als Wahrheitsindikator gewertet, denn sie gelten gemeinhin als Gradmesser dafür, wie sehr jemand hinter einer Handlung oder Aussage steht. Somit ist die Manipulation am Gefühlsausdruck wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen Inszenierung von Politik. Amorphe sind jedoch stärker gefährdet, von solcherart manipulierenden Politikern instrumentalisiert zu werden.

Ich habe vielen zu danken, die mich bei der Arbeit an dieser Veröffentlichung unterstützt haben: Großer Dank gebührt vor allen anderen meinem Mann Alberto und meiner Familie. Ohne die Förderung durch Christian Fleck wäre diese Arbeit nicht erschienen; er hat mehr als das unter Freunden Selbstverständliche zur Entstehung und Veröffentlichung beigetragen. Die Großzügigkeit des Sozialen Service Graz-Nord und das Verständnis von Renate Meszarics und Gerlinde Stessel für meine Arbeit unterstützte mich entscheidend bei der Fertigstellung des Manuskripts. Von unschätzbarem Wert für die Weiterentwicklung meiner Ideen war ein Erwin Schrödinger Auslandsstipendium des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, das es mir ermöglichte, 14 Monate an der University of California – Santa Barbara zu forschen. Faculty und Staff des Department of Sociology danke ich herzlich für ihre Gastfreundschaft und Geduld mit mir. Vorschläge und Kritik meiner Fachkolleginnen und -kollegen trugen zu mancher Verbesserung der Arbeit bei. Bernhard Just hat das Manuskript mit Sorgfalt und Geduld korrigiert; seine Kritik war mir wertvolle Rückmeldung vor der Veröffentlichung. Viele Anregungen, Zugang zu Daten und motivierendes Interesse an meiner Arbeit erhielt ich von meinen Freunden im Umkreis der SPÖ – sie sind zu zahlreich, um einzeln genannt zu werden. Und dann weiß ich zu gut von der Gekränktheit mancher Politiker und Politikerinnen, die in einer protokollarischen Begrüßung übergangen werden ...

Kapitel 1

Definition des Problems

In diesem ersten Kapitel werde ich versuchen, darzustellen, vor welchem Hintergrund die Frage nach dem Wechsel der Parteibindung zu beantworten ist. Wenn wir Menschen beobachten, wie sie in einem politischen Kontext handeln – wenn sie etwa wählen oder demonstrieren, eine Ansprache halten oder an einer Mitgliederversammlung teilnehmen – ist ein allgemeines Konzept des gesuchten Phänomens notwendig, um empirische Daten systematisch zu untersuchen. Was also ist eine politische Bindung? Welche Formen kann sie annehmen? Von welchen individuellen Handlungen soll auf welche Art der Bindung geschlossen werden?

Der Begriff der Bindung oder Affiliation, der ursprünglich aus der Psychologie stammt, soll hier sowohl für den Zusammenschluss und die Kooperation mit der Partei als bürokratische Organisation, mit Personen, die der Partei angehören und/oder sie offiziell nach außen vertreten, als auch die Einigkeit mit ideologischen Inhalten, die in Schriften der Partei bzw. Aussagen ihrer Vertreter ausgeführt sind, stehen. Es ist hier nicht weiter von Bedeutung, dass das Objekt der politischen Bindung sowohl belebt (Mitglieder etc.) als auch unbelebt (Organisation, kognitive Inhalte, Ideen) sein kann, denn im Vordergrund der Frage steht schließlich, welche Handlungen des Individuums die Bindung entstehen lassen, sie aufrecht erhalten und beenden.

Die einzelnen Dimensionen des Phänomens werden weiter unten ausführlich erörtert. Diese allgemeine Klassifikation der politischen Bindungen und Abwendungen abstrahiert von der konkreten sozialen Realität, um deren Vielfältigkeit zu vereinfachen. Schließlich kann an der Beschreibung konkreter Bindungs-Geschichten erkannt werden, was für die politische Wandlung eines Individuums wesentlich ist. Vor dem Hintergrund dieser Schilderung sollte es dann möglich sein, theoretische Ansätze der politischen Soziologie danach zu beurteilen, was sie zu einer Erklärung von Bindungs- und Abwendungsprozessen beitragen können.

In der Beschreibung des Gegenstandsbereichs sind folgende Rollen zu besetzen: Parteien und Individuen. Letztere können als Wähler, Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre mit einer Partei in Verbindung stehen. Die Medien stellen die wichtigsten Kommunikationsmittel der Politiker mit der „Öffentlichkeit“ dar und fungieren in diesem Set als Requisite.¹

Die Bindung zwischen Mensch und Partei kann etwa eine vorgestellte Übereinstimmung eines Sympathisanten mit lebenden oder historischen Vertretern

¹ Natürlich spielen auch die Medien häufig die Rolle politischer Akteure; die Berücksichtigung ihrer politischen Subjektivität würde allerdings den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Zudem kann dazu umfangreiche Literatur gefunden werden (z.B. von Peter A. Bruck 1991).

der Partei oder mit Schriften zur ideologischen Position der Partei sein. Es kann sich um eine formelle, bürokratisch erfasste Mitgliedschaft handeln, bei der das Mitglied in einer Liste der Partei namentlich aufscheint, und persönlich oder schriftlich von der Parteiorganisation kontaktiert wird. Mitglieder werden regelmäßig um die Bezahlung eines finanziellen Beitrages gebeten und erhalten Publikationen und Einladungen zu politischen Veranstaltungen der Partei. Darüber hinaus wird vor allem betagten Parteimitgliedern zu Geburtstagen oder Mitgliedschaftsjubiläen gratuliert. In der SPÖ erfolgte diese minimale Mitgliederbetreuung bis in die 1980er Jahre durch persönliche Kontaktnahme eines Funktionärs, der das Mitglied in seiner Wohnung aufsuchte und den Besuch nutzte, ein Gespräch über tagespolitische Ereignisse zu führen oder nach den Anliegen des Mitgliedes zu fragen. Heute hat sich nahezu überall die zentralisierte Verwaltung der Mitglieder durchgesetzt; die Parteien bedienen sich schriftlicher Korrespondenz und des Erlagscheininkassos. Gerade für diesen Fall gilt, dass Mitglieder nicht unbedingt in face-to-face-Kontakt mit anderen Mitgliedern oder Vertretern der Partei stehen müssen.

Ein Funktionär einer Partei interagiert direkt mit anderen Angehörigen und offiziellen Vertretern der Partei auf unterschiedlichen organisatorisch-hierarchischen Ebenen.

Die Bindung eines Wählers an eine Partei ist am schwersten zu fassen: Einerseits ließe sie sich auf den Akt der Wahlhandlung des Wählers beschränken. Andererseits existiert die Bindung auch als vorgestellte Interessensgemeinschaft in der Erwartung der um Stimmen werbenden Politiker der Partei, in den Kalkulationen der Parteistrategen und nicht zuletzt der Politikwissenschaftler, die von Stammwählern oder Kernwählerschichten sprechen. Dabei schließen sie von bestimmten sozialen Merkmalen eines Aggregats von Wahlberechtigten auf die wahrscheinliche Wahlentscheidung der Angehörigen dieses Aggregats.

Zuerst soll die Rolle der Parteien mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen Situation kurz skizziert werden.

Parteien

In Max Webers Staatssoziologie werden Parteien als „ihrem innersten Wesen nach freiwillig geschaffene und auf freie, notwendig stets erneute, Werbung ausgehende Organisationen (...)“ (Weber 1980, 837) beschrieben. Und an anderer Stelle: „Sie [die Parteien] können mehr an persönlichen Interessen oder an sachlichen Zielen orientiert sein. Praktisch können sie (...) nur auf Erlangung der Macht für den Führer und Besetzung der Stellen des Verwaltungstabes durch ihren Stab gerichtet sein (Patronage-Partei). Oder sie können vorwiegend und bewußt im Interesse von Ständen oder Klassen (ständische bzw. Klassen-Partei) oder an konkreten sachlichen Zwecken oder an abstrakten Prinzipien (Weltanschauungs-Partei) orientiert sein.“ (Weber 1980, 167)

In den unterschiedlichen Perspektiven der Parteientheorie (vgl. Beyme 1991, 463) werden Parteien *entweder* als Akteure in gesellschaftlichen Interessenskonflikten oder als Agenturen zur Vermehrung des Wohlstandes ihrer Klientel unter weitgehender Konfliktvermeidung mit den anderen Parteien dargestellt. Aus diesen unterschiedlichen Perspektiven lässt sich auch auf den Handlungsspielraum der einzelnen Menschen, die sich auf irgendeine Weise mit einer Partei verbinden, schließen. Patronage-Parteien sprechen z.B. eher opportunistische Parteimitglieder an, deren Erwartungen von Weltanschauungs- oder Klassenparteien nicht erfüllt werden können. Eine Änderung in der Parteistrategie kann dann zur Abwendung von Mitgliedern führen, wenn etwa die Partei im Interesse von Weltanschauungen auf die Teilnahme an einer Regierung verzichtet, in der sie Zugang zu Patronage-Ressourcen hätte. D.h. es sind nicht immer nur ideologische Richtungsänderungen (der Wandel in den Weltanschauungen) von Parteien, die ihre Attraktivität bei Wählern und Mitgliedern beeinflussen können.

Es wird deutlich, wie schwer es ist, einen der beiden Bindungspartner zu beschreiben, ohne zugleich Aussagen über das Verhalten des jeweils anderen zu machen. Wie können nun die österreichischen politischen Parteien charakterisiert werden? Entsprechen sie eher Weltanschauungs-, Klassen- oder Patronageparteien?²

Lagerparteien

Im Fall der Ersten Republik spricht vieles dafür, dass die Parteien in erster Linie Klasseninteressen verpflichtet waren: die sozialdemokratische Partei – geprägt von Austromarxismus und sozialistischer Lebensreformbewegung – war klar am Klasseninteresse der Arbeiter orientiert (Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung 1981).³ In einigen Bereichen gab es jedoch durchaus auch Patronage der Sozialdemokraten,⁴ wobei zu berücksichtigen ist, inwieweit überhaupt intendiert war, sie ausschließlich zur Wähler- und Mitgliederrekrutierung zu benutzen, oder ob nicht vielmehr die Absicht im Vordergrund stand, die durch Patronageleistungen gewonnenen Mitglieder oder Wähler durch politische Schulung zu Sozialdemokraten zu erziehen.

Die Freizeitvereine der SDAP schufen ihrer Anhängerschaft eine eigene Lebenswelt. In Reaktion darauf entstand dann erst das bürgerliche Lager mit der Christlich-

2 Weber meint, dass Parteien in der reinen Ausprägung der Gegensätze nicht oder nur selten existieren: „Die Regel aber ist, daß Parteien beides zugleich sind: sie haben sachlich-politische, durch die Tradition überlieferte und mit Rücksicht auf sie nur langsam modifizierbare Ziele, erstreben aber außerdem: Ämterpatronage.“ (Weber 1980, S. 839)

3 Das zeigt sich auch an den Schwierigkeiten, die die SDAPÖ (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs) mit der Integration der Interessen der Kleinbauern in ihre Politik hatte (vgl. dazu Mattl 1980).

4 So vergab die SDAP in Steyr mit gewerkschaftlichem Einfluß Arbeitsplätze in den Steyr-Werken als Patronageleistungen, was ihr dann auch absolute Mehrheiten bei den Nationalratswahlen einbrachte (Jeffrey 1992), und auch im „Roten Wien“ werden Wohnungen und Sozialleistungen wohl als Patronageleistungen mit der Verpflichtung des Klienten, sich der SDAP anzuschließen, vergeben worden sein.

sozialen Partei und den kirchlichen Vereinen (Fritzl/Uitz 1975, 330). Zur Lagerbildung gehörte auch ganz wesentlich die Formierung (para)militärischer Verbände. Diese ideologische Polarisierung der Gesellschaft führte schließlich zum Bürgerkrieg 1934 und zur politischen Verfolgung der Sozialdemokraten im Ständestaat. Die in den Jahren 1933–38 stärker werdenden Nationalsozialisten geben ein Beispiel für eine Weltanschauungspartei, deren Anhänger am Anfang in den Zeiten der Illegalität einige Risiken zu tragen hatten. Von 1938 bis 1945 war die Rolle der NSDAP wohl nicht *nur* die einer Weltanschauungs-, sondern auch die einer Patronagepartei. Doch die Diktatur und der Terror der nationalsozialistischen Organisationen widersprechen der bei Weber postulierten Freiwilligkeit als Grundlage der Parteibindung und der auf Stimmenwerbung ausgerichteten Partei (vgl. Weber 1980, 837).

Von Patronage- zu Weltanschauungsparteien?

Die ersten Jahre der Zweiten Republik werden von Politikwissenschaftlern häufig so dargestellt, als hätten die politischen Eliten der Linken und der Bürgerlichen aus den erbitterten Kämpfen der 30er Jahre gelernt, und sich auf eine Regierungallianz – die Große Koalition – geeinigt, die 20 Jahre lang bestand (vgl. Pelinka 1988; Enderle-Burcel 1995; Gerlich 1997) und gemeinsam mit der Sozialpartnerschaft erheblich zur Stabilität der österreichischen Demokratie beigetragen hat. „Die Rolle der Parteien in der österreichischen Konkordanzdemokratie“ war stark von Patronage geprägt (Pelinka 1988, 39). Obwohl empirische Untersuchungen über die Rolle von Patronage im politischen System Österreichs weitgehend fehlen,⁵ wird die hohe Parteimitgliederdichte – der Organisationsgrad⁶ der SPÖ liegt von 1949 bis 1994 bei etwa einem Drittel, der der ÖVP zwischen 26 und 45% (Ucakar 1997, 258, Müller 1997, 272) – von den meisten Politikwissenschaftlern mit dem Patronage-System in Verbindung gebracht.

Das Patronage-System der österreichische Proporzdemokratie bestand auch in den Jahren der Alleinregierungen (der ÖVP von 1966 bis 1970 und der darauf folgenden 13 Jahre sozialdemokratischer Regierung) für die Klientel der jeweiligen Oppositionspartei weiter. Abgesehen von der Dominanz von SPÖ und ÖVP auf Bundesebene – die beiden Parteien vereinigten durchschnittlich 90% der Stimmen auf sich (Pelinka 1988, 44) – waren auch in den Bundesländern die Mehrheiten klar verteilt: Bei den Landtagswahlen im Burgenland, in Niederösterreich, Oberöster-

5 Dies spiegelt in gewisser Weise die Haltung der österreichischen Gesellschaft wider: Während das Wissen um die Bedeutung und Funktionsweise von Parteien-Patronage zu einem essentiellen Teil des Alltagswissens zu gehören scheint, wird in offiziellen Darstellungen negiert, welche Rolle Patronage für Berufskarrieren und Wohlstand der Österreicher im Allgemeinen und in spezifischen Lebensläufen hat.

6 Das Verhältnis der Parteimitglieder (auf Basis der Angaben der Parteizentralen) zu den auf diese Partei entfallenen Stimmen bei der Nationalratswahl. Generell ist davon auszugehen, daß die Mitglieder-evidenz der Parteizentralen tendenziell höhere Zahlen ausweist als demoskopische Umfragen; Ursache dafür sind einerseits Doppelzählungen, andererseits auch die Intention der Parteien, sich möglichst gut (i.e. reich an Mitgliedern) darzustellen.

reich, der Steiermark, Tirol und Wien hielten SPÖ und ÖVP bis in die frühen 1980er Jahre bei einem gemeinsamen Stimmenanteil von ca. 90%; in Vorarlberg, Salzburg und Kärnten bei ca. 80% (Plasser et al 1995, 529–545). Die Mehrheitsverhältnisse in den Ländern blieben dabei auch bei starken Stimmenverlusten relativ stabil, d.h. die jeweilige dominierende Partei nimmt auch nach den jüngsten Landtagswahlen noch die Position der stimmenstärksten Partei ein, außer in Kärnten, wo die SPÖ seit 1999 ca. 30.000 Stimmen von der stärksten Partei (der FPÖ) trennen.

Korrespondierend dazu reflektieren Personalvertretungswahlergebnisse in den jeweiligen Bundesländerverwaltungen die Mehrheitsverhältnisse im Landtag. Das gilt auch für die Personalvertretungswahlen in den Bundesministerien. Die Ressorts, die in Zeiten der Großen Koalition durchgehend von Ministern einer Partei geführt wurden, weisen bei den Personalvertretungswahlen jeweils deutliche (ca. 70%) Mehrheiten der jeweiligen Partei auf (Müller 1988, 469).

Die langjährige politische Stabilität in Österreich scheint so jedenfalls tatsächlich eine Verankerung in der Ämterpatronage der Parteien auf Bundes- und Landesebene sowie in den größeren Kommunen zu haben.

Im Herbst 1986 wurde die Bundesregierungskoalition der Sozialdemokraten mit den Freiheitlichen (1983–1986) aus weltanschaulichen Gründen (der Wahl Jörg Haider zum Parteiobmann der Freiheitlichen) von Seiten der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion beendet. Ebenso ging seit den frühen 1980er Jahren die Parteienkonzentration zurück und der parlamentarische Pluralismus nahm zu; nicht zuletzt durch den Einzug der Grünen ins Parlament (1986), die Gründung einer neuen Parlamentsfraktion und Partei 1993 (des Liberalen Forums, das sich von der FPÖ abgespalten hat)⁷ und die starken Gewinne der Freiheitlichen unter Jörg Haider – Zunahme der Stimmenanteile bei der Nationalratswahl von 6% 1981 auf 27% 1999 (Luther 1997, 287; BMI 1999).

Die Pluralisierung des österreichischen Parteiensystems seit Beginn der 1980er Jahre wird dem „Aufbrechen der politischen Lager“⁸ in Österreich zugeschrieben (vgl. Plasser/Ullram/Grausgruber 1987; Pelinka 1988; Plasser 1988; Plasser/Ullram 1992; Schedler 1995), womit hauptsächlich die sozioökonomischen Veränderungen der Wählerschaft beschrieben werden.⁹ Diese Pluralisierung könnte natürlich auch Ausdruck eines Wandels der Funktionen und Strategien der österreichischen Parteien innerhalb des politischen Systems sein. Schließlich müssen Objektivierungsrichtlinien im öffentlichen Bereich (bei der Vergabe von Wohnungen, Sozial-

7 Das Liberale Forum verlor jedoch bei der Nationalratswahl 1999 seine Parlamentssitze.

8 Wobei – wie einige Politikwissenschaftler argumentieren – von Lagerparteien im eigentlichen Sinne in der Zweiten Republik nicht die Rede sein kann (Fritzl/Uitz 1975, 327). Vielmehr müsse man von Massen- oder Volksparteien ausgehen.

9 Diese Aussage birgt allerdings die stillschweigende Annahme, daß die sozio-ökonomische Position (die Klassenposition) eines Individuums seine Parteipräferenz bestimme, was etwa Giovanni Sartori als „objektivistischen Aberglauben“ (zit. nach Beyme 1991, 465) abtut. Zahlreiche empirische Untersuchungen diskutieren den Einfluß der Klassenbindung auf die Wahlentscheidung (vgl. Clark et al 1993; Manza et al 1995; Schnell/Kohler 1995; Müller, Walter 1997; Jagodzinski/Quandt 1997) und kommen dabei zu widersprüchlichen Ergebnissen.

leistungen) und Ausschreibungsgesetze (für Dienstposten und öffentliche Aufträge) zu einer Abnahme herkömmlicher Patronage geführt haben. Soweit ich die äußerst komplexe Materie überblicken kann, sind Objektivierungsmaßnahmen wie Ausschreibungsgesetze und Vergaberichtlinien erst relativ spät (Mitte oder Ende der 1980er Jahre) in Kraft getreten.¹⁰ Wie Müller (1988, 468) einräumt, führen Ausschreibungsrichtlinien und Personal-Hearings nicht automatisch zu objektiveren Postenvergaben, da die Ausschreibungs- und Beförderungskriterien schließlich wieder in Parteiabsprachen festgelegt werden und so gewährleistet wird, dass die jeweiligen Partei-Kandidaten Chancen auf Aufnahme oder Beförderung haben. Dennoch wird es unter diesen Umständen schwieriger für die Parteien, jemanden nur aufgrund seiner Parteiloyalität zu protegieren; diese ist vielmehr zusätzlich zur Qualifikation erforderlich.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass den österreichischen Parteien in den letzten 10 bis 15 Jahren einige direkte Einflussbereiche – und damit Ressourcen für die Ämterpatronage – verloren gegangen sind. Diese Reduktion mag von einer intensiveren öffentlichen Diskussion über Parteibuchwirtschaft ausgelöst worden sein, die zudem die Parteien zwang, sich in den Bestrebungen zur Abschaffung von Patronage zu überbieten,¹¹ was wiederum das Signal an die potenziellen Klienten verstärkte, dass Patronage in der modernen Gesellschaft inakzeptabel sei. Ein weiterer Faktor, der zu einem Rückgang der Bedeutung von Patronage führt, könnte das Obsoletwerden der latenten Funktionen von Patronage (Merton 1995, 68–78) sein. Bestimmten sozialen Schichten, denen der Aufstieg mit konventionellen Mitteln verschlossen bleibt, kann durch Patronage geholfen werden, traditionelle Hürden zu überwinden und mit Unterstützung von Parteien in begehrte Positionen aufzurücken. Das macht Patronage funktional für die Gesellschaft, wiewohl sie eine von derselben Gesellschaft verpönte Praxis der Bevorzugung darstellt. Wenn nun durch das durchschnittlich gestiegene Bildungsniveau die Bedeutung der latenten Funktion von Patronage abnimmt, kann dies über die oben geschilderte Verbindung von Parteienpatronage und Parteienproporz zur Verringerung der Attraktivität von Patronageparteien führen. Dabei ist wichtig, wie sehr es den einzelnen Parteien gelingt, das Image einer Anti-Patronagepartei zu vermitteln.¹²

¹⁰ Das Ausschreibungsgesetz des Bundes BGBl. Nr. 85/1989 kann hier als ein Indikator betrachtet werden. Es sieht vor, dass öffentlich kund gemacht werden muss, wenn ein Dienstposten frei wird und welche Qualifikation dafür erforderlich ist. Ein subjektiver Rechtsanspruch für nicht zum Zug gekommene Bewerber, die die Qualifikationskriterien erfüllen, ist daraus jedoch nicht gegeben. Da die rechtlichen Normierungen von Ausschreibungen und Vergaberichtlinien letztlich äußerst komplex sind – für jede Gebietskörperschaft und jeden Bereich (Wohnungen, Personal etc.) gibt es eigene –, wäre es Aufgabe einer rechtshistorischen Forschungsarbeit, hier einen Überblick über den Stand der Objektivierung in Österreich zu schaffen.

¹¹ So kündigte der SPÖ-Bundesgeschäftsführer Rudas im Sommer 1997 an, das Parteibuch abschaffen und durch eine Mitgliederkarte ersetzen zu wollen. Dies sei nicht nur eine organisatorische Maßnahme, sondern auch eine „symbolisch-inhaltliche: Es muß in und außerhalb der Partei klar sein, daß Parteibuchwirtschaft der Vergangenheit angehört. Mitglied bei der SPÖ zu sein, heißt, am politischen Geschehen teilzuhaben.“ (Österreich-Magazin 6/97, S. 15)

¹² Eine in der Zeitung Der Standard zitierte repräsentative Bevölkerungsumfrage unter 1.026 ÖsterreicherInnen attestiert etwa der FPÖ die Themenführerschaft in der Frage „Abbau von Freunderlwirtschaft“ (Der Standard, 15. 9. 1997, S. 6).

In der politikwissenschaftlichen wie in der politischen Diskussion über die Ursachen von Wählerfluktuation und Mitgliederrückgang (oder aus der Perspektive der Gewinner: der steigenden Attraktivität bestimmter Politiker, Parteien und Programme) werden die verschiedenen Dimensionen (Typen) von Parteien im Fluss der Diskussion vermischt. So gilt es als eine Binsenweisheit, dass Zukunftsängste, Angst um den Arbeitsplatz und schlechte Wohnverhältnisse die Arbeiter zu „neuen“ Rechten (Haider, LePen, Frey, Berlusconi, Bossi, Blocher etc.) treiben. Eben diese Arbeiter seien es, die persönlich erfahren müssten, dass sich ihre Partei nicht mehr um sie kümmere – also unter anderem auch keine Patronagedienstleistungen¹³ mehr biete. Und schließlich wird noch über die Attraktivität verschiedener Weltanschauungen für Menschen der postindustriellen Gesellschaft spekuliert.

Es scheint schwer vorstellbar, dass ein einziger dieser Argumentationsstränge in der Lage ist, sämtliche Wählerströme und Popularitätsverluste bzw. -gewinne der Politik der letzten 20 Jahre zu erklären, vor allem im Hinblick auf die beobachtbare Tendenz der abnehmenden Bedeutung von Gewerkschaften und linken Parteien in den westlichen Industrieländern (Western 1994; 1995). Vielmehr scheint es sowohl durch veränderte weltanschauliche Positionen als auch durch den Verlust von Patronage-Ressourcen zu einem Austausch einzelner Zielgruppen zwischen den Parteien gekommen zu sein.

Die Interessen, Motive und Umstände einzelner Bindungspartner (Sympathisanten, Wähler, Mitglieder und Funktionäre) von Parteien sollen daher im Mittelpunkt der Erklärung des Phänomens stehen. Stimmengewinne, Parteiaustritte usw. sind Ergebnisse kollektiven Handelns; um die Komplexität des kollektiven Handelns einigermaßen fassbar zu machen, werde ich eine methodologisch individualistische Perspektive einnehmen.

Illustrationen

Im Folgenden beschreibe ich anhand einiger konkreter Menschen Beispielfälle einer politischen Bindung zur SPÖ. Hierbei handelt es sich *nicht* um besonders häufig auftretende Formen oder ideal-typisch reine Modelle einer Art der Bindung; sie sind wohl auch nicht typisch für Bindungen an die SPÖ. Die Porträts sind allerdings auch mehr als bloße logische Kombinationsmöglichkeiten, sie sind konkrete Menschen (zur Anonymisierung in einzelnen Details verfälscht), die als Mitglied, Funktionär, Wählerin und Sympathisantin mit der SPÖ verbunden sind. Aus pragmatischen Gründen nenne ich ihr ungefähres Alter und ihr Geschlecht, denn es ist uns einfach unmöglich, uns einen Menschen vorzustellen,

¹³ So konnte zum Beispiel ein Arbeiter früher nur schwer einen Kredit bei einer Bank aufnehmen; oft verhalf ihm dann die Intervention seines Betriebsrates bei der Bank zu größerer Bonität.

wenn uns diese Angaben fehlen.¹⁴ Ich erwähne auch Beruf und Familienstand, weil diese beiden Variablen die persönlichen materiellen Risiken, die materiellen Abhängigkeiten (oder die materielle Unabhängigkeit), die Bereitschaft, Konflikte etwa am Arbeitsplatz einzugehen, bestimmen können. Schließlich beschreibe ich das Milieu und die Verankerung im historischen Geschehen, weil sich daran Aspekte der politischen Sozialisation knüpfen. Hier verweben sich individuelle mit Kollektivschicksalen.

Für jede Art der Bindung – Mitglied, Funktionär, Wähler und Sympathisant – wird eine Person porträtiert. Den unterschiedlichen Arten der Bindung sind bestimmte Handlungsspielräume und Restriktionen in Form von Rollenerwartungen (und Erwartungserwartungen) inhärent. Eine Person kann auch hier mehrere Rollen gleichzeitig spielen – der Funktionär ist gleichzeitig Mitglied und (vermutlich) Wähler¹⁵ seiner Partei usw.

1. Ein Mitglied – Alois K.

Alois K. ist etwa 75 Jahre alt – ein Angehöriger der so genannten Kriegsgeneration also – und pensionierter Gemeindebediensteter einer Kleinstadt. Er ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt in einem Einfamilienhaus am Stadtrand.

Alois wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf einem kleinen Bauernhof auf. Das Handwerk, das er in seiner Jugend erlernt hat, übte er nach dem Krieg nicht mehr aus, sondern strebte über Schulungen den Angestelltenstatus an, was ihm schließlich auch zur begehrten Beamtenposition verhalf.

Alois musste als 18-Jähriger zum Reichsarbeitsdienst und dann zur deutschen Wehrmacht einrücken, wo er zuerst im Partisanenkampf und dann an der Ostfront eingesetzt war. Aus dem Krieg hat er nur geringfügige Verwundungen, aber viele Geschichten über die Erfahrung der Kameradschaft unter den Soldaten mitgebracht. Nach dem Krieg hat er rasch begriffen, dass er sich in die großkoalitionäre Demokratie integrieren musste, wenn er „zu etwas kommen wollte“. Zudem wollte er damals wie viele andere die Vergangenheit am liebsten rasch vergessen. Er trat also seiner Betriebsorganisation der SPÖ bei und zahlt seither monatlich seinen Mitgliedsbeitrag; aus der Gewerkschaft trat er nach der Pensionierung aus. Die Umstellung des Inkassos des Mitgliedsbeitrags vom Hausbesuch eines Subkassiers, der ihn immer wieder in politische Gespräche verwickeln wollte (was er nur widerstre-

¹⁴ Natürlich sind diese beiden Variablen auch darüber hinaus von Bedeutung, sie bestimmen Handlungsspielräume, Rollenerwartungen, Ausschließungsmechanismen und vieles andere mehr. Doch die Komplexität solcher sozialstruktureller Zusammenhänge zu erfassen, ist de facto unmöglich; der alleinige Versuch würde diese Arbeit sprengen. Daher betone ich die pragmatische Vorgangsweise: wir alle haben viele implizite Annahmen über Menschen bestimmten Alters und bestimmten Geschlechts; einen Teil dieser Annahmen kenne ich und lasse sie hier einfließen, ohne sie im Detail näher zu bestimmen. Das Risiko eines Missverständnisses ist gegeben, jedoch nicht wahrscheinlicher als im Alltag.

¹⁵ Um in der Interpretation nicht ins Spekulative abzugleiten, beschreibe ich die Wählerbindung nur dort, wo sie als offenes Bekenntnis der Wahlentscheidung sichtbar wird – schließlich habe ich keiner der beschriebenen Personen in der Wahlzelle über die Schulter geblickt.

bend duldeten: „ich weiß eh, was ich wählen muss“) auf das Erlagscheininkasso, kam ihm gelegen. Wie alle anderen alltäglichen, finanziellen Transaktionen erlebte die Einzahlung seine Frau, und so ist ihm die SP- Mitgliedschaft kaum noch bewusst.

Alois ist ein „kleines Mitglied“, das die innerparteilichen Entscheidungsprozesse nicht interessieren. Wenn er mit seinen Freunden oder früheren Arbeitskollegen über tagespolitische Ereignisse spricht, empört er sich mit ihnen über die „Partei-buchwirtschaft, die das Land abgewirtschaftet hat“. Generell hält er sich mit Kommentaren zum politischen Tagesgeschehen eher zurück. Bei den häufig gepflegten Kontakten mit anderen Weltkriegsveteranen allerdings, bringt er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Überlegenheit des deutschen Volkes von den anderen Völkern als Bedrohung gesehen werden musste, und dass diese daher den II. Weltkrieg provoziert hätten. Die Verbrechen des II. Weltkrieges würden heute allein den Deutschen angelastet, jene der Alliierten (Dresden, die russischen Kriegsgefangenenlager) hingegen heruntergespielt. Die Ermordung der Juden leugnet er einerseits und andererseits interpretiert er deren Verfolgung als gerechte Strafe.

Die politischen Ansichten seiner Kinder versuchte Alois nie zu beeinflussen, eine seiner Töchter widmete einen Großteil ihrer Freizeit der ehrenamtlichen Arbeit in kirchennahen Jugendvereinen. Seinem Sohn riet er gegen Ende des Studiums, dass er wohl „einer Partei beitreten“ werde müssen, damit er als Jurist einen guten Arbeitsplatz bekommen könne. Dann werde sich schon jemand um ihn kümmern.

Je älter Alois wird, desto mehr stört ihn die Missachtung der Kriegsgeneration, ihrer Leistungen und Ideale durch die Medien, die linken Politiker und die jüngere Generation. Es scheint ihm, sie beflecken damit eine ihm goldene Zeit, an die er viele positive Erwartungen geknüpft hatte. Wäre nicht der Krieg gekommen, hätte er die Erfüllung seiner Wünsche erleben können.

Als im Zusammenhang mit einer Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht die Verfasser von Zeitungs-Kommentaren und Leserbriefen sich stark emotionalisiert mit dem II. Weltkrieg auseinandersetzen, pflichtete er mit großer Genugtuung den Kritikern der SPÖ-Funktionäre bei, die den Ehrenschatz für die Ausstellung übernahmen.

2. Ein Funktionär: Felix V.

Felix ist etwa 40 Jahre alt, verheiratet, Vater von 2 Kindern, von Beruf Eisenbahner (gelernter Schlosser). Er wohnt in einer Eisenbahnerwohnung in der Stadt. Er ist ein langjähriges Mitglied der SPÖ, das es schätzt, zu den Parteiveranstaltungen und vor allem zu den Veranstaltungen der Vorfeldorganisationen (Kinderfreunde, Naturfreunde usw.) zu gehen, er hält Kontakt mit den Personen der „Sektion“ (Parteiorganisation des Stadtbezirkes) und der örtlichen Vorfeldorganisation. Felix stammt aus einer „roten“ Familie und schloss sich der SPÖ und ihren Vorfeldorganisationen an, weil das in seiner Umgebung und seiner Verwandtschaft so üblich war. Er war

in den 1960er Jahren auf mehreren Sommerlagern der „Roten Falken“,¹⁶ wandert regelmäßig mit den Naturfreunden, fährt gerne bei Ausflügen seiner Sektion oder der SPÖ-Bezirksräte mit.

Aufgrund seines Fleißes, seiner Loyalität und Verlässlichkeit sowie seines Engagements in der Sektion wurde er von seiner Partei als Bezirksratskandidat nominiert, denn er tat sich innerhalb seiner Sektion als verlässlicher Mitarbeiter und Organisator hervor, sodass der Sektionsvorsitzende, der auf seine Leistungen angewiesen war, dies in Form eines Mandates zu würdigen beabsichtigte. Der Stadtpartei vorsitzende hatte dagegen nichts einzuwenden, galt ihm Felix V. doch als „ein Mann der Basis“, der die sozialdemokratischen Werte in der Kommunalpolitik vertritt, sich immer loyal zum Vorsitzenden verhalten hat und durch die Organisation vieler Veranstaltungen und Informationsabende im Stadtteil „die Kommunikation mit den Bürgern pflegt“. Felix widmet einen Großteil seiner Freizeit der SPÖ, er beteiligt sich an allen Arbeiten, die bei der Organisation von Parteiveranstaltungen anfallen: er koordiniert Termine, schreibt Einladungen, schleppt Tische, Bänke und Bierkisten, affiziert Plakate, grillt Würstel; zudem verbringt er für seine Partei die Wahlsonntage als Wahlbeisitzer oder als Wahlzeuge der „fliegenden Wahlkommission“. Wichtig ist Felix die Geselligkeit, die er vor allem „an der Basis“, in den Sektionen, der SPÖ antrifft. Er diskutiert wenig über politische Entscheidungen, da er sich in ideologischen und strategischen Fragen für wenig kompetent hält. Der Parteivorsitzende gibt für ihn die Linie vor und er hatte noch nie einen Grund, dessen Entscheidungen in Frage zu stellen. Felix' Interesse und Stärke im politischen Arbeiten liegt in der unmittelbaren Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung: Die Einbahnregelung in der Durchzugsstraße, der Schutzweg vor dem Kindergarten, die Errichtung einer Altstoffsammelstelle im Stadtteil und Ähnliches.

Zudem schätzt Felix die Harmonie mit den Genossen. Ihn stören Streitereien generell und er zieht sich im Falle eines offenen Konfliktes in der Organisation lieber zurück (damit er nicht gezwungen ist, Partei zu ergreifen). Er versteht seine Bezirksratskollegen aus den anderen Bezirken auch kaum, wenn sie – unter sich – die Entscheidungen des Parteivorsitzenden kritisieren, aber er hält auch nicht dagegen. Felix V. ist konfliktscheu, aber das scheint seinem Erfolg in der Politik nicht abträglich zu sein; in der Bevölkerung ist er beliebt – man kennt ihn aus dem SPÖ-Bezirksblatt, wo er als Geburtstagsgratulant älterer Damen vom Foto lacht; die Parteiorganisation schätzt seine Verlässlichkeit, seinen Fleiß und seine Bescheidenheit, mit der er weitgehend unbezahlte Arbeit leistet.

3. Eine Wählerin – Rosa E.

Rosa E. ist etwa 70 Jahre alt, verheiratet, Hausfrau und Mutter zweier erwachsener Kinder. Sie stammt aus Kärnten und lernte dort im Krieg ihren Mann kennen, dem

¹⁶ Jugendorganisation der Kinderfreunde, die wiederum eine SPÖ-nahe Einrichtung zur Freizeitgestaltung, Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist.

sie in das kleine oststeirische Dorf folgte, wo sie allein wegen ihres Akzents ein Fremdkörper ist. Ihre Mutter war Bauernmagd, und sie selbst musste schon früh am Hof mithelfen. Da sie in der Schule „gut lernte“, durfte sie einen Beruf lernen. Sie wurde eine geschickte Schneiderin und konnte dadurch der Abhängigkeit von den Bauern als Arbeit-, Kost- und Logisgeber entfliehen. Rosa erlebte den Geiz und die Frömmerei vieler Bauern und entwickelte so wohl ihren Antiklerikalismus.

Rosa ist in ihrer Umgebung – einem eindeutig konservativen Agrarbezirk – als Sympathisantin der SPÖ bekannt, da sie mit ihrer politischen Meinung nicht hinter dem Berg hält. Zudem hat sie sich nie am sonntäglichen Kirchengang beteiligt.

Da die SPÖ in diesem Bezirk nur schwach organisiert ist, wurde sie nie als Parteimitglied geworben; so tritt sie hauptsächlich als Medienkonsumentin mit „ihrer“ Partei in Kontakt. Sie stimmt überwiegend mit den Aussagen des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers überein, empört sich über die politischen Gegner und wählt auf allen Ebenen konstant SPÖ. Die Tatsache, dass ein Politiker, der z.B. im Fernsehen spricht, von einer anderen Partei kommt, lässt ihn Rosa bereits unsympathisch, unehrlich und dumm erscheinen. Rosa demonstriert in ihrem Alltag ihre Parteinahme für die SPÖ: Sie gibt Kommentare zum politischen Geschehen gegenüber Freunden und Verwandten ab (vor allem beim Fernsehen), sammelt die Politikerporträts der SPÖ-Kandidaten und klebt sie in ein Heft und verweigert die Lektüre der populären konservativen Tageszeitung (die von einem katholischen Verlag herausgegeben wird). In einer „schwarzen Gemeinde“, deren Kommunalverwaltung also von den Konservativen dominiert wird, hat sie es als „Rote“ in der Minderheitenposition nicht einfach. Die Zufahrt zu ihrem Haus ist die einzige im Dorf, die nicht auf Kosten der Gemeinde asphaltiert wurde. Doch darüber empört sie sich nur im Gespräch mit ihren Verwandten und Freunden, sie kann sich gar nicht vorstellen, sich ihrer Umgebung stärker anzupassen.

4. Eine Sympathisantin – Margit S.

Margit ist etwa 35 Jahre alt, Lehrerin, ledig und kinderlos. Während des Studiums wurde Margit politisch aktiv – war also vom Elternhaus nicht „einschlägig vorbelastet“ – gehörte dem linken Flügel des VSSÖ (Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs) an und leitete das Frauenreferat der Hochschülerschaft. Sie ist nicht Mitglied der SPÖ.

Nach dem Probejahr (einem bezahlten Unterrichtspraktikum) als Lehrerin war sie längere Zeit arbeitslos bzw. in Projekten auf Werkvertragsbasis beschäftigt, bis sie ein Freund (und „Genosse“) einmal darauf ansprach, doch dem SLÖ (Verein der sozialistischen Lehrer Österreichs) beizutreten und mit den im Landesschulrat einflussreichen Mitgliedern wegen ihrer Position auf der (angeblich objektiven) Warteliste arbeitssuchender Lehrer zu sprechen. Sie wurde also Mitglied im SLÖ, was sie damit begründete, dass sie „als Linke keine Berührungängste mit der SPÖ“ habe. Tatsächlich verhalf ihr die Erwähnung ihrer Mitgliedschaft im SLÖ bei der persönlichen Vorsprache beim (SPÖ-) Landesschulinspektor (dem sie im Laufe ih-

rer politischen Tätigkeit im VSStÖ schon mehrmals begegnet war) dazu, dass sie an einem Gymnasium „in der Provinz“ eine Anstellung als Karenzvertretung erhielt. Margits Dienstvertrag wurde von dieser Schule jeweils von Jahr zu Jahr verlängert, einmal hatte sie eine ganze, dann nur eine halbe Lehrverpflichtung, sodass sie zusätzliche Stunden an einer anderen Schule hielt. Sie war mit dieser unsicheren Position nicht sehr zufrieden, entschloss sich aber, sich damit abzufinden, da ihre Berufsaussichten „nicht gerade rosig“ waren.

Margit unterrichtet mit viel Engagement Geschichte und Italienisch. Sie schreibt in einer feministischen Literaturzeitschrift, diskutiert in ihrem Bekanntenkreis häufig über Politik und bezeichnet sich als Linke.

Im Zuge der Vorbereitung einer antifaschistischen Gedächtnisveranstaltung an der Schule gerät sie in einen argen Konflikt mit ihrem Schulleiter. Der will sich als Bürgermeisterkandidat in der Kleinstadt die potenziellen Wähler durch eine aus „seiner“ Schule kommende Initiative zur „Vergangenheitsbewältigung“ nicht vergraulen lassen und versucht daher, auf Margit Druck auszuüben. Sie beharrt trotz ihrer unsicheren beruflichen Lage auf ihrem Vorhaben, spricht vom Recht auf freie Meinungsäußerung und nennt den Schuldirektor in der Hitze der Auseinandersetzung einen „Kryptofaschisten“. Da sie sich mit ihren feministischen Ansprüchen auch unter der Kollegenschaft wenig Freunde gemacht hat, erwartet Margit, nach Ablauf des Schuljahres, keinen weiteren Dienstvertrag an dieser Schule zu erhalten. Sie befürchtet aufgrund ihres Zerwürfnisses mit dem Direktor, der auch einflussreiches Mitglied im SLÖ ist, generell schlechtere Anstellungschancen zu haben, was sie in ihrer Ansicht, dass in dieser Organisation ohnehin nur charakterlose Kriecher reüssieren, bestärkt. Sie empört sich auch darüber, dass einige ihrer Kollegen mit viel geringerem Engagement und Wissen bequem Karriere gemacht haben, doch Margit zieht für sich daraus nicht den Schluss, es ihnen gleich zu tun und ihre Überzeugungen aufzugeben.

Dimensionen der politischen Bindung

Um die in den Porträts beschriebenen Bindungen, vor allem aber das Phänomen der Bindung an sich, genauer analysieren zu können, möchte ich im Folgenden mehrere Dimensionen dieser Bindung betrachten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, soll hier mit den m. E. wichtigsten Dimensionen zur Unterscheidbarkeit von vordergründig¹⁷ ident erscheinenden Bindungen beigetragen werden, indem der Kontext, die Vorgeschichte und die Konsequenzen miterfasst werden. Die Darstellung versucht eine Reduktion der zweifellos komplexeren sozialen Realität auf einige wichtige Faktoren, um daraus schließlich auch eine Prognose für die Stabilität einer Bindung ableiten zu können.

¹⁷ Vor allem in der Querschnittsdatenanalyse erscheint etwa Parteimitgliedschaft als *eine* Form politischer Partizipation (vgl. unveröffentlichtes Forschungsmanuskript G. N. Marks et al). Tatsächlich können die Motive dafür so variabel sein, dass diese erste Auffassung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Innere und äußere Faktoren

Eine erste Darstellung von Umständen und Bedingungen, die dazu führen können, dass eine politische Bindung eingegangen oder eine bestehende politische Bindung gelöst wird, unterscheidet zwischen solchen, die im Individuum angelegt sind (Handlungsmotive und Kathexis)¹⁸ und solchen, die in seiner Umwelt verankert sind (Konformitätsdruck und materielle Abhängigkeit). Risiken, Austritte oder Stabilität sind die Ergebnisse von *Kombinationen* von Faktoren, nicht einzelner quantifizierbarer Variablen. Eine solche qualitative Analyse von Ursachen wird der Realität am ehesten gerecht. Das Durchspielen der Kombinationsmöglichkeiten anhand der Wahrheitstafeln im Anhang soll der Transparenz und dem besseren Verständnis dienen.

Innere Faktoren

1. Kathexis

Die oben geschilderten Personen unterhalten Bindungen zur SPÖ, die danach unterschieden werden können, ob sie Kathexis in die Bindung einbringen.

Der Begriff Kathexis stammt aus der Psychoanalyse und „bezeichnet die Konzentration psychischer Energie auf eine bestimmte Person, Sache oder Idee.“ (Dorsch 1970, 215) Der Begriff kann ohne Bedeutungsverlust als „Investition“ in eine Sache, Idee oder Person übersetzt werden (Walrond-Skinner 1986, 45) und impliziert dabei den Einsatz von Gefühl, sodass eine kathektische Bindung immer eine starke emotionale Bedeutung für das Individuum hat (Goldenson 1970, 188,9).

Marie Jahoda (1994) übersetzt den Begriff in ihrer Erörterung der Nonkonformität mit: „emotionale und intellektuelle Investition“ (Jahoda 1994, 173 f.). Wer nicht nur Verstand und vernünftige Argumente, sondern auch tiefe Überzeugung – also Gefühl – für eine Sache aufbringt, so Jahoda, wird sich auch von großem Konformitätsdruck nicht beeinflussen lassen; er hat einen Teil seines Ichs in die Bindung an die Sache eingebracht, sie bedeutet ihm so viel, dass er seine Identität ändern müsste, um von der Überzeugung abzugehen.

Kathexis beruht auf einer freiwilligen und bewussten Entscheidung des Individuums, womit sie ein Spezialfall des „Commitment“ (im Sinne Beckers 1960) ist. Das Konzept des „Commitment“ (i.e. der Verpflichtung) dient in verschiedenen Bereichen der Soziologie – und insbesondere in der politischen Soziologie – zur Erklärung konsistenten Verhaltens. Um in seiner näheren Bestimmung nicht in die Tautologiefalle¹⁹ zu tappen, müssen „Side-bets“ oder Investitionen, die den kon-

¹⁸ Kathexis bezeichnet ursprünglich bei Freud den Einsatz emotionaler Energie (Libido) für eine Handlung, Person oder Sache. Der Begriff wird in der Soziologie von Parsons angewendet; in seiner „General Theory of Action“ bestimmt Kathexis welche Handlungsalternativen ein Akteur wählt (Parsons/Shils 1962, 5).

¹⁹ Jemand handelt konsistent, weil er sich verpflichtet fühlt, was daran erkennbar ist, dass er konsistent handelt.

sistenten Handlungen vorausgehen, erkennbar sein und das Individuum muss sich dieser Investitionen bewusst sein (ebd. 36). Commitment kann auch völlig unfreiwillig entstehen, etwa als Verpflichtung, die sich aus bürokratischen Arrangements ergibt.²⁰ Kathexis bestimmt quasi die Stärke der Bindung von Seiten des Individuums.

Kathexis wird operationalisierbar, wenn das Individuum bestimmte Entscheidungen dadurch legitimiert, dass sie Ausdruck seiner persönlichen Identität sind. Ein bezeichnender Ausdruck dafür sind Metaphern wie „eingefleischt“, „von ganzem Herzen“, „durch und durch“, die Bindung ist bereits in den Körper übergegangen und eng an die biografische Identität geknüpft.

Konsistenz im Alltagshandeln gibt ebenso Hinweis auf eine kathektische Bindung. Eine bestimmte Zusammensetzung des Freundeskreises kann Resultat einer mit Kathexis getroffenen Entscheidung sein; daraus folgt, dass diese Investition in persönliche Beziehungen aufs Spiel gesetzt wird, wenn eine drastische Änderung der Identität vorgenommen wird. Es entstehen buchstäblich soziale Kosten, wenn man den Gesinnungswandel jedem der „alten“ Freunde erklären muss. Kathexis wirkt sich daher stabilisierend auf eine Bindung (zu Menschen oder Überzeugungen) aus.

Die Kathexis, die Rosa E. und Margit S. in die Bindung zur SPÖ (bzw. an die ideologische Position der Linken) einbringen, bedingt ihr nonkonformes Verhalten. Alois K. hingegen hat keinerlei kathektische Bindung an die SPÖ, wenngleich er (noch) Parteimitglied ist. Felix' Kathexis ist schwerer zu fassen, sein freiwilliges Engagement und seine Loyalität weisen sowohl auf Investitionen als auch auf Konsistenz im Handeln hin. Doch scheint seine Kathexis vor allem der Geselligkeit und Harmonie zu gelten, was ihn für Konformitätsdruck (etwa von Seiten der anderen Bezirksvorsteher) empfänglich macht. Wenn Felix diesem Konformitätsdruck nachgibt, handelt er zunehmend inkonsistent.

2. Handlungsmotive

Hinter der banalen Frage, warum Alois und Felix Mitglieder der SPÖ sind, warum Rosa SPÖ wählt und Margit sich als Linke bezeichnet, steckt die Idee, dass ihr Handeln durch Gründe oder Motive erklärt und verstanden werden kann. Doch wie haben wir uns Motive vorzustellen?

Sind Motive die abstrakten Interpretationskategorien, in die sich das Handeln von Menschen deutend („verstehend“) zusammenfassen lässt? Oder sprechen wir von einer Form von Trieben, die im Individuum wurzeln und zu bestimmten kohärenten Handlungen führen müssen (im Sinne Freuds)? Sind Motive die Rationalisierungen, die Menschen zur Legitimation ihres Handelns anführen und daher lediglich Ausdruck des sozial Erwünschten in ihrer Umwelt?

Burke (1935) und Mills (1940) verstehen Motive nicht als unabhängig wirkende

²⁰ Becker nennt etwa den Fall, daß jemand, der lange Jahre in eine betriebseigene Pensionskasse eingezahlt hat, seinen Arbeitsplatz nicht verlassen wird, da seine Beiträge sonst verloren gingen. (Becker 1960, 36)

Handlungsursachen. Vielmehr antizipiert der Akteur die sozialen Situationen, die als Konsequenzen der Handlung zu erwarten sind, wenn er sich und anderen gegenüber von seinen Motiven spricht. „Intention or purpose (stated as a ‚program‘) is awareness of anticipated consequence; motives are names for consequential situations, and surrogates for actions leading to them.“ (Mills 1940, 905 – Hervorhebung im Original)

So formt die Gesellschaft über die Sprache der Motive („vocabularies of motives“) das Handeln des Einzelnen, indem er in ihnen vorwegnimmt, was seine Handlungen legitimieren wird können. Das heißt nicht, dass Motive nur oberflächliche Rechtfertigungen sind, denn oft unterlässt man eine Handlung, weil man sich fragt „Was werden die anderen sagen, wenn ich das mache?“. Wenn jemand Motive nennt, beschreibt er nicht irgendwelche inneren Vorgänge in ihm; er bemüht sich, andere und sich selbst zu beeinflussen und damit sein Handeln in einen sozialen Zusammenhang einzubetten.

Jede Terminologie von Motiven ist notwendigerweise historisch und situativ gebunden, da sie die in einer Epoche und spezifischen sozialen Schicht adäquaten Situationsdefinitionen widerspiegelt. Johann Sebastian Bach schrieb Musik „zur höheren Ehre Gottes“; sein Motiv, Kunst herzustellen, war ein religiöses. Heute entsteht Kunst als Ausdruck der Spontaneität und Kreativität des Menschen. Früher erlegten sich die Menschen das Fasten aus religiösen Motiven auf, in der hedonistischen Gesellschaft der Gegenwart streben sie mit Diäten nach Gesundheit oder Schönheit (oder beidem). In den 1950er Jahren schlossen sich Jugendliche in politischen Jugendorganisationen zusammen, weil sie so Freizeit unter Gleichaltrigen erleben konnten; heute ist das „Hauptmotiv“ eine politische Überzeugung, ihr Wunsch, die Gesellschaft zu verändern.²¹

Die soziale und historische Relativität von Motiven ist insbesondere von Bedeutung, wenn die Rede von „letzten, ultimativen“ Handlungsgründen ist: „For if there is one underlying motive or set of motives that activates all men there must be one underlying situation common to all men.“ (Burke 1935, 282 – Hervorhebung im Original)

So gilt auch für Webers Klassifikationssystem der Bestimmungsgründe sozialen Handelns (Weber 1988, 565), dass sie ein Klassifikationssystem für Motive (i.S. von Mills' Vocabularies of Motives) darstellen, das zwischen rationalen (zweckrationalen, wertrationalen) und nicht-rationalen (traditionalen und affektuellen) Motiven unterscheidet. Zweckrationales Handeln wägt Mittel und Zwecke rational gegeneinander ab; ein wertrational motivierter Akteur folgt ohne Rücksicht auf die Konsequenzen seinen Überzeugungen, „von dem was Pflicht, Würde, Schönheit, religiöse Weisung, Pietät oder die Wichtigkeit ‚einer Sache‘ ... ihm zu gebieten scheinen.“ (Weber 1988, 566). Traditionales Handeln folgt der Gewohnheit, dem Bei-

²¹ Das opportunistische Motiv, eine Parteikarriere zu machen, gilt als verpönt, wenngleich es nach wie vor auftritt. Und auch heute dürfte die Teilnahme in einer politischen Jugendgruppe vom Motiv geleitet werden, „to save the world and meet girls“ (eine Begründung, die ein Aktivist einer linken Gruppe in den USA gegenüber Howard S. Becker genannt hatte).

spiel der anderen in mehr oder weniger unreflektierter Nachahmung oder aus Selbstverständlichkeit. Der affektiv motivierte Akteur gehorcht ausschließlich seinen Gefühlen und kann dabei entweder alle Konventionen ignorieren oder in sublimierter Form eine bewusste Entladung der Gefühlslage herbeiführen (ebd.).

Wie können diese Handlungsgründe auf die Bindung an eine Partei angewandt werden?

Zweckrational motivierte Parteigänger sind ausschließlich auf den eigenen Nutzen und das eigene Fortkommen bedacht; Klienten einer Patronage-Partei sollten individuelle Nutzenmaximierer, also rein zweckrational motivierte Anhänger oder Mitglieder sein. Wertrational bestimmt ist im Gegensatz²² dazu der Anhänger, der sich aus Gründen der Weltanschauung, der politischen oder religiösen Überzeugung einer Partei anschließt.

Für das Konzept der traditionellen Bindungen werde ich im Folgenden den Begriff „konformistische“ Parteibindungen benutzen, denn Webers Definition der traditionellen Motive benutzt Konzepte wie „Nachahmung“ und „Ansteckung durch andere“. Wenn wir jedoch heute von traditionsbestimmten Entscheidungen sprechen, meinen wir meist eher ein im Weberschen Sinne wertrationales Handeln, dessen Bezugssystem überlieferte und alte Werte sind. Konformistisch beschreibt in unserer Zeit das Streben nach Übereinstimmung mit anderen besser. Schließlich finden wir heute einige (mit der Gegenwartsgesellschaft) nonkonformistische Bewegungen, die sich an alten Traditionen orientieren. Teile der Ökologiebewegung etwa identifizieren sich mit konservativen Werten wie Brauchtumpflege, bürgerlichem Familienideal und esoterischen Heilmethoden. Dabei berufen sie sich auf – wie sie sagen – „verschütt gegangenes Wissen“, wenn sie ihren Alltag zum Beispiel an den Mondphasen orientieren oder Medizinrezepturen nach Hildegard von Bingen verwenden.

Affektuelle Gründe für die Bindung an eine Partei verankern das Handeln in der unmittelbaren emotionalen Reaktion auf einen Zustand (z.B. Wut über soziale Benachteiligung), in der Attraktivität eines politischen Führers oder im unmittelbaren Wunsch nach Genuss, Geborgenheit oder Spaß, der sich letztlich nur in Beziehungen zu Menschen, die auch dieser Partei angehören oder sie repräsentieren, erfüllen lässt.

Verbunden mit der Auffassung Mills', dass Motive die antizipierten Handlungskonsequenzen sind, bedeutet die Anwendung der Weberschen Idealtypen des Handelns auf politische Bindungen, dass es soziale Gruppen gibt, die zweckrationale – auf den eigenen ökonomischen Vorteil bedachte – Absichten in Zusammenhang mit einer Parteibindung als legitim anerkennen: Alois K. und die Funktionäre, die ihn als Mitglied geworben haben, sind dafür ein Beispiel. Er erwartet von der Partei, deren Mitglied er ist, keinen ideologischen Konsens; sie spielt für ihn nur die

²² Gegensatz deshalb, weil für Weber der wertrational Motivierte unabhängig vom Resultat (Erfolg oder Schaden) handelt, während „wer sein Handeln nach Zweck, Mittel und Nebenfolgen orientiert ... dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational abwägt“ (Weber 1988, 566).

Rolle einer Serviceagentur, die Arbeitsplätze und Wohnungen vergeben kann. In Margits sozialem Bezugssystem ist ein solches Verhalten verwerflich, ihr Handeln darf nicht im Widerspruch mit den Werten, denen sie sich verpflichtet fühlt, stehen; dafür opfert sie auch ihre Chancen auf eine vermutlich stabilere berufliche Zukunft. Hier wird deutlich, dass die Antizipation der Handlungsfolgen nicht notwendigerweise zu konformem Handeln führt; Margit hat sich offensichtlich entschlossen, einen antizipierten Konflikt einzugehen.

Felix wird für seine Loyalität geschätzt, er antizipiert mit seinem konformistischen, konfliktscheuen Handeln die soziale Situation der Partei, die ihn für seine Treue und seinen Fleiß belohnt (mit Geselligkeit und einem Bezirksratsmandat). Er erkennt in einem Konfliktfall, dass er durch explizites Parteiergreifen in eine Situation gerät, die ihn exponiert und der harmonischen Geselligkeit beraubt, daher unterlässt er diese Handlung und schweigt lieber. Er entwickelt keinen ideologischen Standpunkt.

Auch Rosa E. antizipiert den Konflikt, den sie durch ihre beharrliche und lautstarke Unterstützung der SPÖ in einer konservativ dominierten Umgebung eingeht. Doch für sie existiert eine relevantere Bezugsgruppe, die ihre Würde gewährleistet,²³ als sie die ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung in ihrer Jugend bei den Bauern erlebte. An dieser Bezugsgruppe – einer Gruppe von SPÖ-Politikern, die sie hauptsächlich aus den Medien kennt – hängt sie und sie verteidigt sie vor den „fischen“ Angreifern. Im Kreis ihrer Freunde und Verwandten wird diese affektuelle Bindung verstanden und gewürdigt.

Ein letzter Aspekt der Motive betrifft die Möglichkeit, dass man sich in der Antizipation der Konsequenzen einer Handlung, in der Einschätzung der Adäquatheit eines Motivs in einer bestimmten sozialen Gruppe auch irren kann. Eine Erfahrung, die Margit S. in gewisser Hinsicht machen muss, denn sie geht ursprünglich davon aus, dass die Bindung an die SPÖ kathektisch und wertrational motiviert sein müsse. Unterdessen erfährt sie, dass diese Auffassung für ihre Berufskarriere dysfunktional sein kann.

Rhetoriken

Fast scheint es, dass Mills und Burkes Vorstellung von Motiven als antizipierte soziale Situationen, dem Handelnden die Fähigkeit absprechen wollten, eigene Wünsche²⁴ zu haben, die im Widerspruch mit den der sozialen Situation angemessenen Handlungen stehen. Doch wer vor einer Tat darüber reflektiert, wie seine Umwelt reagieren wird, kann auch zum Schluss kommen, dass es besser für ihn ist, die Handlung zu unterlassen, oder eine andere Handlung zu setzen, oder die Handlung mit einem adäquaten Motiv zu verbrämen (ebd. 907).

²³ Genauer: sie wuchs in einer Umwelt auf, die ihr viele Rechte verweigerte; hätte sie die Sicht ihrer Umwelt eingenommen, hätte sie sich selbst aufgeben müssen. Um als unbeschädigtes Selbst zu überleben, mußte sie sich beweisen, wie wenig relevant das Urteil der Frömmen und Geizhalse war.

²⁴ Mills benutzt den Begriff „motivation“ quasi in Kontrast zu den verbal geäußerten „motives“ was m.E. eine sehr unscharfe und verwirrende Unterscheidung der Konzepte darstellt.

Diese Betrachtungsweise scheint mir deshalb so wertvoll für die soziologische Analyse, weil hier Motive nicht starre unveränderbare Ursachen sind, sondern über den Zugang des Reflektierens auch manipulierbar sind. D.h. nicht, dass jedes geäußerte Motiv ein manipuliertes ist, eine Lüge, ein Vorwand, doch dass Rechtfertigungen, Lügen und Vorwände nicht nur als solche erkannt, sondern auch erklärt werden können.²⁵ Dadurch muss ich als Forscherin nicht naiv alles glauben, was von den Untersuchten als Handlungsgrund vorgebracht wird.

Das Reflektieren über die soziale Adäquatheit von Handlungen und Motiven kann schließlich auch in die Entscheidung münden, im Interesse der Erzeugung einer bestimmten sozialen Situation – des Eintritts in eine Gruppe – Handlungsmotive zu finden – die in dieser Gruppe hohe Zustimmung finden. „As such it [the appeal to a vocabulary of motives associated with a norm with which both members of the situations are in agreement] is an integrative factor in future phases of the original social action or in other acts.“ (Mills 1940, 907f., Hervorhebung in Original)

Gerade diese integrative Wirkung der Nennung von Gründen spielt in der Beurteilung politischer Entscheidungen eine große Rolle: Es kann hilfreich sein, sich als von Kriminalität bedroht, von Zukunftsängsten geplagt und einem unmenschlichen Konkurrenzkampf unterworfen darzustellen, damit man auch einen legitimen Grund für die Unterstützung einer neu aufgetretenen politischen Gruppe hat, die aufgrund ihrer rechten Sprüche und ihrer rassistischen Forderungen im öffentlichen politischen Diskurs verpönt ist. Der Thrill, auch einmal bei den „bösen Buben“ mitzuheulen, das Abenteuer mit markigen Sprüchen am Stammtisch Eindruck zu machen oder die Ambition als „Buberl“ im Tross Karriere zu machen, ist schließlich kein adäquates Motiv für eine politische Entscheidung.²⁶

Diesen Bindungen fehlt der Einsatz von Kathexis, eine bewusste Selbstverpflichtung für ein bestimmtes Wertesystem oder eine dauernde Bindung an Personen einer politischen Gruppe (etwa auch in Zeiten der politischen Erfolglosigkeit). Die Zusammensetzung der Wählerschaft der seit den 1980er Jahren erfolgreichen Rechtspopulisten in ganz Europa zeigt dies auf. Wäre das Viertel der FPÖ-Wählerinnen und Wähler, die angeben, bei der vorigen Wahl ÖVP gewählt zu haben, den christlichen Grundwerten dieser Partei mit Herz und Hirn verbunden, und wäre das Fünftel der FPÖ-Wählerinnen und Wähler, die aus dem Lager der SPÖ stammen (Pfahl-Traughber 1994, 60), den sozialdemokratischen Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität persönlich verpflichtet, hätten sie sich wohl kaum von der Attraktivität der „neuen“ politischen Kraft beeindruckt lassen. Doch den Populismus-Unterstützern soll hier nicht Untreue und andere moralische Defizite zum Vorwurf gemacht werden, sondern ihr ganz spezifischer Umgang mit Politik untersucht werden.

²⁵ Und zwar nicht erklärt als moralische Defizite des Lügners, sondern als Produkt von sozialen Situationen, die er vorfindet.

²⁶ Von Politikwissenschaftlern, Politikern und Journalisten wird immer wieder ins Treffen geführt, dass Rechtspopulismus-Wähler ihre Ängste und Sorgen in den rechtspopulistischen Sprüchen angesprochen sähen und daher so wählten. Fragte sich noch niemand, ob denn die Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien völlig sorgen- und angstfrei durchs Leben wandeln?

Politik hat schließlich eine stark integrative Wirkung in einer demokratischen Gesellschaft – möglichst viele Menschen sollen das Gefühl haben, in Entscheidungsprozessen mitwirken zu können, aber nicht allen ist die Wichtigkeit und Tragweite politischer Entscheidungen bewusst. (Eigentlich gibt es niemanden, der die realen Auswirkungen aller politischen Entscheidungen in allen Bereichen absehen kann. Einzelne Experten meinen, für Teilbereiche abschätzen zu können, was geschieht, wenn eine bestimmte Maßnahme gesetzt wird.)

Politik ist zudem – da sie eng mit Macht verknüpft ist – in patriarchalen Gesellschaften eine Männerangelegenheit. Während es daher für Frauen legitim ist, zu sagen, „ich halte mich da lieber heraus, ich versteh nichts davon“, müssen Männer eine ihrer Geschlechtsrolle adäquatere Begründung für die Nicht-Teilnahme vorbringen: „Ich will nichts mit diesen Gaunern zu tun haben“ könnte diese Anforderungen erfüllen.²⁷

Diese Rhetoriken bieten eine Art Eintrittskarte für die Teilnahme an einer sozialen Gruppe, die ein gewisses Maß an Kompetenz erfordert;²⁸ Rhetoriken wirken integrativ (später werde ich zeigen, dass die rechtspopulistische Rhetorik diese Funktion besonders gut erfüllt) für Menschen, die in Ermangelung einer vorherigen intellektuellen oder affektuellen Investition (Kathexis) keine bestimmte politische Bezugsgruppe haben.

So wie eine Hauptfunktion der alltäglichen Unterhaltung darin besteht, „dem Sprechenden die Möglichkeit zu geben, mit dem, was um ihn herum vorgeht, wieder irgendwie ins Reine zu kommen, ohne es aber selbst unmittelbar verändern zu wollen“ (Goffman 1993, 536), besteht auch der Wert der politischen Gespräche darin, dem Individuum einen Platz in einer Gemeinschaft einzuräumen. Dabei sind Realitätsnähe, effiziente Informationsübermittlung und Konsistenz für den Teilnehmer von sekundärer Bedeutung. Die integrative Wirkung der sozialen Veranstaltung der Konversation basiert darauf, dass Dabeisein wichtiger ist, als etwas Wesentliches zu sagen oder zu hören. Für diesen Zweck sind die vorgebrachten Motive als Rhetoriken weniger eng an die soziale Realität des Handelnden gebunden.

Daneben haben Rhetoriken die Funktion, „gute Gründe“ oder Vorwände für (vom Gewohnten) abweichendes Verhalten bereitzustellen. Sie sind Erklärungen, mit denen „ein Akteur mildernde Umstände geltend zu machen vermag“ (Goffman 1982, 160), wenn er die Erwartungen seiner Umwelt enttäuscht hat oder ihre Regeln verletzt hat. Diese Erklärungen sind ein Mittel korrektiven Handelns (ebd. 156), durch das der Akteur gegenüber seiner Umwelt und sich selbst die Untadeligkeit seines moralischen Charakters unter Beweis stellen muss. Er geht dabei von der schlimmst-

²⁷ Natürlich kann von einer so idealtypisch geschlechtsspezifisch gespaltenen Alltagswelt in einer modernen Gesellschaft kaum gesprochen werden, dafür gibt es zu viele Ausnahmen. Dennoch scheint diese (zugegeben etwas holzschnittartige) Darstellung eine Erklärung für den Männerüberhang in der Anhängerschaft aller europäischen rechtspopulistischen Bewegungen (Pfahl-Traughber 1994, 167) zu bieten.

²⁸ Tatsächlich muß, wer über Politik sprechen will, Personen zu Parteien und Parteien zu Ideologien oder Interessen zuordnen können, wenn man eine für die Gesprächspartner adäquate logische Aussage machen will.

möglichen Deutung seines Handelns aus, also der Interpretation, „die ein Höchstmaß ... an beschämenden Implikationen für den Akteur selber“ (ebd.) unterstellt. Rechtspopulisten verweisen auf ihre vermeintlichen Deprivationserfahrungen und Ängste vor Fremden, weil sie – zurecht – annehmen, dass diese Motive (bzw. eigentlich Rhetoriken) für ihre Ressentiments eher ernst genommen werden und ihre „Schuld“ am eigenen fremdenfeindlichen Verhalten verringern. Sowohl der Aspekt der Rechtfertigung durch geäußerte Motive als auch jener des Einstiegs in soziale Gruppen durch die Angabe von Gründen, warum man „dazu gehören“ muss, ist Folge der Antizipation einer sozialen Situation, die als Konsequenz einer bestimmten Handlung erwartet wird.²⁹

Äußere Faktoren

Wie oben erwähnt, trägt auch das soziale Umfeld des Individuums zur Entstehung und Erhaltung oder auch Lösung einer Bindung bei; diese äußeren Umstände bestehen in der sozialen und materiellen Abhängigkeit des Einzelnen von seiner Umgebung und können gegen die Intentionen des Individuums gerichtet sein. Wenn die inneren und äußeren Faktoren bzw. Umstände gegeneinander arbeiten, ergibt dies eine Konfliktsituation im Individuum bzw. zwischen dem Individuum und seiner Umwelt; dieser Konflikt wirkt destabilisierend auf die betroffene Bindung. Wie kann sich nun etwa Konformitätsdruck bzw. eigentlich die Tatsache, eine Minderheitenposition zu vertreten, auf die Bindung auswirken? Welche Bindungen werden dadurch besonders gefährdet?

3. Konformität

Konformität als soziales Phänomen hat einerseits einen individuellen Aspekt: das Konformitätsstreben, also der Versuch, möglichst Einklang mit der dominanten Meinung einer Gruppe zu erzielen. Andererseits erfordert Konformität die Interaktion einer dominanten (Gruppen-)meinung mit einer Minderheitenposition, also Konformitätsdruck, und damit einen außerindividuellen Faktor. Wesentlich an diesem sozialen Phänomen ist nicht, wie es spontan zustande kommt,³⁰ sondern wie Konformitätsdruck zur Anpassung der Minderheit an die Mehrheit führt, die Übernahme der Meinung des Stärkeren durch den Schwächeren herbeiführt. Die Zuordnung von Konformität zu den „äußeren“ Faktoren ist zugegebenermaßen willkürlich; denn zur Erzeugung von Konformität ist Druck von außen nur erfolgreich,

²⁹ Rhetoriken einfach als konformistische Motive zu bezeichnen, scheint mir insofern zu grob, als man etwa eine Rhetorik auch dafür benutzen kann, um in einer Gruppe die Rolle des Nonkonformen – des Rebellens, „Bösewichts“ usw. – zu spielen. Wollten rechtspopulistisch argumentierende Stammtisch-Teilnehmer nur möglichst konform in einer politischen Gruppe sein, könnten sie es schließlich auch Felix V. gleich tun.

³⁰ i.e. wie sich eine Gruppe von Menschen zufällig einig in einer Sache ist.

wenn er auf eine gewisse Bereitschaft zur Anpassung von „innen“ trifft. Dennoch halte ich es für zielführender, Konformität unter dem Gesichtspunkt des Situativen und Relationalen und nicht der persönlichen Eigenheit zu diskutieren.

Sozialpsychologische Befunde zeigen deutlich, dass Menschen in einer Gruppensituation um Konsens bemüht sind, sofern sie nicht einen starken Grund für Divergenz haben (Moscovici/Doise 1994, 7). In einer Reihe klassischer Experimente erforschte Solomon Asch das Phänomen der Konformität. Dabei wurde eine Testperson aufgefordert eine leichte Wahrnehmungsaufgabe zu lösen (Längenvergleich von Linien), wobei sie vom falschen Urteil einer Gruppe von vermeintlichen Testpersonen (eigentlich Verbündete des Forschers) beeinflusst wurde. In der Mehrheit der Fälle schloss sich der Proband der falschen Mehrheitsmeinung an. Allerdings ließ die Tatsache, dass manche Testpersonen an ihrer Meinung trotz der überragenden Mehrheit festhielten, die Vermutung aufkommen, dass es besondere Bedingungen oder Persönlichkeitsmerkmale geben müsse, die Nonkonformität ermöglichten. Einige Faktoren, die zur Unabhängigkeit des Probanden beitrugen, waren gute Fertigkeiten zur Lösung der Aufgabe und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, relativ höhere soziale Position (Frauen und Kinder neigen in den Experimenten eher zu Konformität), die Stärke der eigenen Überzeugung oder eigentlich Kathexis, die Größe der Gruppe, die Anwesenheit mindestens eines nonkonformen Partners und die Größe der Abweichung der falschen Mehrheitsmeinung von der „Wahrheit“.

Diese Bedingungen für unabhängiges nonkonformes Handeln lassen sich unschwer in den politischen Alltag übersetzen. Wer meint, von politischen Vorgängen viel zu verstehen und über Erfahrung zur Beurteilung von Aussagen oder Handlungen verfügt, wird politisches Geschehen schnell und sicher interpretieren können und sich dabei kaum von anderen beeinflussen lassen. Umgekehrt muss ein politisch Unerfahrener sich und andere oft fragen, was eigentlich vor sich geht.

Wer Gefühl und Verstand investiert hat, also eine (wertrationale oder affektuelle) Bindung unter Einsatz von Kathexis eingegangen ist, hat einen guten Grund, sich auch auf die Gefahr der Uneinigkeit mit der dominanten Meinung *nicht* konform zu verhalten.

Wie wichtig es für Nonkonformität ist, ob man sich allein gegen alle anderen behaupten muss, oder sich einig mit einem Partner weiß, ist aus der persönlichen Erfahrung jedes Einzelnen leicht nachvollziehbar. Dennoch ist Konformitätsdruck innerhalb bestimmter in einer demokratischen Gesellschaft weitgehend gewährleisteter Grenzen schwer zu quantifizieren. Felix V. passt sich im Gegensatz zu Rosa E. an die herrschende Meinung an. Daran wird deutlich, wie sehr es auf den jeweiligen Kontext ankommt, in dem jemand etwa zur Auflösung einer Bindung gedrängt wird.

Im Bereich der Politik ist der Faktor der Größe der Divergenz zwischen einer dominierenden falschen Meinung und der Wahrnehmung der Tatsachen „wie sie wirklich sind“ kaum auszumachen; politische Konflikte lassen sich letztlich nicht nach dem Wahrheitskriterium entscheiden. Die öffentliche Debatte um die Amts-

enthebung des amerikanischen Präsidenten Clinton etwa gibt ein aufschlussreiches Beispiel für die Aufgabe der Beurteilung eines mehrdeutigen Phänomens und den durch die Macht der einen Konfliktpartei am Kapitol und die Sensationier der Medien erzeugten Konformitätsdruck für die Bevölkerung. Denn ein so deutlicher Unterschied zwischen dem *Procedere* in Washington bzw. dem *Mainstream* der Medienberichterstattung und der „öffentlichen Meinung“ wie sie in Umfragen erhoben wurde oder sie jeder täglich in Plaudereien hören konnte, scheint in einer Demokratie bemerkenswert.

Insbesondere wenn das Ausmaß der Folgen einer außerehelichen Affäre des Präsidenten in den USA mit ähnlichen „Verfehlungen“ von Politikern (Politikerinnen?) anderer Länder verglichen wird, fällt auf, wie weit die inszenierte Aufregung in den USA vom weltweiten Konsens über die Toleranz gegenüber dem Privatleben von Politikern abweicht. Natürlich benutzte die republikanische Mehrheit die Verwicklungen um Clintons Affäre nur, um sich ihres populären Gegners zu entledigen, doch wesentlich ist, wie sie die Mehrheit der Bevölkerung glauben machen wollte, dass die Lüge zur Vertuschung einer Affäre den Einsatz des stärksten Instruments der Verfassung zur Korrektur eines Volksentscheids rechtfertigen würde.

Selten wurde so deutlich vorgeführt, wie politisch Mächtige in einer Demokratie gegen den Willen der Mehrheit und gegen die Interessen des Landes agieren können. Die Besonderheit des amerikanischen politischen Systems, in dem polemisch ausgedrückt nur in einem kleinen Segment der Bevölkerung Wahlen zur Legitimation der politischen Elite (die sich von der ökonomischen Elite bezahlen lässt) abgehalten werden, führte schließlich dazu, dass sich der Machtkampf nicht entscheiden ließ, oder jedenfalls nicht in einem Volksentscheid.

Diese reale Situation bietet viele Anknüpfungspunkte für die Erkenntnisse aus den Experimenten zu Konformität.

Zum einen besteht die Parallele der realen Situation mit dem sozialpsychologischen Experiment in der Kleingruppe darin, dass eine dominante Meinung (der politischen Amtsträger und Medien in der Realität oder der Gruppenmehrheit im Experiment) die Urteilsfindung von Akteuren zu beeinflussen trachtet. Erst nach und nach erfahren diese, dass ihre der dominanten Meinung widersprechende Einschätzung der Vorgänge nicht nur von den meisten ihrer Bekannten, sondern auch von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird. Danach³¹ konsolidieren sich die politischen Lager und die Fronten verhärten sich – zugunsten der Klarheit des Urteils im jeweiligen Lager.

Zum anderen reflektiert die stramme und gänzlich unübliche Parteidisziplin bei den Abstimmungen im Kongress, wie viel Konformitätsdruck auf die Abtrünnigen der jeweiligen Fraktion ausgeübt worden sein muss. Auch Marie Jahoda (1994) wählte

³¹ Etwa zum Zeitpunkt der Kongresswahlen im November 1998, deren Ergebnis die leicht geschrumpfte Republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus als Absage für ihren „Impeachment“ Kurs auffaßte. Das führte zwar zum Rücktritt des Sprechers Newt Gingrich, unterband jedoch nicht die Fortsetzung des Amtsenthebungsverfahrens.

den Diskussionsprozess um die Amtsenthebung eines amerikanischen Präsidenten – Andrew Johnson 1868 – zum Angelpunkt für ihre Analyse der Nonkonformität und ihrer Bedingungen, indem sie die Entscheidung des nonkonformen Senators Edmund G. Ross, der über die entscheidende Stimme zur Republikanischen Mehrheit verfügte, ins Zentrum stellt.³²

Konformität im Bereich der geschilderten politischen Bindungen besteht nur bei Alois K. und Felix V., genau genommen ist nur Felix' Konformitätsstreben ausgeprägt genug, um jeden Widerspruch mit der jeweilig dominanten Gruppenmeinung zu vermeiden. Felix vertraut auch wenig auf sein eigenes politisches Urteil, er verlässt sich lieber auf den Vorsitzenden. Er ist kathektisch an die Menschen in der Partei gebunden, weicht allerdings aufkommenden Loyalitätskonflikten durch Schweigen aus.

Alois zeigt sich nur nach außen konform, solange er die SPÖ für ihre Patronage brauchte; da ihm offenbar nicht enorm viel an politischen Bindungen liegt, bemüht er sich auch nicht um eine „Bereinigung“ der Situation, d.h. er tritt nicht aus der SPÖ aus, wenn er mit der Parteimeinung nicht übereinstimmt. Er hat offenbar nur wenig Kathexis in seine politischen Überzeugungen investiert, weswegen ihn die Divergenz unbehelligt lässt.

Die beiden Frauen sind offen nonkonform (womit sie vermutlich „statistische Ausreißer“ darstellen). Margit S. verfügt über ausreichend politische Erfahrungen (aus der Zeit als Studentinpolitikerin), um ihr eigenes Urteil über die Konfliktsituation für maßgebender zu halten als die Gehorsamkeit gegenüber ihren Kollegen, unter denen sie keine Verbündeten hat. Ihre kathektische Bindung an ihre politische Überzeugung lässt es nicht zu, dass sie von ihr abgeht.

Rosa E. scheint hingegen gewohnt an die Erfahrung der Nonkonformität, da sie schon aufgrund ihres Akzentes als Fremdkörper im Dorf behandelt wurde. Sie hielt den Kontakt zu ihren Freundinnen in Kärnten auch immer aufrecht und konnte so den Konformitätsdruck relativieren. „Der Nonkonformist ist nach Cooley jemand, der außer Schritt marschiert, weil er eine andere Trommel hört. Cooley nennt dieses Verhalten ‚Fernkonformität‘...“ (Jahoda 1994, 171) Sie hat weder in die Bindung zu den Menschen im Dorf, noch in deren Aktivitäten oder Belustigungen Kathexis investiert. Der Entzug der Gunst dieser sozialen Gruppe kann sie daher nicht von ihrer Unterstützung der SPÖ abhalten.

4. Abhängigkeit

Materielle Abhängigkeit kann zwischen dem Bindungspartner Partei und dem Einzelnen im Rahmen einer Patron-Klient-Beziehung bestehen. Eine Dienstleistung durch eine (öffentliche) Institution, der Zugang zu bestimmten Privilegien oder nur

³² Obwohl Ross dann zwar gegen seine Partei und ihren Schuldspruch des Präsidenten votierte, fand sich eine Mehrheit, Johnson des Amtes zu entheben – womit er bis 1998 der einzige vom Kongress abgesetzte Präsident war. (Clinton wurde 1998 vom Repräsentantenhaus des Amtes enthoben, doch der Senat hob im Februar 1999 diese Entscheidung auf.)

zu bestimmten Arbeitsmärkten wird an das politische Bekenntnis des Klienten geknüpft, der Partei, die über die gewünschten Dienste oder Güter Verfügungsmacht beansprucht, beizutreten und sie zu unterstützen.³³ Auf der Ebene eines Funktionärs entsteht materielle Abhängigkeit durch Politikergehälter (und/oder ein direktes Arbeitsverhältnis mit der Parteiorganisation), die schließlich nur bezogen werden können, wenn die Partei die Kandidatur auf ihrer Liste unterstützt.

Ein Rechtstitel erwächst der Partei in diesem Fall nicht – sie vermittelt die Wohnung nur, Vertragspartner ist eine Gebietskörperschaft oder ein Wohnbauunternehmen; die Parteigremien nominieren die Kandidaten nur, die Liste muss erst in einem Volksentscheid bestätigt werden und das Mandat ist natürlich „frei“, also handelt der Mandatar nicht in einem rechtlich einklagbaren Auftrag.³⁴

Daraus folgt, dass der Klient die Partei eigentlich um die Gegenleistung betrügen könnte. Doch es ist für die Patron-Klient Beziehung typisch, dass sich hier einerseits großes Machtgefälle mit andererseits scheinbarer Solidarität verbindet. Dem Zwang, den der Patron auf den Klient ausübt, steht andererseits die Freiwilligkeit gegenüber, mit der sich der Klient in einen solchen Zwang, eine solche Abhängigkeit begibt (Eisenstadt/Roniger 1980, 71).

Vordergründig scheint evident zu sein, dass Abhängigkeit eher stabilisierend auf eine Bindung wirkt – schließlich entstehen durch die Abwendung Kosten: das begehrte Gut kann nicht (mehr) oder nur schwer erlangt werden. Dies gilt jedoch nur für die zweckrational begründete Bindung zu einer Partei und natürlich auch nur so lange der „Handel“ nicht unter Dach und Fach ist. Das Gefühl, einer Partei für die Vermittlung des Arbeitsplatzes verpflichtet zu sein, hält dann meist nur bis zur Pensionierung an. So ergab eine Untersuchung der Parteiaustritte einer SPÖ-Bezirksorganisation,³⁵ dass Personen im Pensionsalter bei den Austretenden stark überrepräsentiert sind.

Im Vergleich der Mitglieder mit den ca. 200 Ausgetretenen nach Alter zeigt sich ein deutlicher „Altersbauch“ der Ausgetretenen (siehe Grafik 1), der *nicht* eine Überrepräsentation dieser Altersgruppe in der Wohnbevölkerung widerspiegelt.³⁶ Ganz im Gegenteil, die 51–60-Jährigen stellen nur 10% der Wohnbevölkerung und 23% der aktuellen SPÖ-Mitglieder, aber 40% der Ausgetretenen.

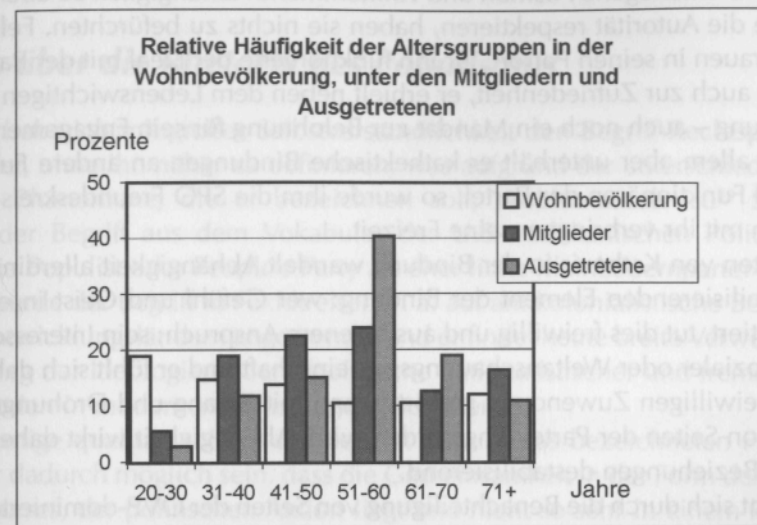
³³ Parteistrategen versuchen auch bei anderen Tätigkeiten von Politikern, die im Interesse eines Bürgers sind, diesem zu vermitteln, daß die persönliche Initiative eines Politikers dahintersteht. Subventionsempfänger werden etwa in Schreiben der Steiermärkischen Landesregierung von der Zusage verständigt und davor von seiten des Ressortleiters dezent darauf hingewiesen, daß es seinem Antrag zu verdanken ist, dass es zur Ausschüttung der gewünschten Mittel kommt.

³⁴ Dies mag für die Mandatare der FPÖ ab Juli 1998 nicht mehr so gelten, da sie in einem medial breit angekündigten Feldzug ihres „Führers“ Haider gegen parteischädigenden Ungehorsam unter seinen Mandatären zur zivilrechtlich einzuklagenden Vertragstreue im Hinblick auf Wahlversprechen gezwungen werden sollen. Im Verlaufe der Diskussion dieser Maßnahme wurde durch den postwendenden Ausschluß eines innerparteilichen Kritikers (Rüdiger Stix, Landtagsabgeordneter in Wien) die Abhängigkeit der Politiker von ihrer Partei(führung) auf die Spitze getrieben.

³⁵ nähere Beschreibung der Daten in Anhang 2

³⁶ Die Bevölkerungsstatistik beruht auf Daten der Volkszählung 1991, der Mitgliederstand auf die parteiinterne Statistik vom August 1997.

Grafik 1: Relative Häufigkeit der Altersgruppen in der Wohnbevölkerung, unter den Mitgliedern und Ausgetretenen:



Der signifikante³⁷ Überhang der 51–60-Jährigen bei den Austritten gegenüber den Mitgliedern lässt sich vor allem durch die relative Häufigkeit der rein opportunistischen Motive bei den Ausgetretenen erklären, die nach ihrer Pensionierung nun natürlich nicht mehr der Patronage durch die SPÖ bedürfen. Insgesamt fast 56% aller Interviewten gaben zumindest *auch* Patronage als legitimes Austrittsmotiv an. Dieses rein zweckrationale Kalkül bewog sie zu einer im Durchschnitt 24,9 Jahre dauernden Mitgliedschaft.³⁸ Es scheint, diese Austretenden betrachten den Mitgliedsbeitrag als Tilgung der Schulden (i.e. Protektion) bei der Partei, denn sie „begründen“ ihren Abschied nach durchschnittlich 25 Jahren vereinzelt mit: „Ich hab’ eh lange genug gezahlt.“

In diesem Sinne ist Alois K. kein Einzelfall, da er sich jetzt – wo er nicht mehr abhängig von der SPÖ ist – in seinem Veteranenzirkel überhaupt nicht loyal zu der Partei verhält, die ihm den Aufstieg in den Beamtenstatus ermöglicht hat.

Felix V. steht in materieller Abhängigkeit zur Partei – als Eisenbahner war seine berufliche Laufbahn von der Mitgliedschaft in der „Fraktion“ (sozialdemokratischer Gewerkschafter) abhängig. Die Organisation des gesamten „Roten Alltags“ mit Werk-, Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung, der Konsumgenossenschaft (bis 1995), den Kinder- und Naturfreunden und dem Pensionistenverband erinnert an den Paternalismus amerikanischer Industrieller wie Pullman. Die umfassende Versorgung, jedoch auch Bevormundung und Kontrolle durch den paternalistischen

³⁷ Der Chi-Quadrat Wert ist auf dem Niveau $p < 0.01$ signifikant.

³⁸ Die Mitgliedsdauer aller Ausgetretenen betrug im Mittel 25,6 Jahre.

Unternehmer – oder durch die paternalistische Partei – manifestiert Macht und Autorität über die Untergebenen (Sennett 1980, 71). Solange diese keinen Anspruch erheben, ihre unterlegene Position und vollkommene Abhängigkeit zu überwinden, solange sie die Autorität respektieren, haben sie nichts zu befürchten. Felix V. hat volles Vertrauen in seinen Patron, für ihn funktionierte der Deal mit der Patronagepartei SPÖ auch zur Zufriedenheit, er erhielt neben dem Lebenswichtigen – Arbeit und Wohnung – auch noch ein Mandat zur Belohnung für sein Engagement für die Partei. Vor allem aber unterhält er kathektische Bindungen an andere Funktionärinnen und Funktionären der Partei, so wurde ihm die SPÖ Freundeskreis und Familie, denn mit ihr verbringt er seine Freizeit.

Das Auftreten von Kathexis in der Bindung wandelt Abhängigkeit allerdings zu einem destabilisierenden Element der Bindung: wer Gefühl und Geist in eine Bindung investiert, tut dies freiwillig und aus eigenem Anspruch; sein Interesse gilt der Partei als sozialer oder Weltanschauungsgemeinschaft und er fühlt sich daher auch in seiner freiwilligen Zuwendung gestört, wenn mit Zwang und Drohungen seine Disziplin von Seiten der Partei eingefordert wird. Abhängigkeit wirkt daher auf kathektische Beziehungen destabilisierend.

Rosa E. sieht sich durch die Benachteiligung von Seiten der ÖVP-dominierten Kommune (keine asphaltierte Zufahrt) nicht aufgefordert, ihre Überzeugung zu ändern, sondern – ganz im Gegenteil – erkennt darin nur einen weiteren Anstoß für ihre Empörung über „die Schwarzen“, d.h. bei ihr wirkt die Sanktion der Verweigerung einer Patronageleistung kontraproduktiv-stabilisierend auf ihre SPÖ-Anhängerschaft. Margit S. verweigert einem einflussreichen Mitglied des SLÖ den Gehorsam und erwartet dadurch, die Protektion durch die Berufsorganisation der Lehrer zu verlieren. Statt ihre Überzeugung der materiellen Abhängigkeit unterzuordnen, wählt sie den riskanteren Weg einer beruflichen Zukunft ohne die Protektion und damit ohne die Abhängigkeit von einem Patron.

Zusammenfassung

In meiner Darstellung des Gegenstandes der Untersuchung, der politischen Bindungen und Abwendungen, habe ich versucht, die Komplexität der Realität so weit zu vereinfachen, dass eine Vielfalt von einzelnen zum Gegenstand gehörenden Ereignissen erfasst werden kann. Zudem erlaubt das Modell der inneren und äußeren Faktoren eine Analyse der verschiedenen ökonomischen, soziologischen und psychologischen Theorien für politisches Verhalten, die deutlich macht, von welchem meist impliziten Akteursmodell diese ausgehen. Damit ist eine genauere Darstellung ihrer Defizite und Stärken möglich.

Ich habe mit der Diskussion der einzelnen Faktoren anhand der vier Porträts zu zeigen versucht, dass wir die Verknüpfungen der einzelnen Faktoren im Auge zu behalten haben, wenn wir der Gefahr vorschneller Schlüsse über die Bedeutung eines Faktors entgehen wollen. Nicht nur die wissenschaftliche Betrachtung des Gegen-

stands, auch die politische Praxis dürfte solche Verschränkungen bis jetzt eher vernachlässigt haben.

Exkurs über die Rhetorik des Populismus

Bis jetzt habe ich mit großer Selbstverständlichkeit den Begriff Rechtspopulismus verwendet, ohne ihn näher zu definieren, was aufgrund der unterschiedlichen politischen Phänomene, die er bezeichnen soll, problematisch ist.³⁹ Schließlich stammt der Begriff aus dem Vokabular der U.S. amerikanischen Politik – 1892 wurde die Populist oder People's Party als eher linke Kleinbauernpartei gegründet. Seither wurde der Begriff in Fachkreisen u. a. auf antikolonialistische Bewegungen in den Entwicklungsländern angewendet und er findet heute breite Verwendung zur Benennung der Ideologien oder Ideologeme nationalistischer und fremdenfeindlicher Parteien in modernen Industriegesellschaften.

Eine derartige qualitative Streuung der mit Populismus bezeichneten Phänomene kann nur dadurch möglich sein, dass die Gemeinsamkeit in der Form der Agitation, des Diskurses, der politischen Aktion liegt und nicht so sehr in einem kohärenten Ideologiegebäude. Ein solches findet sich letztlich in keiner der „neuen“ rechtspopulistischen Parteien Europas (neben der FPÖ Jörg Haiders der Front National in Frankreich, der Vlaams Blok in Belgien, Umberto Bossis Lega Nord und Silvio Berlusconi's Forza Italia, Carl Hagens Fortschrittspartei in Norwegen, Christoph Blochers Volkspartei in der Schweiz, den deutschen Republikanern und der extrem rechten Deutschen Volksunion).

Als Begriff, der beschreibt, wie Politiker, Parteien und soziale Bewegungen „das Volk“ umwerben, ansprechen und instrumentalisieren, kann Populismus trotz der Verschiedenartigkeit populistischer Bewegungen nützlich sein.

Einige gemeinsame Kennzeichen der Populisten wurden bereits 1956 von Edward Shils aufgeführt, sie blieben in weiteren politikwissenschaftlichen Publikationen zum Thema (Ionescu/Gellner 1969; Pfahl-Traugher 1994) unverändert. Wichtigstes Merkmal populistischer Politik/Rhetorik ist das Primat des Volkes: „das“ Volk erscheint in populistischen Phrasen über eine moralische Überlegenheit zu verfügen, die von keinem seiner gewählten Vertreter erreicht wird.⁴⁰ Resultierend aus diesem Vorrecht „des Volkes“ drückt Populismus Misstrauen gegenüber Intellektuellen und Ablehnung wesentlicher Charakteristika eines modernen Rechtsstaates, der Gewaltentrennung und des Repräsentationsprinzips (im Gegensatz zum Identifikationsprinzip) in der Demokratie aus. Ein weiteres Charakteristikum populistischer Phrasen besteht in der Kritik an der modernen bürokratischen Verwaltung.

39 Obwohl ich keine Definitionen für Sozialdemokratie oder Konservatismus usw. geboten habe, verursacht dies mit Sicherheit weniger Missverständnisse. Die Ähnlichkeiten unter den vielen als sozialdemokratisch oder konservativ bezeichneten Bewegungen scheinen ihre Unterschiede zu überwiegen.

40 In diesem Zusammenhang könnte man von einer Vulgarisierung des demokratischen Prinzips durch den Populismus sprechen.

Populisten ergehen sich in der Schmähung des Politikers an sich, während gleichzeitig einzelne Führer favorisiert werden (Shils 1956, pp. 98–104). Hinzu kommt speziell im Rechtspopulismus das Ansprechen von Ressentiments gegen Fremde. Doch mein Interesse gilt nicht dem Populismus wie er auf der Seite der Politiker und Agitatoren auftritt, sondern seinem Komplementär bei Wählern, Sympathisanten, Mitgliedern und Funktionären: Was macht die Formel von der überlegenen Tugend „des Volkes“ im Gegensatz zu „den (korrupten) Politikern“ so attraktiv? In vielen soziologischen und politikwissenschaftlichen Erörterungen dieser Frage wird analog zum Casablanca-Zitat „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen!“ vorgegangen: Da wird nach dem Autoritarismus der Massen und den von Zukunftsängsten geprägten Modernisierungsverlierern gefahndet. Ich denke, ein wesentlicher Grund für die Resonanz populistischer Formeln ist ihre integrative Wirkung.

Die Stimme der schweigenden Mehrheit

Populismus argumentiert damit, dass seine Forderungen dem Willen des Volkes, der bislang von den korrupten Eliten ignoriert wurde, entsprechen. Drei Aspekte machen diese Rhetorik von Volkes Stimme, der Meinung der schweigenden Mehrheit bzw. der „Stimmung an der Basis“ so anziehend in der Politik:

1. Die Stimme des Volkes zu sein, stattet einen Politiker mit überlegener Legitimität aus, in der Demokratie ist dies gleich bedeutend mit Macht. Wir wissen vom „Mitläufer-Effekt“, dass ein erfolgreicher und mächtiger Politiker in der Lage ist, noch mehr Menschen anzuziehen. Zudem hat dieser Anspruch für die Allgemeinheit zu sprechen, etwas Überparteiliches, womit sich der Populismus immer wieder vom „Polit-Hick-Hack“ des täglichen politischen Diskurses abzuheben trachtet.
2. Tatsächlich ist es natürlich unmöglich, die Meinungen oder Absichten einer größeren Zahl von unterschiedlichen Menschen zu kennen und zu vertreten; in der Demokratietheorie bedient man sich als Hilfskonstruktion der Mehrheitsregel. Doch dabei gilt, was Schumpeter in seiner Kritik der Demokratie formulierte: „Der Wille der Mehrheit ist augenscheinlich der Wille der Mehrheit und nicht der Wille ‚des Volkes‘.“ (Schumpeter 1946, 432). Wer nun aber behauptet, die Komplexität kollektiver Willensbildungsprozesse völlig umgehen oder ihre Schwierigkeiten überwinden zu können, weil er wisse, wie „das Volk“ denkt, bietet eine der bloßen Mehrheitsregel überlegene Heuristik an. Tatsächlich vermitteln populistische Politiker den Eindruck, sie wüssten bessere Quellen, um eben diese Stimme des Volkes direkt empfangen zu können, indem sie sich auf Zeltfesten, in Discos und sonstigen Massenansammlungen tummeln. Unnötig zu erwähnen, dass auch ein Haider, Le Pen oder Bossi nicht weiß, was „das Volk“ denkt.
3. Die Stimme derer zu sein, die nichts zu sagen haben, kann zweideutig verstanden werden: die Stimme der Entrechteten und die Stimme der Inkompetenten. Wer gerne mitreden würde, jedoch aus Mangel an Kompetenz nichts zu sagen hat, findet im populistischen Politiker einen Ghostwriter.

Am Rande sei erwähnt, dass natürlich gerade die Rhetorik der Stimme des Volkes auch häufig in linken Parteien zu hören ist, gerade innerhalb der SPÖ maßen sich manche mehr Gewicht an, indem sie vorgeben, formulieren zu können, was „die Basis“ denkt, meint, will.

Das klägliche Versagen populistischer Formeln in sozialdemokratischen Wahlkämpfen zeigt auf, dass die Rhetorik der Stimme des Volkes sich ähnlich verhält wie ein so genanntes „Positionsgut“: Sein Wert geht verloren, wenn es von mehreren genutzt wird. Es ist wie mit dem Haus im Grünen, man muss der Erste (und am besten Einzige) sein, der es konsumiert.⁴¹

Der kleine Steuerzahler

Ausgehend von der Rhetorik der Stimme des Volkes können weitere Argumente gesponnen werden, etwa wenn die Stimme des Volkes im Kleide „des Steuerzahlers“ auftritt: Kleinliche Rechnungen über Kosten und Nutzen von Politikern, Parlamentarismus, Parteien- und Presseförderung, Pflichtmitgliedschaft bei Kammern, Subventionierung moderner Kunst u.a. stellen unzulässige Analogieschlüsse zwischen dem Budget eines Privathaushalts und dem einer Bundes-, Landes- oder Stadtregierung her, um die komplexen gesellschaftspolitischen Zusammenhänge verständlich zu machen. Die vereinfachende Wirkung des Analogieschlusses ermöglicht den weniger Kompetenten Mitsprache.

Bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes etwa, wird ohne Verständnis für die Folgen gefordert, jeder Arbeitslose solle unabhängig von seiner Qualifikation jede offene Stelle annehmen müssen. Dem kleinen Steuerzahler (bzw. Bezahler von Sozialversicherungsbeiträgen) ist nicht zugänglich, dass eine derartige Zwangsmaßnahme zur Deklassierung und Dequalifizierung der Arbeitslosen führen muss und letztlich die Minderqualifizierten aus dem Arbeitsmarkt drängt. Für den kleinen Steuerzahler sind Arbeitslose und offene Stellen in jedem Fall miteinander kompatibel, und es ist für ihn nur eine Frage der Unbescheidenheit der Arbeitslosen, nicht jede angebotene Arbeit anzunehmen.

Der kleine Steuerzahler erwirbt Rechtschaffenheit, indem er davon spricht, wie er vermeintlich oder tatsächlich seinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leistet. Er teilt sein „sauer verdientes Geld“ jedoch nur ungern mit anderen. Damit man ihm jedoch nicht Geiz oder Habgier nachsagen kann, bieten ihm wirkliche oder erfundene Fälle von Missbrauch des Sozialsystems willkommenen Anlass, darüber zu klagen, dass er verpflichtet ist, in dieses „korrupte“ Sozialsystem einzuzahlen. Schließlich führt das Unwissen über die komplexen Zusammenhänge eines So-

⁴¹ Als die Hamburger SPD unter ihrem Vorsitzenden und amtierenden Bürgermeister Voscherau bei Kommunalwahlen law-and-order-Parolen ausgab und sich populistisch gegen die europäische Einheitswährung EURO stellte, blieb der erwartete Erfolg aus. „Das Stammtischleindeckdich bescherte der SPD nur Verluste“ titelte die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* (Die Zeit Nr. 40, 26.9.1997). Die SPD hatte versucht Menschen zu integrieren, Inkompetente mitreden zu lassen, die bereits integriert waren – von der DVU (Deutsche Volksunion, rechtspopulistische Partei in Deutschland).

zialstaates dazu, diesen in seiner Gesamtheit abzulehnen. Die populistische Rhetorik vom kleinen Steuerzahler legt das nahe, denn etwas, das so undurchschaubar ist, dass es nicht jeder sofort versteht, kann nur unsinnig oder korrupt sein. Das folgende Zitat Jörg Haider illustriert die geschilderte Haltung:

„Die Schuldenwirtschaft der Vergangenheit führt die Steuerzahler in eine belastende Zukunft der Zinsknechtschaft, ein leistungsfeindlicher Wohlfahrtsstaat entmündigt die Fleißigen. Übermächtige Kammern und Verbände behindern eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft. Ein kalter Funktionsstaat läßt Privilegien und Pfründe sprießen wie Champignons im Dunkeln.“ (Haider zit. nach Tributsch 1994, 133f.)

Populistischer Nationalismus und Fremdenhass

Das Argument, dass populistische Bewegungen In-group Solidarität herstellen, indem sie die Bedrohung durch einen Feind von außen behaupten, ist nicht neu und kann in zahlreichen Publikationen nachgelesen werden. Doch die spezielle Attraktivität des nationalistischen Arguments wird bei Jahoda (1997) damit erklärt, dass die nationale Identität eines Individuums ein relativ unveränderter und fixer Teil der persönlichen Identität des Individuums (i.S. Goffmans 1963) ist.

„Soziale und persönliche Identität sind zuallererst Teil der Interessen und Definitionen anderer Personen hinsichtlich des Individuums, dessen Identität in Frage steht. Im Falle persönlicher Identität können diese Anteilnahmen und Definitionen sogar entstehen, bevor es geboren ist, und fort dauern, nachdem es begraben ist, sie existieren also zu Zeiten, zu denen das Individuum selbst überhaupt keine Empfindungen haben kann, geschweige denn Empfindungen von Identität.“ (Goffman 1994, 132)

Bezogen auf die nationale Identität heißt das, dass jeder auch ohne eigenes Zutun diesen Teil der Identität zugesprochen bekommt; so kann man immer dann auf die nationale Identität zurückgreifen, wenn seine Identität in Krisenzeiten irgendwie gefährdet erscheint.

„Wenn Demagogen es verstehen, an dieses Element zu appellieren, gibt der Anschluss an eine nationalistische Bewegung dem Leben wieder Sinn, bringt Kontakt mit Gleichgesinnten, mit denen man sich wohl und sicher fühlt. Charismatische Führer verstehen, dass das nationale Element universell ist; sie haben Erfolg bei denen, deren nicht-nationale Selbstdefinition unterentwickelt oder untergraben ist.“ (Jahoda 1997, 23)

Wie Goffman herausstreicht, handelt es sich bei der nationalen Identität (die eine Form der sozialen Identität darstellt) um eine von außen zugeschriebene Definition, die der Einzelne also nicht zwangsläufig subjektiv empfinden kann. Die subjektive Verbindung des eigenen Ichs mit diesem Teil der sozial zugeschriebenen Identität muss erst durch Reflexion (etwa ausgelöst durch populistische Agitation) hergestellt werden.⁴² Die Bindung an diese Identität ist mehr oder weniger kathektisch (Egokathexis).

⁴² Mit einem anderen Beispiel für eine soziale Identität illustriert: das soziale Geschlecht ist Teil einer persönlichen Identität, das jedoch erst im Sozialisationsprozeß erlernt werden muß, um dann als Teil der Ich-Identität subjektiv empfunden werden zu können. In diesem Prozess sind soziale Kontakte, Einflüsse aus Büchern, Filmen, Vorbilder usw. von großer Bedeutung. Im Slogan der 1970er Jahre Frauenbewegung wird dieser Umstand so umschrieben: „Du wirst als Mädchen nicht geboren (, sondern erst zum Mädchen gemacht).“

Im Unterschied zum „echten“ Nationalismus/Rassismus/Fremdenhass verlangt rechtspopulistische Rhetorik kaum Kathexis und damit konsistentes Handeln. Rechtspopulistische Rhetorik lässt in ihrer Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz genügend Freiraum für inkonsistentes Handeln des Populismus-Anhängers: Haider-Wählerinnen und Wähler brauchen keinen Ariernachweis, dürfen ins Ausland auf Urlaub fahren, im Chinarestaurant essen, japanische Autos und französische Parfüms benutzen.

Dementi

Schließlich liegt der Fokus in der populistischen Rhetorik auf der raschen integrativen Wirkung, die durch eine Aussage, der scheinbar niemand widersprechen kann, erreicht werden kann. Zentrales Merkmal (und Hauptgrund für die Vereinnahmungswirkung) der populistischen Rhetorik ist dabei die Interaktionstaktik des „Disclaimers“ (Dementis) wie sie bei Hewitt und Stokes (1975) beschrieben wird. Durch die prospektive Umdeutungsstrategie des Dementis vermeidet der Akteur, dass seine Interaktionspartner ihn entsprechend der von ihm gezeigten Signale typisieren. „Ich bin ja kein Ausländerfeind, aber ...“ illustriert die Taktik am besten.⁴³ Diese Einleitung, die das Individuum nur aufgrund der Antizipation und Reflexion über die durch eine von ihm geplante Aussage entstehende Situation machen kann, soll es davor schützen, nach Vorbringen des Arguments („aber ...“) so klassifiziert zu werden, wie es nicht will (als Ausländerfeind). Die Interaktionstaktik des „Dementis“ erhält die Gemeinschaft zwischen den Interaktionspartnern und sie zielt auf Wahrung der Glaubwürdigkeit des Anwenders. Ohne besondere Kathexis für eine Idee aufzubringen und daher also ohne Verpflichtungen einzugehen, ohne die eigene Identität ändern zu müssen, kann so eine große Zahl verschiedener, widersprüchlicher oder Widerspruch auslösender Aussagen „anprobiert“ werden. Man kann Partei ergreifen, ohne Verantwortung zu übernehmen.

In einer Form des „Dementis“ stattet sich der Sprecher mit Attributen (etwa Freunden) aus, die ihm besondere Glaubwürdigkeit verleihen:

„In the classic ‚some of my best friends‘ example, the speaker acknowledges that someone who says what he is about to say might be typified as a prejudiced person, but implies his friendships put him in a protected category of people who cannot be so typified.“ (Hewitt/Stokes 1975, 4)

Jörg Haider bemüht(e) sich z.B. immer, sich „an das sozialdemokratische Milieu [anzubiedern], indem er sich als ‚Erbe‘ Bruno Kreiskys ausgibt, ... obwohl ihn

⁴³ Im Machtkampf rund um die Amtsenthebung des amerikanischen Präsidenten Clinton fiel von seiten der Clinton-Gegner oft der Satz: „It's not about sex ...“ ein Versuch, der öffentlichen Meinung, die sich einfach nicht über die vertuschten Affären eines Politikers empören wollte, mit einem Dementi entgegenzukommen.

Kreisky als ‚lebensgefährlichen Nazi‘ qualifiziert hatte.“ (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 47).

In diesem Zusammenhang berief sich Haider immer wieder auf ein Vieraugen-Gespräch mit Kreisky kurz vor dessen Tod. Doch dieses Gespräch „entsprang nicht persönlicher Vertrautheit, sondern bezog sich auf die Regelung eines von Haider gegen Kreisky angestrebten Ehrenbeleidigungsprozesses.“ (ebd. 211)

Die Taktik des „Dementis“ entspricht dem populistischen Anspruch, das (ganze) Volk zu vertreten, und bewerkstelligt diese Umarmung indem sie zwei widersprüchliche Botschaften zugleich aussendet: sowohl die Ausländerfeinde, wie auch die (naiveren) Gegner derselben finden etwas, das ihre Zustimmung verdient; die Nazis und ihre (naiveren) Gegner können Haider Glauben schenken; die Linken wie die Rechten werden in seiner Rhetorik vermeintlich zusammengeführt.

Nachdem Haider für seinen Empfang ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger heftig kritisiert wurde, versuchte er jede Nähe zum Nationalsozialismus zu leugnen, indem er sich als persönlicher Freund des Psychotherapeuten und Holocaust-Überlebenden Viktor Frankl ausgab. Frankl erwiderte darauf, dass er „nicht erfreut“ sei, wenn sein Name zu Haiders Rechtfertigung ins Spiel gebracht werde (ebd. 97). Die Milde der Reaktion Frankls unterstreicht, wie schwer sich die Interaktionspartner der Vereinnahmung durch das Dementi entziehen können.

Ein „Dementi“ kann natürlich auch zurückgewiesen werden, wodurch allerdings die Interaktion erheblich gestört wird und die Identität des Anwenders nachhaltig beschädigt wird. Nur selten finden solche Eruptionen in alltäglicher Konversation statt; auch in politischen Debatten ist es verpönt, seinen Gegner als Rassisten zu bezeichnen, selbst wenn die von ihm geforderten Maßnahmen diese Typisierung zwingend erscheinen lassen.⁴⁴

Insbesondere in der Interaktion von Journalisten und Politikern gilt die Zurückweisung einer Politikeraussage (etwa eines „Dementis“) als rüde und unpassend, da sie die (vermeintliche) Objektivität des Reporters zu untergraben scheint. Journalisten müssen mit weiteren Argumenten die Glaubwürdigkeit der Aussagen ihres Gegenübers unterminieren, sie dürfen nicht entgegnet: „Natürlich sind Sie ein Ausländerfeind, wenn Sie das sagen!“⁴⁵ Was einmal auf diese Weise unwidersprochen als „Dementi“ stehen bleiben darf, kann zum Anknüpfungspunkt weiterer Versuche der Umtypisierung der Identität genutzt werden, bzw. Gleichgesinnte können sich auf die einmal etablierte Paradoxie berufen und sie für sich in Anspruch nehmen.

⁴⁴ Im Grazer Gemeinderat wurde 1997 häufig über die in der Stadt ansässigen 1.200 Schwarzafrikaner und deren mutmaßliche Drogenkriminalität diskutiert. So schlug ein ÖVP-Gemeinderat vor, der für sich in Anspruch nahm, kein Rassist zu sein (und der berichtete, auch selbst schon mehrmals in Lagos gewesen zu sein), die Auszahlung von Sozialhilfe an „potenziell kriminelle“ Schwarzafrikaner zu unterlassen.

⁴⁵ Der ORF-Fernsehreporter Josef Broukal wurde für seine zu offensiven Fragen in einem TV-Interview mit Jörg Haider, das anlässlich der Wiener Landtagswahl im Herbst 1991 ausgestrahlt wurde, empfindlich gemäßregelt, weil er gegen die Un- bzw. Überparteilichkeit des ORF verstoßen habe.

Zusammenfassung

Ich denke, die Attraktivität rechtspopulistischer Rhetorik liegt in der Kombination mehrer „Vorteile“:

Sie fordert vom Anwender keine Selbstverpflichtung und Verbindlichkeit, sie bietet durch ihre Vereinfachungen und markigen (unterhaltsamen) Sprüche den politisch Inkompetenten einen Zugang zum Klub der über Politik Debattierenden, ihr nationalistisches Element appelliert an einen sehr stabilen und universellen Teil der persönlichen Identität und ihr Anspruch, die Allgemeinheit zu vertreten, schließt – vor derhand – niemanden aus.

Die ersten beiden in diesem Kapitel vorgestellten Theorien zum politischen Verhalten gehen entweder von einem nutzenmaximierend handelnden (also zweckrational motivierten) Individuum aus (ökonomische Theorie der Demokratie) oder von seinem Gegenteil, einem extrem irrational motivierten Menschen, der sich als Teil der Masse jeder rationalen Reflexion entzieht. Beide Akteursmodelle sind immer wieder Grundlage für Annahmen über das Verhalten politischer Akteure in politischer Theorie wie auch Praxis: politisches Marketing zum Beispiel beruft sich auf den ökonomisch-rationalen Akteur, die Partei wird von den Werbefachleuten „verkauft“, die Kunden geben ihre Stimme, um die „Leistungen“ der Partei zu erwerben – so das Modell.

Das Konzept der irrationalen Masse wiederum scheint die selbstverständliche Anwesenheit bewaffneter Uniformierter am Rande friedlicher Demonstrationen und Massenkundgebungen in Demokratien zu bedingen. Offenbar soll die irrationale Masse, die außer Kontrolle geraten und dann zu einer Bedrohung für die Gesellschaft werden könnte, durch die Staatsgewalt in Form eines entsprechenden Polizeiaufgebots „gezähmt“ werden.

Die dritte hier skizzierte Theorie bemüht sich um eine realitätsnähere Beschreibung der Akteure in Politik und Wirtschaft. Sie berücksichtigt das Umfeld der Akteure und gesteht ihnen Loyalität als Handlungsdisposition zu.

Im Folgenden soll überprüft werden, ob diese Annahmen irrig sind oder ob sie erklären können, welche Bedingungen einen Wechsel in der politischen Bindung der Wähler, Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre begünstigen.

Zunächst möchte ich jedoch das Umfeld, in dem sich die zu beschreibenden politischen Bindungen befinden, „erkunden“, wofür ich mich klassischen Darstellungen des demokratischen Systems zuwenden will, wie sie etwa bei Giovanni Sartori (1992) zu finden sind. Als Hintergrund, vor dem die zu analysierenden Phänomene auftreten, ist die politikwissenschaftliche Literatur über das Funktionieren des demokratischen Systems und über die Kritik an seinen Fehlern durchaus sehr hilfreich. Individuellen Bindungen kommen hier jedoch nur am Rande vor. Dennoch werde ich versuchen, sie mit Hilfe der im ersten Kapitel explizierten Dimensionen politischer Bindungen zu berücksichtigen.

TEIL 1

Kapitel 2

Von der irrationalen Masse über den homo oeconomicus zum Loyalisten

Die ersten beiden in diesem Kapitel vorgestellten Theorien zum politischen Verhalten gehen entweder von einem nutzenmaximierend handelnden (also zweckrational motivierten) Individuum aus (ökonomische Theorie der Demokratie) oder von seinem Gegenteil, einem extrem irrational motivierten Menschen, der sich als Teil der Masse jeder rationalen Reflexion entzieht. Beide Akteursmodelle sind immer wieder Grundlage für Annahmen über das Verhalten politischer Akteure in politischer Theorie wie auch Praxis; politisches Marketing zum Beispiel beruft sich auf den ökonomisch-rationalen Akteur, die Partei wird von den Werbefachleuten „verkauft“, die Kunden geben ihre Stimme, um die „Leistungen“ der Partei zu erwerben – so das Modell.

Das Konzept der irrationalen Masse wiederum scheint die selbstverständliche Anwesenheit bewaffneter Uniformierter am Rande friedlicher Demonstrationen und Massenkundgebungen in Demokratien zu bedingen. Offenbar soll die irrationale Masse, die außer Kontrolle geraten und dann zu einer Bedrohung für die Gesellschaft werden könnte, durch die Staatsgewalt in Form eines entsprechenden Polizeiaufgebots „gezähmt“ werden.

Die dritte hier skizzierte Theorie bemüht sich um eine realitätsnähere Beschreibung der Akteure in Politik und Wirtschaft. Sie berücksichtigt das Umfeld der Akteure und gesteht ihnen Loyalität als Handlungsdisposition zu.

Im Folgenden soll überprüft werden, ob diese Annahmen irrig sind oder ob sie erklären können, welche Bedingungen einen Wechsel in der politischen Bindung der Wähler, Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre begünstigen. Zunächst möchte ich jedoch das Umfeld, in dem sich die zu beschreibenden politischen Bindungen befinden, „erkunden“, wofür ich mich klassischen Darstellungen des demokratischen Systems zuwenden will, wie sie etwa bei Giovanni Sartori (1992) zu finden sind. Als Hintergrund, vor dem die zu analysierenden Phänomene auftreten, ist die politikwissenschaftliche Literatur über das Funktionieren des demokratischen Systems und über die Kritik an seinen Fehlern durchaus sehr hilfreich. Die individuellen Bindungen kommen hier jedoch nur am Rande vor. Dennoch werde ich versuchen, sie mit Hilfe der im ersten Kapitel explizierten Dimensionen politischer Bindungen zu berücksichtigen.

Nachdem er seinen Empfang ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger heftig kritisiert werden versuchte, ist die Nähe zum Nationalsozialismus zu leugnen, indem er sich als persönlicher Freund des Psychotherapeuten und Holocaust-Überlebenden Viktor Frankl wagt. Frankl erwiderte darauf, dass er „nicht erheit“ sei, wenn sein Name zu Haider's Ächtung ins Spiel gebracht werde (ebd., 97). Die Milde der Reaktion Frankl unterstreicht, wie schwer sich die Interaktionspartner der Verurteilung durch das Demagogentum leisten können. Ein „Demagog“ kann natürlich auch zurückgewiesen werden, wodurch allerdings die Identität erheblich gestört wird und die Identität der Anwenders nachhaltig beschädigt wird. Nur sollen finden solche Eruptionen in alltäglicher Konversation statt; auch in politischen Debatten ist es verpönt, seinen Gegner als Rassistin zu bezeichnen, selbst wenn die vor ihm geforderten Maßnahmen diese Typisierung zwingend erscheinen lassen.⁴⁴ Insbesondere in der Interaktion von Journalisten und Politikern gilt die Zurückweisung einer Politikeraussage (etwa eines „Demagog“) als rüde und unpassend, da sie die vermeintliche Objektivität des Reporters zu untergraben scheint. Journalisten müssen mit weiteren Argumenten die Glaubwürdigkeit der Aussagen ihres Gegenübers untermauern, sie dürfen nicht untergehen: „Natürlich sind Sie ein Ausländerfeind, wenn Sie das sagen!“⁴⁵ Was einmal auf diese Weise unvordenklich als „Demagog“ stehen bleiben darf, kann zum Anknüpfungspunkt weiterer Versuche der Umprägung der Identität genutzt werden, bzw. Gleichgesinnte können sich zur etablierten Paradoxie berufen und sie für sich in Anspruch nehmen.

44 Im Grazer Gemeinderat wurde 1997 häufig über die in der Stadt ansässigen 1.200 Schwarzen und deren mögliche Ermordung diskutiert. So schlug ein ÖVP-Gemeinderat vor, für die sich in Anspruch nehmen, keine Rassistin zu sein und der beschriebenen, auch selbst schon mehrfach zu sehen die Auszahlung von Sozialhilfe zu verweigern. Ein Sozialwissenschaftler zu empfinden, dass die ÖVP-Gemeinderatler nicht nur die Sozialhilfe zu verweigern, sondern auch die Sozialhilfe zu verweigern. Die ÖVP-Gemeinderatler sind die einzigen, die die Sozialhilfe zu verweigern. Die ÖVP-Gemeinderatler sind die einzigen, die die Sozialhilfe zu verweigern. Die ÖVP-Gemeinderatler sind die einzigen, die die Sozialhilfe zu verweigern.

Das klassische Modell der Demokratie

Sartori stellt in seiner Demokratietheorie (1992) fest, dass der Begriff Demokratie überaus diffus und zum Teil auch irreführend sein kann. Der wörtlichen Bedeutung nach ist Demokratie „ein hochfliegender Name für etwas gar nicht Existierendes“ (Sartori 1992, 16), doch das Wesen des Begriffes liege – so Sartori – nicht nur in seiner deskriptiven sondern auch in seiner präskriptiven Bedeutung: „Eine Demokratie existiert nur insoweit, als sie von ihren Idealen und Werten zur Existenz gebracht wird.“ (ebd.) Für eine präzise Definition des Begriffes in seiner normativen und beschreibenden Vielfalt hat dann auch eine Diskussion der Ausgangsbegriffe – Volk und Herrschaft sowie der verschiedenen historischen Definitionen von Demokratie zu erfolgen, der ich mich aber aus Platzgründen nicht widmen will.

Gemeinwohl und Mehrheitswille

Generell geht die klassische Demokratielehre davon aus, dass die Grundlage jeder Entscheidungsfindung des Akteurs die Informationsverarbeitung darstellt. So ist der Distribution und möglichen Verfälschung der Information auch viel Augenmerk bei Sartori gewidmet (ebd. 105ff.). Die Schlüsse, die Sartori in diesem Zusammenhang zieht, ähneln nicht nur in ihrem Inhalt, sondern auch in ihrer Polemik der Kritik Schumpeters:

„Welche Informationsgrundlage hat die öffentliche Meinung? (...) Der Grad der Unaufmerksamkeit, des Desinteresses, der mangelnden Information, der Wahrnehmungsverzerrung und schließlich der platten Ignoranz des Durchschnittsbürgers überrascht den Beobachter immer und immer wieder. (...) Man kann ohne weiteres allgemein behaupten, Apathie und Entpolitisierung seien weit verbreitet (...) und in vielen Fällen habe die Öffentlichkeit gar keine Meinung, sondern nur undeutliche Empfindungen, die aus Stimmungen und Gefühlswallungen bestehen.“ (Sartori 1992, 114)

Aus den Ergebnissen von Wahlen lässt sich letztlich aber doch auf eine öffentliche Meinung schließen, die sich in den sozialen Präferenzordnungen der Mehrheit der Wähler manifestiert. Probleme der Demokratie bestehen darin, dass die Anwendung der Mehrheitsregel am Ende unter Umständen ein Ergebnis hervorbringt, das von keinem einzigen Wähler präferiert wurde.

Die eigentliche Bedeutung des Wortes Demokratie legt nahe, dass der Herrschaft des Volkes ein gemeinsamer Wille zugrunde liegt. Dieser Wille des Volkes wird auch mit dem Begriff des Gemeinwohls gleichgesetzt oder mit der Existenz einer „volonté générale“, die „jedem normalen Menschen mittels rationaler Argumente sichtbar“ zu machen sei. (Schumpeter 1946, 397). Der Wille der Mehrheit – wie er für die Demokratie bestimmend wird – ist im Gegensatz dazu der von Rousseau so genannten „volonté de tous“ gleichzusetzen. Aus dieser Unterscheidung wird bereits deutlich, dass die Mehrheitsentscheidungen der Demokratie durchaus unsinnig und für das Gemeinwohl schädlich sein können.

Wer Handlungen setzt, die diesem Gemeinwohl nicht entsprechen, tue dies aus Dummheit, Unwissenheit oder antisozialem Interesse, interpretiert Schumpeter die klassische Lehre. Nach dem klassischen Modell der Demokratie kann es zu oppositionellen Bestrebungen nur im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Erreichung des Zieles (i.e. das Gemeinwohl) kommen.

Regierungen und Abgeordneten Häuser repräsentieren in der klassischen Auffassung von Demokratie den Volkswillen, Politiker und Bürokraten sind die Spezialisten (im Sinne der Arbeitsteiligkeit der Gesellschaft), die im Auftrag des Volkes das Gemeinwohl verwirklichen. Über den Inhalt des Gemeinwohls selbst gibt es dabei keine Meinungsverschiedenheiten.

Wie kommt es nun laut klassischer Demokratietheorie zu den individuellen Wahlentscheidungen?

Wahlverhalten

Sartori entwirft zwei Modelle des Wählens und begründet diese Typisierung damit, dass „sich das Wahlverhalten im Laufe der Zeit ändert und zwischen den einzelnen Menschen und sehr stark zwischen den Ländern unterscheidet (...)“. (Sartori 1992, 120) Dem „problemorientierten Wählen“ wird das „Parteiidentifikationsmodell“ gegenübergestellt. Ersteres bezeichne das Wählen aufgrund der Zuordnung einer individuellen Präferenzordnung von Sachfragen zu Parteien oder Kandidaten. Zweiteres Modell basiert auf der subjektiven Einordnung des Wählers auf einer Links-rechts-Skala, aus der sich dann die Wahlentscheidung für die dem Skalenplatz am ehestens entsprechende Partei ergibt (ebd.). Aus dieser Typisierung geht hervor, dass dem problemorientierten Wahlverhalten eine rationale Entscheidung und dem Parteiidentifikationsmodell eine affektive Bindung zugrundeliegt. Sartori nimmt an, dass in Mehrparteiendemokratien die ideologische Verschiedenheit und Polarisierung ein rationales Wahlverhalten unwahrscheinlich macht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die klassische Lehre der Demokratie wenig für eine Erklärung des Zustandekommens individueller Wahlentscheidungen beizutragen hat; in ihrer Grundkonzeption ist sie viel zu statisch, als dass sie Veränderungen in den Bindungen der Individuen zu Parteien berücksichtigen könnte.

Kritik Schumpeters

Schumpeters Kritik am klassischen Modell der Demokratie bezieht sich in erster Linie auf die Grundprämisse der „volonté générale“. Es gibt – so Schumpeter – kein solches Gemeinwohl, über das sich das Volk einig ist, „weil die letzten Werte – unsere Auffassung von dem, was das Leben und was die Gesellschaft sein sollte – jenseits des Bereiches reiner Logik liegen“ (Schumpeter 1946, 399).

Weiters bleibt unausgesprochen, welche Antworten ein Gemeinwohl auf einzelne Probleme gibt oder mit anderen Worten mit welchen Mitteln das Gemeinwohl erreicht werden soll.

In der Ermittlung des Gemeinwohles ist es nach Schumpeter nicht zulässig, es von den Einzelinteressen der Individuen abzuleiten. Denn durch Kompromisse werde in der Demokratie oft die Verwirklichung der Interessen des Volkes verhindert, etwa wenn aufgrund der Machtstruktur in einer Gesellschaft zwei oder mehrere Gruppen einander bei der Durchsetzung ihrer Interessen blockieren können. Manche Diktaturen tun mehr für dieses Gemeinwohl als manche Demokratie, meint Schumpeter.

„Die menschliche Natur in der Politik“

Das Handeln der Menschen im politischen System beschreibt Schumpeter geradewegs als irrational (ebd. 407). Die Bürger unterlägen fast vollkommen den Versprechungen der Werbung und zeigten wenig Initiative, sich zu informieren. Es gäbe eine „Abneigung gegen die Erkenntnis kausaler Zusammenhänge“ (ebd. 412) und nur ein wenig ausgeprägtes Verantwortungsgefühl. Auf kurze Sicht wollten die Leute angeschiert werden – längerfristig handelten sie vernünftig (ebd. 420).

Für Schumpeter handeln die Menschen in der Politik entsprechend den Erkenntnissen der Massenpsychologie, also unkontrolliert und irrational: „die Wählermasse [ist] keiner anderen Handlung als der Panik fähig“ (ebd. 450). Zu einem ähnlichen Schluss kommt Edelman in seiner Betrachtung der Politik: „Je unbekannter die Mittel zur Bewältigung einer Krise sind, desto fragloser vertraut man der magischen Fähigkeit des Führers und folgt ihm loyal, weil man sich von ihm so sehnlich die Überwindung der Krise erhofft. Der Führer muß sich diese psychologische Konstellation zunutze machen.“ (Edelman 1976, 62)

Schumpeter begründet die Tatsache, dass trotz der offenkundigen Irrationalität der Menschen die klassische Lehre der Demokratie nach wie vor weiter besteht, damit, dass einerseits Formen und Phrasen der Demokratielehre mit historischen Ereignissen einzelner Nationen verbunden sind und andererseits in einzelnen Sonderfällen (es dürfen keine komplexeren Probleme zur Entscheidung stehen) die klassische Lehre näherungsweise verwirklicht ist, etwa in der Schweiz.

Zudem gibt Schumpeter zu bedenken, dass die Ausdrucksweise der klassischen Lehre dem Volk schmeichelt und gut für die politische Rhetorik sei.

Schumpeters Elitenmodell

Die von Schumpeter letztlich vorgeschlagene alternative Betrachtungsweise zur klassischen Demokratielehre ist die des Konkurrenzkampfes der politischen Gruppen um Stimmen (Schumpeter 1946, 427). Damit ergibt sich folgende Definition von Demokratie nach Schumpeters eigener Auffassung: „...die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.“ (ebd. 428) Damit fällt für die einzelnen Parteien die Verpflichtung weg, sich der Förderung des Allgemeinwohles zu widmen, sie sind schließlich nur Gruppen von Individuen, die im Konkurrenz-

kampf um die politische Macht kooperieren, ein Gedanke, der später bei Anthony Downs wieder aufgegriffen wird.

Auf der anderen Seite wiederum bleibt das Volk quasi unbehelligt von den Ansprüchen eines Gemeinwohles, dem sich individuelle Interessen unterzuordnen haben, denn in Schumpeters Modell des Konkurrenzkampfes um Stimmen gilt, dass kein Politiker den hehren Anspruch erheben darf, das Volk zu vertreten. Keine politische Elite ist mit der besonderen Legitimation der Vertretung des Volkswillens ausgestattet, die Konkurrenz ist dadurch freier und politische Entscheidungen fallen leidenschaftsloser.

In der Praxis ist häufig zu beobachten, wie Politiker ihre Machtansprüche damit legitimieren, dass der „Wählerwille“ ihnen ein Vorrecht auf eine Position eingeräumt hat. Insbesondere bei Koalitionsregierungen erhebt die stimmenstärkste Partei diesen Anspruch, wenngleich sie diesen häufig auf einen relativ geringen Vorsprung stützt. Im Frühjahr 1999 diskutierte man die Frage, ob es nicht quasi unmoralisch von SPÖ und ÖVP im Kärntner Landtag wäre, wenn sie durch einen politischen Pakt die Wahl Jörg Haiders zum Landeshauptmann verhindern würden. Haiders FPÖ hat 1999 erstmals eine relative Mehrheit errungen, die SPÖ war auf den zweiten Platz zurückgefallen und die ÖVP war die drittstärkste Partei. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass Haider schon von 1989 bis 1991 Landeshauptmann von Kärnten¹ war, obwohl seine Partei damals nicht einmal 30% der Stimmen erhalten hatte und die SPÖ mit 46% der Stimmen erst um ihr „Vorrecht“ auf den Landeshauptmannsessel gebracht werden musste (Müller et al 1995, 535f.). Der „Wille des Volkes“ verbrämt also so manchen politischen Winkelzug in der Praxis der Demokratie.

Das Konkurrenzmodell der Demokratie kann nach Schumpeter Einsichten über die notwendigen Bedingungen zum Funktionieren der Demokratie bieten. So setzt die herausragende Bedeutung des politischen Führers (der die Massen begeistern können muss, damit sie ihn mit einem Mandat ausstatten) voraus, dass ein ausreichend großes Potenzial an fähigen und begabten Politikern vorhanden ist (Schumpeter 1946, 461). In der Gesellschaft dürften nicht allzu viele Bereiche unter dem Einfluss der Politik entschieden werden (ebd. 463) und die Verwaltung müsse gut organisiert sein und von fähigen Menschen getragen werden (ebd. 466), meint Schumpeter.

„Vor allem müssen Wählerschaft und Parlament auf einem genügend hohen intellektuellen und moralischen Niveau stehen, um gegen Angebote von Schwindlern und Querulanten gefeit zu sein, – (...)“ (ebd. 467), womit wiederum von der angenommenen Irrationalität der Bürger abgegangen wird. Schumpeter fügt hinzu, dass „... die Politiker im Parlament der Versuchung widerstehen [müssen], jedes Mal, wenn es möglich wäre, die Regierung zu stürzen oder in Verlegenheit zu bringen.“ (ebd. 467)

¹ Er wurde vom Landtag wegen seiner berühmt-berüchtigten Aussage von der ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich während der Legislaturperiode abgesetzt.

In österreichischen Verhältnissen müsste Schumpeters Modell scheitern, da Parteien-Patronage und Sozialpartnerschaft zu einer Durchdringung fast aller Bereiche der Gesellschaft mit Politik geführt haben. Bei häufigem Wechsel der Eliten in der Regierung müssten dann entweder umfangreiche Personalrochaden vorgenommen werden oder der Vollzug der politischen Entscheidungen würde von einer politisch besetzten Administration verschleppt, wenn diese nicht mit der Regierung übereinstimmt.

Resümee

Welche Akteure begegnen uns in den bei Sartori und Schumpeter geschilderten Demokratien? Können Wähler wie Rosa E. oder Funktionäre wie Felix V. mit Aussagen dieser Theorien beschrieben werden? Gibt Schumpeter oder Sartori Aufschluss über das Verhalten von Margit S. oder Alois K.?

Zuerst muss festgehalten werden, dass in der vorgestellten Demokratietheorie nur die Rede von Eliten und Wählern ist – also politischen Akteuren in der Rolle des Funktionärs und des Wählers. Die Mitglieder-Rolle ist völlig ausgeklammert und auch das intensivere Engagement eines Sympathisanten scheint in den klassischen Theorien nebensächlich.

Generell findet man bei beiden Theoretikern eine Unterscheidung von solchen Akteuren, die sich für den Gegenstand der Politik interessieren und der Mehrheit der Desinteressierten und Apathischen, die also auf der im ersten Kapitel skizzierten Dimension der *Kathexis* oder ursprünglichen intellektuellen und emotionalen Investition den Wert null aufweisen. Wer diese Investition getätigt hat, ist bei Sartori entweder ein „problemorientierter Wähler“ oder dem „Parteiidentifikationsmodell“ (Sartori 1992) entsprechend wertrational oder affektiv motiviert. Ersterer stellt eine Präferenzordnung auf (die sich an seinem materiellen oder ideellen Wohl orientieren kann), der dann die Wahlentscheidung logisch entsprechen muss.² Welche einzelnen Vorgänge jemanden zur Identifikation mit einer Partei veranlassen, lässt Sartori im Unklaren.

Der Schumpetersche Wähler scheint gänzlich irrational – also affektiv oder vielleicht auch konformistisch motiviert (im Sinne der Nachahmung anderer, wie das für die durch Reklame geleiteten Konsumenten gilt). Möglicherweise fehlt es ihm auch an *Kathexis* (intellektueller und emotionaler Investition) und er fällt als Parteianhänger häufig auf Rhetoriken herein, oder setzt sie selbst zur kurzfristigen oberflächlichen Legitimation seiner Handlungen ein.

Den Eliten, die im demokratischen Konkurrenzkampf um die Stimmen der irrationalen politischen Masse buhlen, traut Schumpeter allerdings schon zu, zweck- oder wertrational (Schumpeter postuliert moralische Integrität der politischen Führer) motiviert zu handeln, schließlich müssen sie als Anbieter auf einem Markt bestehen.

Weder Schumpeter noch Sartori befassen sich mit der Abhängigkeit des Akteurs von einer Partei oder mit dem Konformitätsdruck, den er erlebt.

Zur Entlastung der beiden Theoretiker ist aber jedenfalls zu erwähnen, dass sie nicht den Anspruch erheben, in einer methodologisch individualistischen Analyse das Verhalten jedes einzelnen Teilnehmers in der Demokratie zu erklären.

So können schließlich Rosa E. und Margit S. als Parteiidentifiziererinnen bedingt in die Theorie integriert werden; Felix V. ist sicher keiner der schlaun auf den eigenen Vorteil bedachten politischen Führer, die bei Schumpeter die irrationale Masse verführen. Gerade diese irrationale Masse scheint sich nicht aus den geschilderten Fällen zusammensetzen, alle vier reflektieren in einem gewissen Maß über ihr Tun; am ehesten fehlt noch Felix die Fähigkeit, sich dem Druck seiner Umgebung zu widersetzen.

Obwohl also bei beiden Autoren die politischen Akteure und ihre Motive nur am Rande vorkommen, setzen ihre Beschreibungen des demokratischen Systems einen bestimmten Akteur voraus: in der Mehrheit handelt er irrational und wenig reflektiert. Der heuristische Wert dieses Akteursmodells scheint mir eher gering zu sein; es dient am besten dazu, Lücken, die aus der Undurchschaubarkeit und Unvorhersagbarkeit kollektiven Handelns entstehen, zu verdecken.

Die Prognose über sich änderndes politisches Verhalten wird so sehr schwierig: das Auftreten eines „geeigneten“ Agitators³ genügt und schon wendet sich die gesamte Masse vom einen Politiker ab und dem anderen Politiker zu. Die tatsächlich beobachtbaren politischen Umschwünge in Demokratien allerdings, gehen allmählich vor sich und entsprechen damit dem Modell der „wogenden unvernünftigen Masse“ nur bedingt.⁴

Exkurs über die Masse

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts griffen amerikanische Soziologen Theorien zum kollektiven Handeln, die u.a. in Gustave Le Bons Psychologie der Massen formuliert wurden, auf (Park/Burgess 1942, 865–934). Le Bon unterschied ursprünglich die Interaktionsformen „Masse“ und „Öffentlichkeit“, wobei letztere sich durch kritische Diskussion von Ideen auszeichne, also etwa ein Aggregat von Zeitungslesern sein kann; die Masse sei jedoch stets Sklave ihrer Impulse (ebd. 869). Die „Ansteckung“ (im Sinne der Koordinierung des kollektiven Handelns) erfolge bei der Öffentlichkeit durch Ideen und erfordere daher keine simultane Anwesenheit der beteiligten Individuen. Dieser Umstand habe zur Voraussetzung, dass eine höhere Entwicklungsstufe der Gesellschaft gegeben sei, bei der eine Ausbreitung abstrakter

³ Wobei offen bleibt, woran man im Vorhinein erkennen kann, dass ein Agitator geeignet ist, die „Massen“ zu betören.

⁴ Bei Kundgebungen oder Demonstrationen scheint diese Metapher noch eher angebracht als bei demokratischen Wahlentscheidungen.

² Die Frage der Informationsbeschaffung über die Parteien und deren Programme, mit denen schließlich die Übereinstimmung hergestellt werden muss, bleibt hier ausgeklammert.

Ideen angenommen werden kann. Le Bons Vorstellung von Masse wiederum ist eng an die Modernisierung der Gesellschaft geknüpft, die bedinge, dass alte soziale, politische und religiöse Regeln für den Einzelnen nicht mehr so verbindlich seien und ihn daher quasi zu einem befreiten aber atomisierten Teil einer Masse machten.

Für die Verwendung des Masse-Begriffs in der Politik moderner Demokratien wird in den meisten Fällen eigentlich von der Le Bonschen Öffentlichkeit die Rede sein müssen, Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen hingegen erfüllen noch am ehesten die Prämisse der klassischen Masse. Gerade letztere sind aber in ihrer politischen Bedeutung in den letzten Jahrzehnten sehr stark zurückgetreten. Sie dienen bloß der symbolhaften Bekräftigung eines Standpunkts, werden auch zu diesem Zweck organisiert und können daher nicht als spontane synchrone Willenskundgebung aufgefasst werden. Nichtsdestotrotz verleihen sie politischen Forderungen entsprechend dem Anspruch des Populismus, die Stimme des Volkes zu sein, mehr Legitimität.

Zur Masse wird laut Le Bon eine Ansammlung von Menschen durch ein gemeinsames Interesse oder Ziel, die Gleichartigkeit des Handelns ergebe sich nicht aus der Imitation; danach ist eine zufällig entstandene Menschenmenge keine „psychologische“ Masse. Die Transformation des Individuums durch die Masse bewirke das Ausschalten der bewussten Persönlichkeit und wende die Gedanken und Gefühle in eine Richtung. Der Einzelne gibt so die Selbstkontrolle auf, um der Gruppe einen Teil der Kontrolle über sich selbst zu übergeben. Diese Transformation mache daher aus einem selbst kontrollierten, gesitteten Zivilisationsmenschen einen zügellosen und triebhaften Barbaren.

Drei Faktoren bedingen diese Transformation: das Bewusstsein von der großen Zahl der anderen Anwesenden vermittele dem Einzelnen das Gefühl des Schutzes, was ihm das Ausleben seiner (animalischen) Instinkte ermögliche. Durch die „Ansteckung“ gelinge die Unterordnung der eigenen Interessen unter die der anderen und die Suggestivkraft der Masse versetze schließlich den Einzelnen in eine Art Rauschzustand. Dieses Konzept vom Handeln des Individuums in der Masse fußt auf der Vorstellung, dass der Mensch seinen inneren Instinkt zum Herdenwesen üblicherweise durch die Zügelung durch Moral und/oder ein rein nutzenmaximierendes Verhalten kontrolliert. Diese Kontrolle gibt der Mensch als Teil der Masse auf. Le Bon scheint hier einen unaufgelösten Widerspruch aufzuweisen: Einerseits also muss die Masse eine mentale Einheit bilden, was nur möglich ist, wenn alle ihr angehörenden ein gemeinsames Ziel verfolgen (was die Masse von der blinden Panik unterscheidet), andererseits führe dies zum enthemmten, instinkthaften Verhalten des Einzelnen.

Tatsächlich bestätigen sozialpsychologische Experimente, dass eine gewisse Suggestivkraft der größeren Zahl durchaus gegeben zu sein scheint: Individuen in Gruppen zeigen mutigeres Verhalten und nehmen extremere Standpunkte ein, als sie dies als Einzelpersonen tun (Moscovici/Doise 1994, 13, 14). Dabei ist jedoch fraglich, inwiefern eine solche Suggestivkraft, die in sozialpsychologischen Experimenten anhand von Kleingruppen nachgewiesen wurde, auch für das Indivi-

duum als Wähler, Sympathisant oder Parteimitglied wahrnehmbar sein kann. Funktionäre sind durch die intensive Interaktion mit anderen in Gremien (insbesondere als Mandatare in Klubs) einem deutlichen Konformitätsdruck ausgesetzt.⁵ Dabei gilt für sie aber im Besonderen, dass sie ihre Interaktionspartner kennen. Sie sind also noch weniger eine Masse atomisierter Individuen als es eine Ansammlung von Demonstranten ist. Das Phänomen der anonymen Masse einzelner einander nicht bekannter Akteure ist wohl ein Konstrukt, das sich empirisch nicht nachweisen lässt: Wir wissen heute, dass die meisten Menschenansammlungen nicht aus isolierten Individuen bestehen, sondern sich aus kleinen Gruppen von Bekannten, Freunden oder Verwandten zusammensetzen. Das galt wahrscheinlich auch für die Vergangenheit, doch Le Bon und andere Erforscher des Phänomens Masse scheinen ihre Theorien über das Verhalten der Masse ohne die Erfahrung teilnehmender Beobachtung in einer solchen aufgestellt zu haben. (McPhail 1989, 415).

Die Idee vom einförmigen Verhalten der Einzelnen in der Masse kehrt im sozialpsychologischen Konzept des Mitläufereffekts wieder. Er beschreibt die Tendenz des Einzelnen sich den „Gewinnern“ anzuschließen, Waren zu kaufen, die stark nachgefragt werden und für Kandidaten zu votieren, die als populär gelten. Durch die Medienberichterstattung und die Veröffentlichung von Umfragen kann ein solcher Mitläufereffekt ausgelöst werden. In einem Experiment an der University of Kentucky wurden Studenten nach ihren Parteipräferenzen befragt, mit vermeintlichen Umfragedaten über die Kandidaten konfrontiert und zur Stimmabgabe im Experiment aufgefordert. Dabei stellte sich heraus, dass sich die Studierenden von den Umfragedaten stark beeinflussen haben lassen: Parteifreie etwa stimmten doppelt so häufig für den Republikanischen Kandidaten, wenn dieser laut Umfrage gute Gewinnaussichten hatte. Selbst auf Parteigänger hatte die Ankündigung der Gewinnaussichten eines Kandidaten einen Effekt; so unterstützten etwa sogar starke Republikaner den demokratischen Kandidaten mit gleich großer Wahrscheinlichkeit wie ihren eigenen, wenn der Demokrat laut „Umfrage“ vorne lag (Goidel/Shields 1999, 807f.).⁶

Der soziologische Aspekt des kollektiven Verhaltens, die komplizierten Anpassungsprozesse der Individuen auf ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen, bleibt in der Darstellung der politischen Akteure als Masse oder Mitläufer jedoch völlig unbeachtet.

⁵ Dieses Phänomen wurde schließlich auch von Marie Jahoda in ihrer Untersuchung der Nonkonformität eines Senators im Impeachment-Verfahren gegen den amerikanischen Präsidenten Andrew Johnson 1868 behandelt (Jahoda 1994).

⁶ Es ist denkbar, dass das amerikanische Mehrheitswahlrecht und das de-facto-Zweiparteiensystem eine spezifische Verstärkungswirkung auf die Resultate dieses Experiments hat; denn schließlich entspricht im Mehrheitswahlrecht eine Stimme für den Verlierer einer verlorenen Stimme, während im Proportionalwahlrecht jede Stimme im Wahlergebnis abgebildet sein muss.

Das ökonomische Modell der Demokratie

In starkem Kontrast zur Auffassung, dass politisch handelnde Individuen völlig irrational und instinkthaft als Teil der Masse agieren, stehen Ansätze der ökonomischen Theorie der Demokratie (Downs 1968), die erwarten, dass etwa Wähler rational handeln und den individuellen Nutzen zu maximieren versuchen (Nohlen 1991, 75 f.; Weede 1989, 24). Die quasi „andere“ Seite der ökonomischen Theorie, die sich mit der Stimmenmaximierung durch die Wahlparteien und dem sich daraus ergebenden rationalen Handeln der Parteien als Teams befasst (Downs 1968, 50ff.; Prisching 1990, 241), möchte ich ausklammern; hier interessiert schließlich das Verhalten der einzelnen Wähler, Mitglieder, Funktionäre und Sympathisanten mehr. Grundlage des ökonomischen Modells der Demokratie ist, „daß jeder Bürger seine Stimme der Partei gibt, die ihm seiner Überzeugung nach mehr Vorteile bringen wird als jede andere.“ (Downs 1968, 35) Vorderhand definiert Downs diese Vorteile als Ströme von Nutzen, wobei dabei v.a. Güter und Dienstleistungen, die der Staat für den Bürger zur Verfügung stellt, in Betracht kommen. Weiter unten wird das Modell jedoch um den Nutzen, den der Bürger aus immateriellen Gütern ziehen kann, erweitert:

„Ein Bürger kann aus Gütern, die nur entfernt mit materiellen Einkommen in Beziehung stehen, Nutzen ziehen. So würden z.B. manche Bürger ihr Nutzeneinkommen als erhöht betrachten, wenn die Regierung von ihnen mehr Steuern verlangen würde, um kostenlos Lebensmittel an hungernde Chinesen verteilen zu können. Man kann das ‚Handeln zum größtmöglichen eigenen Vorteil‘ nicht einfach mit Selbstsucht im engen Sinn gleichsetzen, denn selbstlose Menschlichkeit ist oft eine große Wohltat für den, der sie übt. Somit ist in unserem Modell, obwohl es grundsätzlich auf dem Eigennutz-Axiom aufbaut, doch Raum für den Altruismus.“ (Downs 1968, 36)

Hier wird also ein klar zweckrational motiviertes Verhalten vorausgesetzt, wobei die Problematik der Vernachlässigung wertrational motivierten politischen Handelns durchaus erkannt wird; Downs löst das Dilemma kurzerhand durch die Aufnahme immaterieller Werte in die Nutzenkalkulation des Individuums. Bei der empirischen Überprüfung führt diese Argumentation allerdings leicht in die Zirkularität: altruistische Präferenzen der Wähler, die sich in den Wahlentscheidungen (im Sinne von Entscheidungen für einen bestimmten Altruismus einer bestimmten Ideologie) manifestieren, werden als Folge der altruistischen Präferenzen der Wähler begründet.⁷ Aber selbst wenn in der empirischen Überprüfung bessere Operationalisierungen zur Verfügung stünden, die altruistischen Präferenzen zu Tage zu fördern, muss der ökonomischen Theorie doch der Vorwurf gemacht werden, dass sie mit der Erweiterung des Eigennutz-Axioms um den Altruismus eine unzulässige Immunisierung vornimmt. Die Analyse wird er-

⁷ „Wer aus dem Handeln von Individuen auf deren Präferenzen schließt und dann glaubt, mit den so erschlossenen Präferenzen das Handeln erklären zu können, bietet offensichtlich nur eine Scheinerklärung.“ (Weede 1989, 25)

schwert, wenn dadurch rationales Verhalten nicht mehr von irrationalen Verhalten unterschieden werden kann, weil das einzige Kriterium für Rationalität die subjektive Nutzenmaximierung ist, die auch angenehme Gefühle als Gewinn verbucht.

Downs „homo politicus“ bedient sich zur Ermittlung des Nutzens, den er aus der Wahl einer Partei zur Regierungspartei ziehen kann, einer Leistungsbeurteilung dieser Partei im Vergleich mit ihren Konkurrentinnen (hierbei werden Erwartungswerte herangezogen), im Vergleich mit den vergangenen Leistungen der zur Diskussion stehenden Partei oder im Vergleich mit den Leistungen der „idealen Regierung“ (Downs 1968, 37ff.). Unter letzterer ist wohl die ideologische Orientierung des Wählers zu verstehen, die u. a. „Auffassungen von der guten Gesellschaft“ zum Inhalt hat (ebd. 45). Ungewissheit und Mangel an Information über den zu erwartenden Nutzen hindern den Wähler, rein rational zu entscheiden, daher wird der Faktor Ideologie in das Modell einbezogen (ebd. 44). „Somit hängt das Urteil des Wählers über jede Partei letztlich ab (1) von den Informationen, die er über ihre Politik hat, und (2) von der Beziehung zwischen den ihm bekannten Eigenheiten ihrer Politik und seiner Auffassung von der guten Gesellschaft.“ (ebd. 45)

Ideologie oder Altruismus spielt auf der Seite der Politiker keine Rolle im ökonomischen Modell von Downs, denn das Eigennutz-Axiom gilt für Politiker ohne Altruismus-Erweiterung:

„Daher streben in unserem Modell die Politiker niemals ein öffentliches Amt an, weil es ihnen ermöglicht, bestimmte politische Konzepte zu verwirklichen; ihr einziges Ziel ist, die Vorteile zu genießen, die ein öffentliches Amt an sich bietet. Die Politiker verwenden politische Konzepte und Aktionen einzig und allein als Mittel zur Verfolgung ihrer privaten Ziele, die sie nur dadurch erreichen können, dass sie gewählt werden.“ (Downs 1968, 27)

Bereits an dieser kurzen Darstellung der Grundlagen des ökonomischen Modells der Demokratie lässt sich erkennen, dass die Prämissen, auf denen die Hypothesen über diesen „homo politicus“ fußen, sich sehr weit von einer empirisch beobachtbaren Realität des politischen Lebens entfernen. Diesen Sachverhalt stellt Downs auch selbst immer wieder fest, wobei er mit Hinweis auf Milton Friedman den Anspruch realitätsnaher Prämissen mit folgender Begründung aufzugeben scheint: „Theoretische Modelle soll man vor allem an der Genauigkeit ihrer Voraussagen, weniger am Realitätsgehalt ihrer Annahmen prüfen.“ (Downs 1968, 21) Die häufigste Kritik an der ökonomischen Theorie betrifft schließlich auch die Grundannahme der Rationalität des homo politicus. Auch Downs selbst beobachtet die Irrationalität des politischen Lebens und attestiert ihr „eine nicht wegzudenkende Rolle“. (ebd. 33).

Ein politisch Handelnder, wie ihn Downs beschreibt, wäre ausschließlich zweckrational orientiert; Kathexis – also die ursprüngliche intellektuelle und emotionale Investition in eine Sache – hat in Downs' Konzept keinen Platz. Darin liegt m.E. auch die Fehleranfälligkeit der eingengten Rationalitätsprämisse. Wird die Dimension

Kathexis berücksichtigt, so kann bei den meisten politisch Handelnden durchaus ein subjektiv rationales – wenn auch nicht nach objektiven ökonomischen Kriterien nutzenmaximierendes – Verhalten beobachtet werden, „da es kaum eine soziale Handlung gibt, die nicht für sich genommen angemessen wäre oder zumindest in irgendeinem sozialen Kontext gerechtfertigt werden könnte“ (Goffman 1982, 461). Doch eine soziale Rechtfertigung ist nicht gleich bedeutend mit ökonomischer Rationalität. Schließlich stellt die ökonomische Rationalität oder Nutzenmaximierung einen Spezialfall der legitimen Motive für eine Handlung dar, also eine gültige Ausprägung der „vocabularies of motives“ (siehe Kapitel 1).

Information

Implizit ist dem ökonomischen Ansatz, dass die Wähler über alle vorhandenen (bzw. eigentlich relevanten) Handlungsalternativen zur individuellen (ökonomischen) Nutzenmaximierung informiert sind – mit der Einschränkung, dass sie gegebenenfalls im Sinne einer Erhöhung des Netto-Nutzens die Informationssuche aufgrund zu hoher Beschaffungskosten abbrechen können (Weede 1989, 24). Dazu muss jedenfalls vorausgesetzt werden, dass aus den Versprechungen einer Partei oder eines Politikers erkennbar ist, was davon dem einzelnen Individuum ökonomisch nutzen kann und was nicht. Wenn Politik bzw. ihre Erscheinungsform im täglichen Leben nicht in Relation gesetzt werden kann mit den einzelnen Kosten-Nutzen-Rechnungen der Akteure (und zwar aus der Sicht der Akteure in eine – irgendeine – Relation zum eigenen Nutzen), ist eine der wichtigsten Prämissen für die Gültigkeit eines ökonomischen Modells in der Politik nicht erfüllt. Genau dies ist aber wohl der Regelfall. Die Komplexität politischer Entscheidungsabläufe führt zur Unübersichtlichkeit in der Abschätzung von Handlungsfolgen und verhindert somit eine Zuordnung von politischen Maßnahmen auf einem individuellen Kosten-Nutzen-Raster.

Bei Downs spielen Werbung und Medien zugunsten von „Information“ eine vernachlässigte Rolle im politischen Entscheidungsprozess. Beobachter von sozialen und politischen Bewegungen im Zuge der Social Movement Research haben immer wieder auf die herausragende Rolle der Medien zur Herstellung von Konsens mit den politischen Zielen der Bewegungen hingewiesen (vgl. Klandermans 1984; Klandermans/Oegema 1987; Klandermans 1997; Snow et al 1986; Snow/Benford 1988).

Information über Politik in den verschiedenen Medien ist in unserer Alltagsrealität nicht, wie in der Downschen Annahme, relativ wertfrei, sondern oft lückenhaft, einseitig bzw. manipuliert und wird zudem von den Akteuren selektiv wahrgenommen. Edelman (1976) streicht die Rolle der Inszenierung und Symbolisierung in der Politik heraus, wenn er behauptet, dass die meisten politischen Entscheidungen ohnehin nur dazu da sind, „an das Gefühl [zu] appellieren, den Konformismus im Interesse sozialen Friedens [zu] fördern und sich als Projektionspunkt für soziale Spannungen [zu] eignen.“ (Edelman, 7) Polemisch fügt er weiter unten hinzu: „Die

Masse will Symbole, keine echten Nachrichten.“ (ebd.) Auch wenn man Edelman in seiner Einschätzung des „Willens der Masse“ widersprechen möchte, muss man ihm doch in der Beurteilung des Angebots Recht geben: die Massenmedien – vertreten durch Boulevard-Zeitungen oder populäre Fernseh- oder Radiosendungen – bieten nur verkürzte aus dem ursprünglichen Zusammenhang⁸ gerissene Informationen, die von Journalisten nach eigenen – nicht transparent gemachten – Kriterien (Sensationswert, Neuigkeitswert, Unterhaltungswert ...) selektiert werden. Selbst wenn der Einzelne zweckrational handeln wollte, fehlen ihm also oft die Grundlagen für die Beurteilung der Situation. Umso sinnvoller erscheint es dann, von einer subjektiven Rationalität auszugehen und sich auf die Suche nach den Rahmungen und Situationsdefinitionen zu begeben, innerhalb derer dann rationales Handeln vorgefunden werden kann.

Rational Choice

Downs' ökonomische Theorie der Demokratie wirft ebenso wie die seither entwickelten *Rational-Choice*-Modelle für politisches Handeln (Mueller 1991; Aldrich 1993; Jackson 1993; Whiteley 1995) die Frage auf, wieso ein rationaler Akteur bei den geringen Aussichten, das Ergebnis der Handlung in seinem Sinne zu beeinflussen, überhaupt an der Politik teilnimmt. Olsons (1965) Analyse spricht vom Paradox der Partizipation, denn offenkundig rechtfertigt der Erfolg nicht den Aufwand, den ein Wähler betreiben muss, um an der Wahl teilzunehmen. Als „Trittbrettfahrer“ kann er das öffentliche Gut⁹ des Wahlergebnisses ebenso gut konsumieren, ohne dass er sich vorher zur Wahl begeben hat. Bei allen Formen intensiveren Engagements ist die Teilnahme eines rational handelnden Akteurs (im Sinne von *Rational Choice*) überhaupt unerklärlich – warum sollte man diskutieren, demonstrieren, kandidieren, wenn sich die Welt dadurch nur wenig verändern lässt?

Politische Bindungen werden im *Rational-Choice*-Modell als Gleichungen dargestellt: die materiellen Ressourcen und die Zeit des Individuums werden investiert und müssen durch den erwarteten Gewinn aufgewogen werden.

In der Terminologie von *Rational Choice* stellt Wählen eine „low cost-low benefit“ Handlung dar (Aldrich 1993, 261), d.h. sie verursacht zwar nur geringe Kosten, bringt aber – aus Sicht des rationalen Akteurs – auch kaum Nutzen. Wendet man diese Kategorisierung von Aktionen auf die Teilnahme als Parteimitglied, als Sympathisant und als Funktionär an, würde ein Mitglied einer Patronage-Partei, das aus

⁸ Mit Goffman könnte hier auch von aus dem Rahmen gerissener und vom Redakteur in einen neuen Rahmen gesetzte sowie vom Rezipienten wieder neu gerahmter Information gesprochen werden.

⁹ Öffentliche Güter wurden vom Ökonomen Paul Samuelson als Güter definiert, deren Konsum durch Person A den Konsum des Gutes durch Person B nicht beeinträchtigt. Öffentliche Güter werden für die Allgemeinheit bereitgestellt, unabhängig davon, ob ihre einzelnen Mitglieder dafür bezahlen oder nicht – niemand wird z.B. vom Konsum des Lichts der Straßenbeleuchtung ausgeschlossen. Sie können auch nicht von einzelnen Mitgliedern der Allgemeinheit zurückgewiesen werden: der Schutz durch das Militär einer Nation gilt der gesamten Bevölkerung und zwangsbeglückt auch Antimilitaristen.

Patronage-Gründen beigetreten ist, in die Klasse „low cost-high benefit“ fallen. Schließlich ist der Mitgliedsbeitrag, auch wenn er über Jahrzehnte bezahlt wird, ein Bruchteil des materiellen Wertes einer guten Arbeitsstelle, einer Wohnung, guter Karriereaussichten für die Nachkommen usw.

Sympathisanten wiederum investieren weit mehr in die Bindung, sie wenden zumindest Zeit (und wohl auch psychische Energie, die im *Rational-Choice*-Modell nicht berücksichtigt wird) auf und erwarten sich dafür höchstens, dass sie die Meinung einzelner Mitmenschen ändern können; sie setzen eine high cost-low benefit-Handlung. Insbesondere das im 1. Kapitel geschilderte Beispiel der Sympathisantin Margit S. demonstriert, wie unausgewogen die Gleichung zwischen riskanter Investition und zu erwartendem Gewinn sein kann: schließlich riskiert Margit sogar den Verlust ihres Arbeitsplatzes für ihre politische Überzeugung, ihre Bindung an „linke“ Werte.

Für Funktionäre wiederum dürfte sich ihre Bindung als high cost-high benefit darstellen: sie investieren sehr viel Zeit und materielle Ressourcen (verzichten als Mandatäre etwa auf eine Karriere oder einen Teil des Verdienstes in ihrem Zivilberuf) und erhalten dafür relativ gute Chancen (verglichen mit den Chancen der Wähler), Einfluss auf eine politische Entscheidung zu nehmen. Sie erhalten als Mandatäre auch Funktionsgebühren, die sie für ihr Engagement entschädigen sollen; und der immaterielle Nutzen der „Berühmtheit“ scheint für Mandatäre in höheren Rängen oder Regierungen auch eine Rolle zu spielen.

Die Antwort, die *Rational-Choice*-Theoretiker finden, um die äußerst unausgeglichenen Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Sympathisanten zu erklären, besteht in der Erweiterung des *Rational-Choice*-Modells um den Faktor der selektiven Anreize. Den Akteuren wird unterstellt, dass diese etwa wählen, um die Befriedigung, bei der Wahl seine Parteipräferenz ausdrücken zu können oder die Befriedigung, über die Konformität mit herrschenden Normen über die Teilnahme des Bürgers in der Demokratie, zu erlangen (Whiteley 1995, 212f.). Wir treffen hier wieder auf das bekannte Problem, dass immaterielle Investitionen wie psychische Energie oder Kathexis und emotionale Gewinne wie angenehme Gefühle den Begriff der ökonomischen Rationalität so weit überdehnen, dass letztlich jede Form der Rechtfertigung einer Handlung in einem sozialen Kontext als ökonomisch rational und daher nutzenorientiert hingestellt wird.

Ein bemerkenswerter Befund aus der bereits erwähnten Untersuchung der Austrittsmotive von SPÖ-Parteimitgliedern lässt erkennen, dass die Vermischung von zweckrationalen (also nutzenmaximierenden) mit wertrationalen (also im weitesten Sinne ideologischen) Motiven im *Rational-Choice*-Modell nicht zielführend ist: Die einzelnen Ausgetretenen nannten in der Regel mehrere Gründe (bzw. Vorwände) für ihren Entschluss, die SPÖ zu verlassen. Nach einer Zuordnung der einzelnen Aussagen in die zwei Kategorien zweckrational und wertrational zeigt eine Kreuztabelle nur äußerst wenige Überschneidungen, d.h. dass die meisten Befragten entweder zweckrational oder wertrational argumentierten.

Tabelle 1: Rein zweckrational versus wertrational bestimmte Austritte in absoluten Zahlen

wertrational	rein zweckrational		
	ja	nein	gesamt
ja	37	62	99
nein	81	31	112
gesamt	118	93	211

(Der Chi-Quadrat Wert ist auf dem Niveau $p < 0.01$ signifikant)

Durch die statistische Analyse lässt sich ermitteln, dass die Nennung von rein zweckrationalen Motiven das Anführen wertrational bestimmter Motive eher ausschließt. Der in Tabelle 1 dargestellte Zusammenhang ist hochsignifikant und negativ.

Die Mehrheit der interviewten Ausgetretenen führt keine wertrationalen Motive an, hat also keine weltanschaulichen Gründe genannt, sich von der SPÖ zu lösen; 56% bekennen offen oder lassen durchblicken, dass sie die Partei offenbar lediglich für Patronagezwecke gebraucht haben. Etwas mehr als ein Sechstel aller Befragten äußert eine Kombination von opportunistischen und ideologischen Argumenten.

Die klare Scheidung der Befragten in Opportunisten auf der einen Seite und Personen, die aufgrund verschiedener Weltanschauung die SPÖ verlassen, spiegelt hier die bei Weber formulierte Unterscheidung zwischen Patronage- und Weltanschauungspartei wider.

Das heißt weiters, dass sich Kathexis im Regelfall nicht im Laufe einer zweckrational begründeten Bindung als zusätzliche Motivation bildet. Sie stellt wirklich die ursprüngliche emotionale und intellektuelle Investition in eine Sache oder Bindung dar. Der homo oeconomicus ist also im Bereich des politischen Handelns durchaus zu finden, nicht als Wähler, wie dies Downs beschrieben hat, aber als Parteimitglied von der Art des homo opportunisticus. Dann jedoch ist seine Nutzenkalkulation klar auf materielle Werte ausgerichtet.

Die ökonomische Theorie der Demokratie bzw. die *Rational-Choice*-Modelle politischen Handelns können also generell nur jene Phänomene des hier zur Diskussion stehenden Gegenstandsbereiches erklären, die auf instrumentellem Handeln fußen, also die zweckrational motivierten Bindungen und Abwendungen. Für die affektiv, konformistisch oder wertrational begründbaren Bindungen zu einer Partei lässt sich mit der Downsschen Theorie nur unter Berücksichtigung von Zusatzannahmen eine Aussage machen.

Anhand eines Beispiels soll im Folgenden gezeigt werden, dass auch bei Einbeziehung der Zusatzannahmen im *Rational-Choice*-Modell keine befriedigenden Analysen konkreter empirischer Beispiele angestellt werden können.

Rational-Choice-Analyse von Massendemonstrationen

Im Versuch einer *Rational-Choice*-Analyse der Motive der Teilnehmer an den Massendemonstrationen gegen das DDR-Regime greift Hartmut Esser (1993) ein Beispiel des vermutlich weitgehend wertrational motivierten kollektiven Handelns auf. Im erwähnten Beispiel geht es um die Teilnehmerzahl bei den Leipziger Montagsdemonstrationen des Jahres 1989, die von September bis November stark angestiegen sind (von 6.500 auf 450.000 Personen). Von diesem Maximalwert im November flachte die Teilnehmerkurve bis Dezember 1989 wieder langsam ab (Esser 1993, 78). Um die unterschiedliche Popularität der Demonstrationen zu erklären, schränkt Esser die handlungsbestimmenden Faktoren für die Individuen auf drei ein: inhaltliches Interesse (also immaterieller Nutzen), Erfolgserwartung (also Wahrscheinlichkeit des Eintretens dieses Nutzens) und befürchtete negative Folgen (also Kosten). Des Weiteren ist es für die Übersichtlichkeit des Modells erforderlich, das inhaltliche Interesse bzw. den subjektiv erwarteten Nutzen über die Zeit hinweg konstant zu halten. Schließlich wird noch eine Typisierung der Population vorgenommen: die Demonstranten seien entweder „Pioniere“ (die auch bei ungewissem Erfolg und großen Kosten demonstrieren) oder „Mitläufer“ (deren Demonstrationsneigung stark durch die Zahl der Teilnehmer bestimmt ist). So lassen sich dann Schwellenwerte für die Teilnahme der einzelnen Gruppen „errechnen“ (sie lassen sich eigentlich nicht errechnen, da die Ausgangsvariablen nicht so exakt quantifiziert werden können) und Prognosen für die Teilnehmerzahl erstellen. Als Motivation für das politische Verhalten aller Teilnehmer wird eine Kombination aus wertrationalen (inhaltliches Interesse) und zweckrationalen (Erfolgserwartung und Kosten) Motiven angenommen. Die Gewichtung der einzelnen Motive ändert sich mit steigender Teilnehmerzahl und aus der unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Motive ergeben sich dann auch die Typen: Die Pioniere bringen mehr inhaltliches Interesse ein und demonstrieren auch bei ungewissen Erfolgserwartungen und hohem Risiko; die Mitläufer kommen nur, wenn das Risiko aufgrund der großen Zahl gering ist. Werden die beiden Typen entlang der Dimensionen Motivation, Kathexis, Konformitätsdruck charakterisiert, können sie besser unterschieden werden: die Pioniere investieren emotional und intellektuell viel (scheuen daher auch nicht hohe Kosten und geringen Erfolg), die Mitläufer orientieren sich danach, was konform und relativ risikolos ist – halten also ihre ursprüngliche intellektuelle und emotionale Investition möglichst gering. Erstere sind stärker wertrational, letztere stärker zweckrational oder konformistisch motiviert. Doch das Konstanthalten der Motiv-Variable zur Steigerung der Übersichtlichkeit des Modells kann schließlich das Problem mit sich bringen, dass entscheidende Änderungsprozesse übersehen werden. So ist durchaus denkbar, dass das Motiv zu demonstrieren auch affektiv sein kann – „weil ich dort nette Leute treffe“, womit ein inhaltliches Interesse (also ein wertrationales Motiv) eigentlich fehlt. So begeht Esser mit dieser statischen Betrachtungsweise der individuellen Präferenzen – ebenso wie Downs – den Fehler der neoklassischen Ökonomen, die in ihren

Modellen die Präferenzordnungen (consumer choices) als exogen vorgegebene unveränderbare Größen, deren Zustandekommen nicht interessiert und auch nicht erklärt wird, vorsehen. Eine Änderung der Präferenzordnung findet in diesen Modellen außerhalb des untersuchten Bereiches statt und begründet eine neue Ausgangssituation. Die Aufeinanderfolge dieser statischen Momentaufnahmen gleicht dann der stroboskopischen Darstellung einer Bewegung. Die (klassischen) ökonomischen oder *Rational-Choice*-Modelle tragen daher wenig Erhellendes zur Erklärung des dynamischen Prozesses des Wandels im Zuspruch zu verschiedenen Bewegungen und Parteien bei.

Resümee

Downs spricht in seiner ökonomischen Theorie der Demokratie zwar nur die Rolle der Wähler an, doch die *Rational-Choice*-Theoretiker gehen von der Universalität der Nutzenmaximierung aus: jede von mir beschriebene Rolle der Teilnahme an der Politik – die des Wählers, Sympathisanten, Mitglieds und Funktionärs – sei in eine *Rational Choice*-Gleichung zu pressen.

Kann die Anwendung der ökonomischen Theorie bzw. des *Rational-Choice* Ansatzes auf Politik etwas zum Verständnis des Wechsels politischer Bindungen beitragen? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit etwa die im Kapitel 1 geschilderten Personen (Alois, Felix, Margit oder Rosa) zu Populisten werden?

Unter der Voraussetzung, dass der Akteur rational (im Sinne von *Rational Choice*) handelt, wird der Wegfall des Nutzens der Patronage zu einer Verschiebung im Gleichgewicht führen, die letztlich den Austritt herbeiführt. Diese Bedingung ist etwa für Alois K. erfüllt und tatsächlich muss mit seinem Austritt aus der SPÖ gerechnet werden. Sie ist aber ebenso für die Sympathisantin Margit S. erfüllt, dennoch scheint ihre Sympathie für die ideologische Position der SPÖ nicht verringert. Diese Kluft macht deutlich, dass *Rational-Choice* eben nur ein Modell zur Erklärung des Verhaltens *bestimmter* Individuen bietet: sie müssen ausschließlich ökonomische Motive haben, dürfen nicht daneben noch wertrational motiviert sein. Sie müssen am *Ergebnis* bzw. *Gewinn* der Handlung interessiert sein und dürfen nicht mit ihrer Handlung etwas Eigenes für sie Wichtiges ausdrücken wollen; ihre intellektuelle und emotionale Investition in eine Handlung, die ihrer Identität dient, würde die Kosten-Nutzen-Kalkulation stören. Akteure wie Margit S. aber auch Rosa E. (die auf die Patronage der politischen Gegner lieber verzichtet) stehen ausserhalb des *Rational-Choice*-Modells.¹⁰ *Rational-Choice*-Akteure dürfen keine solchen die Kalkulation störenden Identitäten entwickeln, sie müssen Wähler und Mitglieder ohne Eigenschaften sein.

¹⁰ Die Bindung des Funktionärs Felix V. wird hier nicht erörtert, da ich zu seiner Reaktion auf die Deprivation von den Patronagegütern (Arbeit, Wohnung, Mandat) nur von öffentlich bekannten Fällen „abgehalfterter“ Funktionärinnen und Funktionäre extrapolieren könnte. Ohne diese systematisch untersucht zu haben, scheint Einiges darauf hinzuweisen, dass sich Funktionäre zumindest einen *Teil* der Patronagegüter sichern können, wenn sie abgewählt werden.

Abwanderung und Widerspruch

Im Gegensatz zur ökonomischen Theorie der Demokratie schließt Albert O. Hirschmans These von Abwanderung und Widerspruch nicht von vorneherein alle Akteure aus, die in ihren Handlungen einen Selbstzweck und einen Ausdruck ihrer Identität sehen.

Für Hirschman reagieren Konsumenten von Gütern oder Dienstleistungen oder Mitglieder von Organisationen auf eine Qualitätsverschlechterung des Angebots mit Abwanderung oder Widerspruch, d.h. sie wenden sich in ersterem Fall von „ihrem“ Produzenten ab und suchen sich auf dem freien Markt einen anderen und in zweiterem Fall wählen sie den Weg, sich direkt bei der Unternehmensleitung (oder Leitung der Organisation) zu beschweren und ihre Kritik vorzubringen. (Hirschman 1974; 1989) Das Management kann sowohl aus der Reaktion der Abwanderung als auch aus jener des Widerspruchs Schlüsse über sein Produkt ziehen und durch Umorganisation der Produktion eine Verbesserung erwirken.

Wie Hirschman ausführt, ist den Ökonomen vor allem der Weg der Abwanderung als Begriffsinventar vertraut und so denunzieren sie mitunter auch den Weg des Widerspruchs als „schwerfällige politische Verfahren“ (Solo 1955, zit. nach Hirschman 1974, 14). Dies wird auch bei Downs deutlich, denn die Nutzenmaximierer der ökonomischen Theorie der Demokratie wenden ausschließlich die Methode der Abwanderung an, um auf Qualitätsverlust zu reagieren. Tatsächlich aber kann Hirschman in seiner vergleichenden Analyse der Markt- und Nicht-Markt-Kräfte ein flexibleres und realistischeres Modell sowohl für das wirtschaftliche als auch für das politische System bieten.

Zum Begriff der Abwanderung

Im freien Wettbewerbssystem korrigiert die Abwanderung der Kunden, Mitglieder oder Wähler bei Qualitätsminderung (oder im Falle politischer Wahlen bei Verlust der Übereinstimmung mit den politischen Zielen) die Leistung der Anbieter. Die Qualitätsminderung muss dabei so groß sein, dass sie von den Konsumenten bemerkt wird und zum Anlass für Abwanderung genommen werden kann. Die Nachfrage soll dabei so elastisch sein, dass sie noch in dem Zeitraum, innerhalb dessen eine Genesung des Unternehmens möglich ist, auf die Qualitätsminderung reagiert. Ist die Nachfrage aber zu elastisch, ergibt sich das Problem, dass die Abwanderung zu einem so großen Umsatzrückgang des Unternehmens führt, dass es daran zugrunde geht. (Hirschman 1974, 20)

Voraussetzung dafür, dass Abwanderung auch tatsächlich in einem Rückkopplungsprozess zur Leistungsverbesserung führt, ist, dass der Verlust durch Abwanderung nicht durch einen gleichzeitigen Zugewinn an neuen Kunden ausgeglichen wird, oder dass ein Einkommensverlust bei den Unternehmen nicht dadurch aus-

bleibt, dass sich die Qualität des gesamten Angebotes eines Sektors verschlechtert, wodurch eine Abwanderung für den einzelnen Konsumenten nicht mehr sinnvoll erscheint (ebd. 21).

„Abwanderung ist zwar ein mächtiges, aber indirektes und in gewisser Weise stumpfes Instrument, um ein Management auf eventuelle Fehler aufmerksam zu machen. Denn die abwandernden Kunden oder Mitglieder von Organisationen sind in der Regel gar nicht interessiert, durch ihre Abwanderung einen Anstoß zur Verbesserung zu geben; zudem wird das Management allein durch die Tatsache der Abwanderung nur sehr unpräzise darüber informiert, was denn nun eigentlich nicht gestimmt hat.“ (Hirschman 1989, 169)

Gerade dieses Informationsdefizit des Managements einer Organisation illustrieren Hirschmans Beispiele über Migrationsprozesse sehr gut, wobei im Besonderen die Entstehung der „Inner-City-Ghettos“ bei gleichzeitiger Suburbanisierung der Städte der USA zu erwähnen ist (ebd. 182ff). Dort vollzog sich seit Beginn dieses Jahrhunderts ein tief greifender Wandel der Städte: wohlhabende Bürger zogen mit ihren Familien an den Stadtrand, weil sie dort höhere Lebensqualität (Garten, saubere Luft, wenig Verkehr, geringere Kriminalitätsrate usw.) zu relativ günstigeren Preisen erhielten. Im Zentrum der Stadt blieben die Unterschichten zurück, deren Lebensqualität durch die Konzentration der Bevölkerungsgruppen mit sozialen Problemen noch stärker sank. Zudem erhöhten sich durch den Trend zur Suburbanisierung die Kosten für Wohnungen in Stadtrandlagen, die Bevölkerungsdichte stieg dann auch dort und damit Verkehrsbelastung, Luftverschmutzung, Lärm und schließlich auch die Kriminalität.

So führt die vorschnelle Abwanderung von potenziellen Kritikern (die vor Ort zur Verbesserung der Lebensumstände beitragen hätten können) zu einer starken Verschlechterung der Umstände für alle Konsumenten (hier: Bewohner). Denn anstatt Widerspruch zu üben und dem Management (hier: der Stadtregierung) eine direkte Rückmeldung über den Leistungsverfall zu geben, wandern dann gerade „jene Kunden, denen an der Qualität des Produktes am meisten gelegen ist und die daher die aktivsten, verlässlichsten und schöpferischsten Träger des Widerspruchs wären“ (Hirschman 1974, 39) als Erste ab.

Zum Begriff des Widerspruchs

Kunden oder Mitglieder, die sich gegen die Option der Abwanderung und für den Widerspruch entscheiden, machen damit den Versuch, „die Praktiken, Grundsätze und Ausbringung der Firma, bei der man kauft, bzw. der Organisation, der man angehört, zu ändern.“ (Hirschman 1974, 25) Dabei gilt ebenso wie für die Reaktionsweise Abwanderung, dass zu rascher und zu intensiver Protest der Gesundung der Organisation genauso abträglich ist wie eine zu elastische Nachfrage in der Wirtschaft. Hirschman prägt in diesem Zusammenhang den Begriff der „schlaffen Wirtschaft“ bzw. ihrer Entsprechung im politischen System, also einer Demokratie, die

idealerweise – weil dadurch stabiler – nicht ausschließlich von kritischen, aktiven und äußerungsfreudigen Bürgern bevölkert ist (ebd. 12f.; 26f.)

Wird Widerspruch komplementär zur Abwanderung gesehen, dann tritt er genau dann als einzig mögliche Reaktionsweise auf Qualitätsminderung auf, wenn es keine Alternativen zum Anbieter gibt, der unzufriedenstellend produziert. Hirschman erwähnt hier vor allem soziale Organisationen wie Familie oder Staat (ebd. 28). „Bei gegebenem Artikulationspotential richtet sich die tatsächliche Intensität des Widerspruchs (...) nach dem Mangel an Abwanderungsmöglichkeiten“.

Wenn man Widerspruch alternativ zur Abwanderung betrachtet, wird sein Auftreten stark von seinen Erfolgchancen abhängen. Es werden dabei dann Kosten der Abwanderung mit den Kosten des Widerspruchs verglichen, wobei Hirschman 1989 einräumt, dass die Kosten und der Zeitaufwand für Widerspruch meist den erwarteten Nutzen übersteigen werden, zumal in manchen Fällen auch mit Repressalien für die Artikulation von Protest zu rechnen ist (Hirschman 1989, 170). Daher wird hier auch die Unterscheidung zwischen „vertikalem“ und „horizontalem“ Widerspruch eingeführt, wobei ersterer den herkömmlichen Protest der Bürger gegenüber den Verantwortlichen bezeichnet und zweiterer ein Begriff für das so genannte „Murren im Volke“ ist (ebd. 173). Zur Mobilisierung des vertikalen Widerspruchs bedarf es des horizontalen Widerspruchs, so Hirschman, und während ersterer die Erreichung eines „öffentlichen Gutes“¹¹ anstrebt und daher „Trittbrettfahrer“ anlockt, kann letzterer als freies spontanes Verhalten der Menschen nicht unterdrückt werden (ebd. 174).

Dem ökonomischen Konzept der Trittbrettfahrer kommt meine Klassifizierung der Rhetoriken (Kapitel 1) nahe, auch hier handelt es sich um Mitläufer die sich der verschiedensten inkonsistenten Rhetoriken zur Legitimation ihres Handelns bedienen. Horizontaler Widerspruch kann so „Wähler ohne Eigenschaften“ anlocken, die mit Rhetoriken (also nicht *wirklichen* persönlichen Anlässen) ihre Ablehnung einer Partei oder einer bestimmten Politik ausdrücken.

Kritiker Hirschmans wandten vor allem ein, dass die Individuen aufgrund der Tatsache, dass die durch Widerspruch erreichte Qualitätsverbesserung ein öffentliches Gut darstellt, dazu neigen, sich als Trittbrettfahrer nicht am Widerspruch zu beteiligen. Dieses Argument unterstellt den Menschen rein instrumentelles Handeln, doch wie Hirschman feststellt, „... hat Widerspruch die starke Anziehungskraft all jener Aktivitäten, bei denen es zu einer Vermischung von Mittel und Zweck kommt, und kann somit auch als eine Investition in die Identität von Individuen und Gruppen verstanden werden.“ (Hirschman 1989, 175).

Hier wird deutlich, dass die Individuen bei Hirschman oft auch mit dem Einsatz von Kathexis – also einer ursprünglichen emotionalen und intellektuellen Investition – handeln. Durch diesen Einsatz an Kathexis wird nicht mehr rein zweckra-

tionales, nutzenmaximierendes Verhalten unterstellt, sondern auch wertrational motiviertes Handeln, das unter der Prämisse der Investition von Gefühl und Verstand durchaus rational und vernünftig an ideologischen Werten orientiert ist. Dabei geht es Hirschman jedoch nicht darum, das Handlungsmodell eines nutzenmaximierenden homo oeconomicus zu immunisieren, indem er es mit Zusatzannahmen über den „Nutzen von Investitionen in die eigene Identität“ befrachtet. Für Hirschman sind die Akteure von vorneherein nicht ausschließlich auf die Erreichung des persönlichen Nutzens orientiert, sondern ziehen auch andere – mitunter sentimentale – Erwägungen für sich in Betracht. Eine solche Erwägung ist etwa die Loyalität.

Loyalität

Loyalität kann auch verstanden werden als das Vertrauen in die Veränderungsfähigkeit der Organisation, deren Leistungen sich verschlechtert haben. Loyalität erhöht natürlich die Bereitschaft zum Widerspruch zuungunsten der Abwanderung. Sie gründet auf der Hoffnung oder rationalen Erwartung, dass sich Verbesserungen oder Reformen von innen her durchführen lassen und wird daher oft fälschlich als irrationales Gefühl der Anhänglichkeit und Treue denunziert.

Treue oder Loyalität des Konsumenten gegenüber dem Anbieter – also im wirtschaftlichen Bereich – ist eher selten, denn Loyalität ist in erster Linie bei Vereinen, Organisationen oder politischen Parteien von Bedeutung.

Je größer die Substituierbarkeit der Organisation, d.h. auch je geringer die Kosten oder das Risiko der Abwanderung, desto wichtiger ist Loyalität als zusätzliche Variable im Modell von Abwanderung und Widerspruch. Denn, wie bereits eingangs festgestellt, schafft eine zu elastische Nachfrage (also sofortige Abwanderung bei Leistungsabfall) mitunter größere Probleme für eine Organisation, sodass sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Leistungen zu verbessern. Gerade in dieser Situation ist die Organisation jedoch auf den korrigierenden, direkten Widerspruch ihrer Mitglieder oder Kunden angewiesen, die sich ihr gegenüber loyal verhalten. (Hirschman 1974, 69)

So betrachtet, stellt Loyalität die Gegenkraft zu der oben beschriebenen Tendenz dar, dass nämlich gerade jene Mitglieder oder Kunden als Erste abwandern, die aufgrund ihrer hohen Ansprüche am meisten zu einer Verbesserung der Qualität beitragen könnten.

Wer sich loyal verhält und offen gegen Leistungsabfall protestiert, wird in seinem Widerspruch aber nur dann ernst genommen, wenn er mit Abwanderung drohen kann (ebd. 70). Dieses Faktum ist in totalitären Systemen und bei Monopolen in der Wirtschaft besonders folgenreich. Monopole müssen mangels Konkurrenz nicht fürchten, dass ihre Kunden wegen des Leistungsabfalls abwandern, sodass der Inhalt des Widerspruchs für den Monopolbetrieb ignoriert werden kann. Der Widerspruch wird jedoch wohl als lästige Störung der – profitablen – Trägheit empfunden und daher bekämpft. (ebd. 49)

¹¹ D.h. dass niemand vom Konsum des öffentlichen Gutes ausgeschlossen werden kann, was bei rational handelnden Individuen dazu führen muss, dass sie – im Interesse der Kostensenkung – sich nicht bei Protesten engagieren, da sie die Erträge aus den Protesten auch so – quasi kostenlos – konsumieren können.

Das Analogon zum Monopolunternehmen ist im politischen Bereich das totalitäre Regime, daher wird es von totalitären Regimes erfahrungsgemäß weniger gern gesehen, wenn sich ein Kritiker „loyal zu seinem Land“ verhält, sodass diesem unter Umständen Abwanderung (also das Exil) erleichtert, nahe gelegt oder aufgezwungen wird.

Während Parteien sehr unter der Abwanderung ihrer Mitglieder und Wähler leiden – weil dies unter anderem mit finanziellen Einbußen verbunden ist – und sie sich daher mehr Loyalität von diesen wünschen, verzichteten sie gerne auf die Loyalität widerspenstiger Funktionäre, die sich nicht freiwillig ins Exil begeben wollen. Richtungsstreitigkeiten in Parteien werden häufig durch Rücktritte oder auch erzwungene Abwanderung (Ausschluss) entschieden.

Dazu können viele Beispiele aus dem politischen Leben Österreichs genannt werden. Da die FPÖ mit Meldungen über Rücktrittsdrohungen, Rücktritte, Parteiaustritte und -ausschlüsse im Jahr 1998 sicher eine Spitzenreiterposition unter den österreichischen Parteien einnahm, seien die turbulenten Ereignisse in der FPÖ 1998 kurz skizziert: Haider begann das Jahr mit einer mahnenden Neujahrsrede, in der er seinen Verbleib als Obmann der FPÖ von stärkerem Engagement der Funktionäre abhängig machte, bei denen er „das Feuer vermisste“. Er protestierte damit gegen die Qualitätsverschlechterung in der Arbeit seines Parteiapparats, der für das von der FPÖ angestrebte Volksbegehren gegen die Einführung des EURO (die europäische Einheitswährung) nur knapp 250.000 Unterstützer mobilisieren konnte.¹² Diesem Widerspruch verlieh er durch die Rücktrittsdrohung mehr Gewicht.

Im Frühjahr 1998 eskalierte dann ein Konflikt unter Funktionären der Salzburger FPÖ, der zum Rücktritt des mit seiner extremen Oppositionspolitik gescheiterten Landesobmanns Schnell führte. Schnell war als Landesrat im Herbst 1997 nach einem Einbruch seiner Mitarbeiter in den Computer des SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters vom Landtag gestürzt worden. Bei dem Einbruch stieß die FPÖ auf Listen von Landesbeamten, die als Protegés der SPÖ zur Beförderung vorgeschlagen werden sollten. Diese Listen wurden an die Kronen Zeitung weitergegeben und veröffentlicht. Schnell sagte dazu sinngemäß, dass fast jedes Mittel legitim sei, um neue Fälle von „rot-schwarzem Postenschacher“ aufzudecken. Schnells Angriffe richteten sich dann auf Funktionäre der eigenen Partei, die ihm zu konzilient im Umgang mit dem politischen Gegner erschienen. Da die FPÖ Salzburg vor der Spaltung zu stehen schien, schritt die Bundes-FPÖ ein und suspendierte alle 700 FPÖ-Funktionäre. Diese wurden 10 Tage später von Haider wieder eingesetzt, nachdem Schnell einen Canossa-Gang bei Haider antrat und „eine letzte Chance“ erhielt.

Diese Episode in der FPÖ Salzburg unterstreicht, dass Richtungsstreitigkeiten in Parteien (also Unzufriedenheit mit der Qualität der von der Partei gemachten Politik) offenbar nur durch Abwanderung, nicht jedoch durch einen von Widerspruch eingeleiteten Lernprozess des Managements zu entscheiden sind.

Die FPÖ erlitt einige Wochen nach der Auflösung und Neugründung der Salzburger FPÖ den nächsten Tiefschlag, als durch die Insolvenzen einiger Unternehmen in Niederösterreich die dubiose Finanzgebarung der Niederösterreichischen Freiheitlichen bekannt wurde. Ungedeckte Wechsel, Bürgschaften und Kreditgeschäfte in Millionenhöhe brachten die Landespartei und eine freiheitliche Wohnbaugenossenschaft ins Trudeln und führten wieder zu Rücktritten und schließlich sogar zur Verhaftung von FPÖ-Mandataren; darunter ein Nationalratsabgeordneter (Peter Rosenstingl), der unter Verdacht stand, ein Millionenbetrüger zu sein. Rosenstingl flüchtete nach Brasilien, wurde dort verhaftet und dann nach Österreich ausgeliefert. Sein Nationalratsmandat wurde ihm wegen seines fluchtbedingten Fernbleibens von den Sitzungen vom Verfassungsgerichtshof aberkannt.

Im Sommer verließ dann auch noch Haiders Statthalter und Landeshauptmannstellvertreter von Kärnten (Karl-Heinz Grasser) die FPÖ, da er vom austrokanadischen Großunternehmer Frank Stronach abgeworben wurde. Im Laufe dieser turbulenten Auseinandersetzungen drohte Haider mehrmals mit seinem Rücktritt, ja sogar mit dem Austritt aus der FPÖ und der Neugründung einer eigenen Bewegung. Die Funktionäre ließen sich von Haiders Abwanderungsdrohung disziplinieren und die Wähler schienen bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 alles vergeben und vergessen zu haben.

Das geschilderte Beispiel der FPÖ verdeutlicht, dass unabhängig von der Machtposition dem politischen Akteur, der nicht widersprechen darf, nur die Abwanderung – der (erzwungene) Rücktritt – bleibt. Zudem wird das Dilemma der FPÖ-Funktionäre offenkundig, die ihrem Obmann gehorchen müssen und nicht widersprechen dürfen, wenn dieser ihnen mit Abwanderung droht: sie haben keine Alternative zu ihrem Zugpferd Haider. Der Machtkampf entscheidet sich daran, wessen Abwanderungsdrohung mehr Schaden für die Partei bringt. Auf 700 Funktionäre konnte man in Salzburg offensichtlich leichter verzichten als auf einen Parteiführer Haider. Während erstere durch freiwillige Abwanderung oder Absetzung ihren Funktionärsstatus verlieren, was sie aufgrund ihrer ideologischen Distanz zu anderen Parteien nur schwer durch Zuwanderung in eine andere Partei kompensieren können, scheint dem populären Politiker und wohlhabenden Gutsbesitzer Haider die Alternative der Neugründung einer eigenen Partei offen zu stehen. Haiders inflationäre Rücktritts- also Abwanderungsdrohungen lassen jedoch auf geringe Loyalität gegenüber der Partei schließen.

Die nach Hirschmans Theorie einzige Möglichkeit der Funktionäre, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, ist der Widerspruch und diese wird ihnen vom autoritären Führungsstil Haiders genommen. Sie können also weder abwandern noch widersprechen.

¹² verglichen mit der Million Wähler, die bei den Europawahlen 1996 der FPÖ ihre Proteststimme gegen die Europäische Union (EU) gaben, war dieses Ergebnis enttäuschend. Es signalisierte offenbar auch die gesplattene Haltung der FPÖ-Funktionäre und Finanziere, die zwar bei Wahlen gerne von der populistischen Ablehnung der EU profitierten, aber gleichzeitig auch massive wirtschaftliche Interessen als Unternehmer hatten, dass Österreich am freien Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU teilhatte.

Insbesondere nach politischen Misserfolgen scheinen sich derartige Richtungsstreitigkeiten zuzuspitzen; der Kampf um das Machtmonopol in der Partei verschärft sich.¹³

Resümee

Ich möchte zur Würdigung der Thesen Hirschmans feststellen, dass Hirschman durch die Aufnahme von nicht-ökonomischen Begriffen wie Widerspruch und Loyalität, aber auch Ideologie und nicht-instrumentelles identitätsstiftendes Verhalten sehr viel dazu beiträgt, dass sich politische Vorgänge mit einem Modell des rationalen Handelns erklären lassen.

Der Begriff des Qualitätsverlustes büßt allerdings bei Übertragung von der ökonomischen in die politische Sphäre an Trennschärfe ein. Denn woran ist die Qualitätsminderung einer Politik festzumachen? Sollten Parteien nach ihren Leistungen als Vertreter von Klasseninteressen oder als Patronageanbieter, ihr Unterhaltungswert oder die Qualifikation ihrer Repräsentanten beurteilt werden?

Abwanderung und Widerspruch gehört zum Verhaltensrepertoire aller Akteure – doch Abwanderung zeigt sich als einzige Protestmöglichkeit für Personen, die keine Gelegenheit haben, ihren Widerspruch innerhalb der Organisation zu artikulieren – vor allem also für Wähler. Widerspruch ist hingegen für Funktionäre die attraktivere Variante, Kritik zu äußern, da sie bei Abwanderung zu viel aufgeben müssten. Sympathisanten und Mitglieder liegen zwischen diesen beiden Extrempunkten der Beschränkungen von Abwanderung oder Widerspruch: je nach Loyalität und Abwanderungsmöglichkeiten, werden sie in der Partei bleiben oder zu einer anderen gehen. Daraus folgt, dass die Bedingung für die Abwanderung des Parteimitgliedes Alois K. und der Sympathisantin Margit S., zum einen an deren Loyalität (oder Kathexis) und zum anderen am Bestehen von Abwanderungsalternativen festgemacht werden kann. Nun gehören zu den Abwanderungsmöglichkeiten nicht nur die Anbieter anderer Ideologien, sondern auch der völlige Rückzug aus der politischen Welt. Einem Sympathisanten einer Partei dürfte jedoch schon aufgrund seines Interesses an Politik die Abwanderung ins politische Niemandsland schwerer fallen als einem Parteimitglied, das keine besonderen Sympathien für die Organisation, der es angehört, entwickelt hat. Somit kann Hirschman die für die Rational-Choice Theorie

bestehende Paradoxie lösen, dass Alois K. bei Wegfall des Patronage-Nutzens zur Abwanderung von der SPÖ neigt, während Margit S. Abwanderung nicht in Erwägung zieht. Margit S. hat als politischer Mensch keine Alternative zum Widerspruch; der völlige Rückzug aus der Welt der politischen Ideen brächte für sie einen teilweisen Identitätsverlust, während für Alois K. die Auswahl des Patrons ohnehin beliebig war (er also Abwanderungsmöglichkeiten für sich sehen wird) und seine Parteimitgliedschaft schließlich keine Frage der Identität ist.

In Anschluss an die bis jetzt dargestellten sowie theoretischen Modelle und Erklärungsansätze für Veränderungen im politischen Verhalten mögen Lazarfelds Erkenntnisse im Bereich der Wahlforschung – die im Folgenden dargestellt werden – nahezu akzeptiert anmuten und den Eindruck erwecken, was an Realität der ökonomischen Theorie der Demokratie gefehlt hat, mangelt den Thesen zur Psychologie des Wahlverhaltens an allgemein-theoretischem Fundament (vgl. dazu Gehmacher 1987; Gliner 1987; Haerpfer 1987; Plasser/Ullrich 1987; 1995; Birk/Gehmacher/Ogris 1988; Gehmacher 1988; Plasser et al 1988; Gehmacher 1991). Dieses Urteil ist wohl nicht ganz gerecht, da Paul Lazarfeld in seiner Studie des Wahlverhaltens und des Präsidentschaftswahlkampfes 1940 in Erie County im U.S. Bundesstaat Ohio sowohl vom Zugang als auch vom Anspruch her gar nicht vorhaben konnte, allgemein gültige Theorien wie die des Nutzenmaximierens auszuarbeiten. So schreiben Lazarfeld, Berelson und Gaudet im Vorwort zur zweiten amerikanischen Auflage:

„Eine sinnvolle Integration von Tatsachenelementen und theoretischen Formulierungen ist Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung jeder Wissenschaft. Niemand kann aus einer Menge unverdauter Tatsachen Nutzen ziehen, aber umgekehrt läßt sich auch nicht soziale Handeln auf allgemeine Spekulationen über die 'Wesen' der Gesellschaft gründen, wenn solche Theorien nicht in konkreten Situationen systematisch geprüft werden können.“ (Lazarfeld et al 1940, 12)

Die in der angesprochenen Wahlstudie entwickelten Konzepte von Cross Pressure, selektiver Wahrnehmung und Meinungsführerschaft können als durchaus gelungener Versuch der Integration von empirischer Beobachtung und theoretischen Verallgemeinerungen betrachtet werden und besitzen daher über den Wahlkampf des Jahres 1940 hinaus Gültigkeit.

The People's Choice

Die Grundthese bei Lazarfeld lautet, dass nach Klassenbewusstsein gewählt wird, „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen.“ (Lazarfeld et al 1940, 12) Dabei haben die politischen Organisationen Klassencharakter. „Sie üben die Uniformierung sozialer Charakteristika in politische Bindungen.“ (ibid. 187) Der sozio-ökonomischen Positionen der Akteure lassen sich – dieser Weise ideologische Lagerbindungen zuord-

¹³ Beispiele dafür gibt es auch in der SPÖ: nach der Nationalratswahl 1999 (die der SPÖ in der Steiermark große Verluste bescherte) kam es zum Konflikt zwischen dem Landesobmann Schachner und der als zu links geltenden Grazer Parteiführung. Schachner forderte im Interesse des Erfolges eine populistischere Politik (Kleine Zeitung, 8.10.1999) und deutete an, bei Beharren der Grazer SPÖ seine Funktion zur Verfügung zu stellen, also abzuwandern. Schachners Mitarbeiter verlangten einen Wechsel in Graz, also die Abwanderung der Grazer Führung. Ausserdem forderte im Herbst 1999 der Gewerkschaftssekretär der steirischen Metallarbeiter den Parteiabschluss des Bürgermeisters (Prieschl) einer obersteirischen Industriestadt, nachdem dieser in einer Parteiveranstaltung Kritik an der mangelnden Nähe mancher Betriebsräte zu den von ihnen vertretenen Arbeitern geäußert hatte. Wer Widerspruch nicht duldet, fordert zur Abwanderung auf. Die Aufzählung derartiger Episoden in der SPÖ und anderen Parteien muss unvollständig bleiben, da sie zu umfangreich für eine Fußnote wäre.

Kapitel 3

Homo sociologicus unter *Cross Pressure*

In Anschluss an die bis jetzt dargestellten sehr theoretischen Modelle und Erklärungsansätze für Veränderungen im politischen Verhalten mögen Lazarsfelds Erkenntnisse im Bereich der Wahlforschung – die im Folgenden dargelegt werden – nahezu atheoretisch anmuten und den Eindruck erwecken, was an Realitätsnähe bei der ökonomischen Theorie der Demokratie gefehlt hat, mangelt den Thesen zur Soziologie des Wahlverhaltens an allgemein-theoretischem Fundament (vgl. dazu Gehmacher 1987; Güllner 1987; Haerpfer 1987; Plasser/Ullram 1987; 1995; Birk/Gehmacher/Ogris 1988; Gehmacher 1988; Plasser et al 1988; Gehmacher 1989). Dieses Urteil ist wohl nicht ganz gerecht, da Paul Lazarsfeld in seiner Studie des Wahlverhaltens und des Präsidentschaftswahlkampfes 1940 in Erie County im U.S. Bundesstaat Ohio sowohl vom Zugang als auch vom Anspruch her gar nicht vor haben konnte, allgemein gültige Theorien wie die des Nutzenmaximierens auszuarbeiten. So schreiben Lazarsfeld, Berelson und Gaudet im Vorwort zur zweiten amerikanischen Auflage:

„Eine sinnvolle Integration von Tatsachenmaterial und theoretischen Formulierungen ist Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung jeder Wissenschaft. Niemand kann aus einer Menge unverbundener Tatsachen Nutzen ziehen; aber umgekehrt läßt sich auch kein soziales Handeln auf allgemeine Spekulationen über das ‚Wesen‘ der Gesellschaft gründen, wenn solche Theorien nicht in konkreten Situationen systematisch geprüft werden können.“ (Lazarsfeld et al 1969, 12)

Die in der angesprochenen Wahlstudie entwickelten Konzepte von *Cross Pressure*, selektiver Wahrnehmung und Meinungsführerschaft können als durchaus gelungener Versuch der Integration von empirischer Beobachtung und theoretischen Verallgemeinerungen betrachtet werden und besitzen daher über den Wahlkampf des Jahres 1940 hinaus Gültigkeit.

The People's Choice

Die Grundthese bei Lazarsfeld lautet, dass nach Klasseninteressen gewählt wird. „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen.“ (Lazarsfeld et al 1969, 62) Dabei haben die politischen Organisationen Klassencharakter. „Sie fördern die Umformung sozialer Charakteristika in politische Bindungen.“ (ebd. 187) Den sozio-ökonomischen Positionen der Akteure lassen sich auf diese Weise ideologische Lagerbindungen zuord-